

Monatsbericht des BMF

Juni 2016

Monatsbericht des BMF

Juni 2016

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung			
	nichts vorhanden			
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts			
·	Zahlenwert unbekannt			
Х	Wert nicht sinnvoll			

Redaktioneller Hinweis

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifisch differenzierende Formulierungen - z. B. der/die Bürger/in - verzichtet. Die in dieser Veröffentlichung verwendete männliche Form gilt im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für Frauen wie Männer gleichermaßen.

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
BMF-Tragfähigkeitskonferenz am 30. Mai 2016	6
Umfassende Investitionsberatung für die öffentliche Hand	
Fachtagung Staatseigentum	
Die Beteiligung des Bundes an Unternehmen	
bic beteingung des bandes an onternermen	1 /
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	30
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	30
Steuereinnahmen im Mai 2016	
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Mai 2016	
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2016	45
Kreditaufnahme des Bundes	48
Aktuelles aus dem BMF	5.4
AKtuciics dus dei i bivii	37
Termine, Publikationen	54
Stellenausschreibungen	
Hinweise auf Ausschreibungen	58
Statistiken und Dokumentationen	F.0
statistiken und Dokumentationen	59
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	61
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes	100
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	114

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure haben sich am 20. und 21. Mai 2016 im japanischen Sendai getroffen. Dabei machten sich die Teilnehmer vor Ort auch ein Bild vom Wiederaufbau fünf Jahre nach der verheerenden Tsunami-Katastrophe, Sendai zählte zu den am schwersten betroffenen Regionen der durch das Seebeben ausgelösten Flutwelle. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble zollte den Bürgerinnen und Bürgern seinen allergrößten Respekt für die Entschiedenheit und Entschlossenheit, mit der sie den Neuanfang angehen. Bei ihrem Treffen diskutierten die Finanzminister und Notenbankgouverneure u. a. über die Lage der Weltwirtschaft, die internationale Finanzarchitektur und Fragen der internationalen Steuerpolitik. Ferner kam es erneut zu einem Austausch mit international führenden Ökonomen – in einem Format, das erstmals in Dresden unter deutscher G7-Präsidentschaft eingeführt wurde. Darüber hinaus konnte mit der Verabschiedung eines G7-Aktionsplans zur Bekämpfung der Finanzierung von Terrorismus ein wichtiger Durchbruch erzielt werden.

Der Bundesminister der Finanzen ist auch für das Vermögen des Bundes verantwortlich. Den inhaltlichen Schwerpunkt dieses Monatsberichts bilden drei Artikel rund um das Thema Staatseigentum und Staatsbeteiligungen. In einer sozialen Marktwirtschaft sind staatliche Unternehmensbeteiligungen nicht zuletzt aus ordnungspolitischen Gründen legitimierungspflichtig und nur unter engen Grenzen zulässig. Staatliche Eigentumspositionen von der Verwaltungsimmobilie über Geldguthaben des Staates bis hin zu Unternehmensbeteiligungen dienen in erster Linie der Erfüllung öffentlicher Aufgaben und nicht etwa der Vermögensmehrung. Alle drei Artikel - über den Beteiligungsbericht des Bundes, über eine Fachtagung



zum Thema Staatseigentum und über den Aufbau einer Beratungseinrichtung für öffentliche Investitionen und Verwaltungsmodernisierung – spiegeln diese Grundeinstellung wider.

Im Rahmen der BMF-Tragfähigkeitskonferenz diskutierten rund 200 Fachleute aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Medien am 30. Mai 2016 das Thema "Demografie als Herausforderung für die öffentlichen Finanzen". Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble sprach mit Prof. Colin Crouch über die Umsetzbarkeit von Langfristzielen im politischen Tagesgeschäft. Im weiteren Verlauf präsentierte Prof. Clemens Fuest die aus seiner Sicht größten Herausforderungen für eine tragfähige Politik, und eine hochrangig besetzte Diskussionsrunde debattierte über unterschiedliche Ansätze zur Gestaltung und Bewältigung des demografischen Wandels. Die ausgesprochen positive Resonanz machte einmal mehr deutlich, wie zentral das Thema der Vorbereitung auf den demografischen Wandel für die deutsche Politik ist.

h. 201-

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Die deutsche Wirtschaft ist gut in das 2. Quartal 2016 gestartet. Die Gesamtheit der Konjunkturindikatoren spricht für eine Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsbewegung, wenn auch mit
 geringerer Dynamik als zu Jahresbeginn.
- Die Industrieproduktion ist zu Beginn des 2. Quartals angestiegen, die Exporte sind leicht aufwärtsgerichtet. Auf dem Arbeitsmarkt ist die Beschäftigungsexpansion ungebrochen, die Arbeitslosigkeit konnte einen weiteren Rückgang verzeichnen.
- Die Preisniveaustabilität bleibt auch im Mai erhalten.

Finanzen

- Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen im Mai 2016 im direkten Vorjahresvergleich um 6,2 %. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern lag im aktuellen Berichtsmonat mit + 5,3 % ebenfalls deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats. Erhebliche Zuwächse ergaben sich bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sowie bei der Körperschaftsteuer. Die Steuern vom Umsatz lagen nahezu exakt auf dem vergleichsweise hohen Vorjahresniveau. Weiterhin positiv war die Entwicklung bei der Lohnsteuer sowie der veranlagten Einkommensteuer.
- Das Aufkommen der Bundessteuern konnte sich im Mai 2016 um 8,7 % gegenüber dem Vorjahrsniveau verbessern. Maßgeblich für das gute Ergebnis war der erneute signifikante Anstieg des Aufkommens der Tabaksteuer (+ 36,5 %). Dies dürfte ein Vorzieheffekt als Reaktion auf das Tabakerzeugnisgesetz sein, welches u. a. ein Verbot von Mentholzigaretten, sowie "Schockbilder" auf Zigarettenverpackungen vorsieht. Denn alle bis 21. Mai 2016 produzierten Zigaretten dürfen noch nach alter Rechtslage abverkauft werden. Daher ist auch mit einem Gegeneffekt in der zweiten Jahreshälfte zu rechnen.
- Die Einnahmen des Bundes beliefen sich kumuliert für den Zeitraum Januar bis Mai 2016 auf 123,6 Mrd. €. Das entsprechende Vorjahresniveau wurde um 10,1 Mrd. € beziehungsweise 8,9 % überschritten. Die Ausgaben des Bundeshaushalts beliefen sich bis Mai auf 128,4 Mrd. €, was einer Zunahme um 3,1 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau entspricht. Im betrachteten Zeitraum überstiegen die Ausgaben die Einnahmen um 4,8 Mrd. €. Der negative Finanzierungssaldo wurde durch Kassenmittel und Rücklagenbewegungen ausgeglichen.

BMF-Tragfähigkeitskonferenz am 30. Mai 2016

BMF-Tragfähigkeitskonferenz am 30. Mai 2016

"Demografie als Herausforderung für die öffentlichen Finanzen – Der Vierte Tragfähigkeitsbericht des BMF"

- Die Sicherung fiskalischer Tragfähigkeit ist finanzpolitische Daueraufgabe und Auftrag der Generationengerechtigkeit.
- Demografischer Wandel im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlicher Verantwortung und finanzieller Realität ist gestaltbar, wenn die Herausforderungen frühzeitig angenommen werden.
- Der Tragfähigkeitsbericht des BMF gibt Orientierung und Impulse für die Diskussion von Gestaltungsansätzen.

1	Einleitung	6
2	Vernachlässigt die Tagespolitik Langfristrisiken?	
3	Herausforderungen der Tragfähigkeit durch Demografie	7
4	Gestaltung des demografischen Wandels	ρ

1 Einleitung

Am 30. Mai 2016 fand im BMF die Konferenz zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen statt, an der rund 200 Fachleute sowie zahlreiche Medienvertreter teilnahmen.

Unter dem Motto "Demografie als Herausforderung für die öffentlichen Finanzen – Der Vierte Tragfähigkeitsbericht des BMF" waren Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik eingeladen, Gestaltungsansätze zur Bewältigung des demografischen Wandels im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlicher Verantwortung und finanzieller Realität zu diskutieren.

Ein wesentliches Ziel der Konferenz war es, die Aufmerksamkeit auf die langfristige demografische Entwicklung unserer Gesellschaft zu lenken und Lösungsansätze zur Begrenzung der finanziellen Risiken für die nachfolgenden Generationen zu diskutieren. Der Leiter der Grundsatzabteilung im BMF, Dr. Ludger Schuknecht, eröffnete die Veranstaltung und betonte die Bedeutung des Tragfähigkeitsberichts¹ als "Frühwarnmechanismus" und Instrument einer vorausschauenden und langfristig orientierten Finanzpolitik: "Wir müssen die Aufmerksamkeit auf die langfristige Entwicklung lenken, damit vorausschauende Politik heute schon die richtigen Weichen stellen kann."

2 Vernachlässigt die Tagespolitik Langfristrisiken?

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und der renommierte britische Soziologe Prof. Colin Crouch erörterten eingangs die

¹ Mehr Informationen dazu auch im BMF-Monatsbericht März 2016 und unter www.tragfaehigkeit.de.

BMF-Tragfähigkeitskonferenz am 30. Mai 2016

Frage, ob und wie eine kurzfristige Orientierung der Tagespolitik die nachhaltige Verfolgung langfristiger Politikansätze erschweren kann und wie Politik hiermit umgehen sollte.

Prof. Crouch stellte einleitend fest, dass Wahlzyklen eher zu kurzfristigem Agieren statt zur Verfolgung von langfristigen Politikansätzen führen könnten. Politische Interessen könnten schon vor diesem Hintergrund von denjenigen der Bevölkerung abweichen. Dies könne sich beispielsweise in einer kurzfristig Vorteile bietenden, expansiven Schuldenpolitik niederschlagen. Bundesfinanzminister Dr. Schäuble bestätigte das Dilemma zwischen Kurz- und Langfristorientierung in der Politik und wies darauf hin, dass Politiker in einer Demokratie letztlich immer Mehrheiten benötigten, um erfolgreich zu sein.

Beide stimmten darin überein, dass es bei der Gestaltung von Politik wesentlich sei, neben der Rationalität auch Gefühle der Menschen zu berücksichtigen. Prof. Crouch unterstrich in diesem Kontext die Bedeutung sozialer Investitionen, beispielsweise in Bildung und Betreuung. Er betonte, dass insbesondere die Länder Südeuropas hier Defizite hätten.

Beide Diskutanten hoben zudem die Bedeutung unabhängiger Institutionen wie z. B. der Europäischen Zentralbank (EZB) oder in Deutschland dem Bundeskartellamt hervor. Diese müssten losgelöst von politischen Machtund Mehrheitsverhältnissen entsprechend ihrer jeweiligen Rolle autarke Entscheidungen treffen, sich aber auch der öffentlichen Kritik stellen.

Abschließend wies Bundesfinanzminister Dr. Schäuble darauf hin, dass in guten Zeiten die Abwehr langfristig unangemessener Forderungen schwierig sei. Dann könne ein kurzer Entscheidungshorizont der Politik auch als Korrektiv zu Fehlschlüssen aus langfristigen Fortschreibungen und Prognosen wirken. Die Begrenztheit der Langfristigkeit politischer Entscheidungen sei in diesem Verständnis auch eine Art Freiheitsgarantie.

3 Herausforderungen der Tragfähigkeit durch Demografie

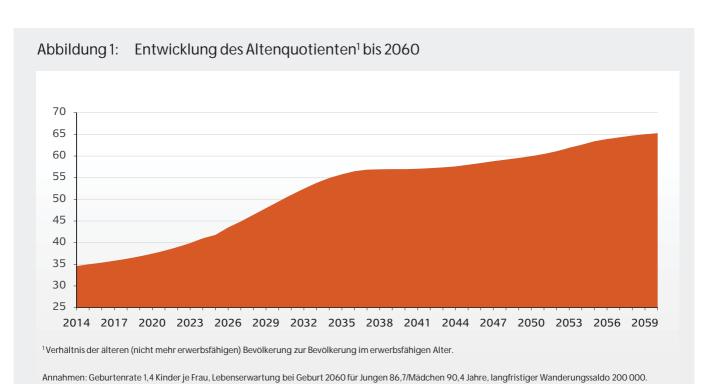
Mit seinem Vortrag über die Herausforderungen der demografischen Entwicklungen für die langfristige Sicherung solider Staatsfinanzen identifizierte der Präsident des Münchner ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Prof. Clemens Fuest, die Risiken, die der demografische Wandel vor allem durch den Anstieg des Altenquotienten² mit sich bringe. Dieser werde sich von aktuell 35:100 schon im Jahr 2035 auf 56:100 erhöhen (siehe Abbildung 1). Diese Veränderung der Altersstrukturen hätte notwendigerweise ungünstige Wirkungen auf die Umlagesysteme, voraussichtlich auch auf das langfristige Wirtschaftswachstum und somit auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in Deutschland.

Mit Blick auf den Flüchtlingszustrom führte Prof. Fuest aus, dass diese Form der ungeplanten Zuwanderung die fiskalischen Probleme des demografischen Wandels nicht lösen werde. Die Mehrzahl der aus humanitären Gründen zu uns kommenden Flüchtlinge verfüge über ein geringes Qualifikationsniveau und könne daher nur unterdurchschnittliche Finkommen erzielen. Auch auf Dauer werde es so tendenziell eher zu einer Be- als zu einer Entlastung der Sozialsysteme kommen. Allein eine qualifizierte, arbeitsmarktgetriebene Zuwanderung könnte einen Lösungsbeitrag liefern. In diesem Kontext unterstrich Prof. Fuest auch die Bedeutung der Bildung. Hier seien Rückstände in jungen Jahren später nur mühsam aufzuholen.

² Verhältnis der älteren (nicht mehr erwerbsfähigen) Bevölkerung zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis)

BMF-Tragfähigkeitskonferenz am 30. Mai 2016



Bezogen auf die sozialen Sicherungssysteme warnte Prof. Fuest vor einem Zurücknehmen der Reformen der Alterssicherung. Der Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenformel limitiere den Beitragsanstieg durch Begrenzung des Rentenniveaus und erhöhe so die Widerstandsfähigkeit des Rentensystems gegen die Folgen der demografischen Entwicklung. Prof. Fuest warb in diesem Zusammenhang insbesondere auch dafür, die kapitalgedeckte private und betriebliche Altersvorsorge als zentrales Vorsorgeelement zu erhalten. Als politische Ansatzpunkte für weitere Reformen nannte er Arbeitsmarktpartizipation, Produktivität, Familienpolitik, ausgeglichene Haushalte sowie die qualifizierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. Das derzeitige demografische Zwischenhoch ermögliche es, derartige Reformen mit einem längeren Zeithorizont rechtzeitig zu implementieren, verspätete Reaktionen würden dagegen erhebliche fiskalische Kosten nach sich ziehen.

4 Gestaltung des demografischen Wandels

Anknüpfend an den Fachvortrag von Prof. Fuest wurden von einer mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Jens Spahn, Dr. Markus Kerber, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, Prof. Dr. Jürgen Wasem und Prof. Dr. Martin Werding hochrangig besetzten Expertenrunde die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die öffentlichen Haushalte und mögliche Gestaltungsansätze erörtert.

Für den Bereich Arbeitsmarkt und Rente hob Prof. Werding die Erfolge der Rentenreformen der Jahre 2001 bis 2007 hervor. Diese hätten Deutschland – im Zusammenspiel mit der Arbeitsmarktreform – auf dem Weg zur Tragfähigkeit wesentlich vorangebracht. Diese Maßnahmen dürften, insbesondere mit Blick auf den sich bis 2035 ungebremst fortsetzenden

BMF-Tragfähigkeitskonferenz am 30. Mai 2016

Anstieg des Altenquotienten, nicht zurückgedreht werden. Das Renteneinstiegsalter sei eine wichtige Referenz für Bürger zur individuellen Planung des Ruhestands. Insofern müssten etwaige Entscheidungen über die Dynamisierung der Altersgrenzen frühzeitig gefällt werden. Um den Wandel zu bewältigen, komme es auch darauf an, die "Arbeitsmärkte offen und dynamisch zu halten". Der Tragfähigkeitsbericht des BMF gebe in der Diskussion über die Folgen des demografischen Wandels Orientierung. Seine Daten seien nicht populär, aber er könne als Instrument gegen Populismus dienen, so Prof. Werding.

Aus der Perspektive der Gesundheitsökonomie wies Prof. Wasem darauf hin, dass über die längere Lebenserwartung der Bevölkerung hinaus der medizinische Fortschritt zu erheblichen Ausgabensteigerungen führen könne. Um Ausgabenanstiege zu vermeiden, müssten Produktivitätspotenziale im Gesundheitswesen, vor allem aus Digitalisierung und Ambulantisierung, erschlossen werden. Die Pflegeversicherung sei zwar von finanziell geringerem Gewicht, gleichwohl in weitaus stärkerem Maße durch den Alterungsprozess gefordert. Hier stellten perspektivisch die Bezahlung des Pflegepersonals und die Frage der Deckelung der Leistungen die Politik vor weitere Herausforderungen.

Für den Bereich der Industrie betonte Dr. Kerber die Bedeutung des technischen Fortschritts als wesentlichen Faktor für Produktivitätssteigerungen und Arbeitserleichterungen im Produktionsprozess. Um dessen Vorteile nutzen zu können, sei eine permanente Anpassung des Qualifikationsniveaus der Arbeitskräfte an neue, gestiegene Anforderungen ebenso notwendig wie die Anpassung der Gesetzgebung an neue Fertigungsbilder. Ferner sei aus Sicht der Industrie auch eine an unterschiedliche Lebensphasen angepasste Arbeitsnachfrage notwendig. Unternehmen sehen sich hier als Spiegel der Gesellschaft. Dass die Politik die Herausforderungen des

demografischen Wandels erkannt hat und annimmt, sei wichtig für das Vertrauen in den Standort.

Für die Familienpolitik forderte Prof. Schneider eine klarere Zielorientierung. Vor allem sollte in der Familienförderung eine Umschichtung finanzieller Mittel von Transferzahlungen hin zu mehr Investitionen in eine familienfördernde Infrastruktur erfolgen, um das Angebot von Kinderbetreuung auszubauen. Zudem könnte durch mehr Flexibilität und "frei skalierbare" Arbeitszeitmodelle sowie adäquate Arbeitsangebote die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und dadurch erhebliche Reserven für den Arbeitsmarkt aktiviert werden. Der deutliche Rückgang der Wochenarbeitsstunden erwerbstätiger Frauen in den vergangenen 20 Jahren belege dieses Potenzial.

Alle Diskutanten nannten Bildung als einen wesentlichen Schlüsselfaktor zur Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen des demografischen Wandels. Dabei sei die Unterstützung junger Menschen zur Vermeidung von Schulabbrüchen ebenso notwendig wie die Förderung der frühkindlichen Bildung. Wichtig sei dabei vor allem die Qualität der Betreuungs- und Bildungsangebote.

Die Diskussionen wurden von der Journalistin und Demografie-Expertin Margaret Heckel moderiert und durch zahlreiche Beiträge sowie Fragen aus dem Kreis der Konferenzteilnehmer ergänzt.

In seinem Schlusswort hob der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Jens Spahn, die fiskalische Tragfähigkeit als wichtiges Anliegen der Generationengerechtigkeit hervor. Im vergangenen Jahrzehnt seien viele Schritte in die richtige Richtung getan worden. Reformen bedeuteten nicht, nur simpel zu kürzen, sondern umzudenken. Der Tragfähigkeitsbericht sei dabei Orientierungs- und Impulsgeber für die weitere Diskussion.

Umfassende Investitionsberatung für die öffentliche Hand

Umfassende Investitionsberatung für die öffentliche Hand

Neue Aufgaben und neue Struktur für "Partnerschaften Deutschland"

- Die ÖPP Deutschland AG ("Partnerschaften Deutschland") weitet ihr Leistungsangebot aus. Für die gesamte öffentliche Hand soll sie Beratungsleistungen im Bereich Investitionen und Modernisierung anbieten und insbesondere Kommunen bei der Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben unterstützen.
- Die Gesellschaft soll für eine Unternehmensbeteiligung durch weitere öffentliche Auftraggeber aus Bund, Ländern und Kommunen zur Verfügung stehen, die Beratungsleistungen des Unternehmens somit ausschreibungsfrei als "Inhouse-Leistung" nutzen können.
- Mit dieser Maßnahme setzt die Bundesregierung auch eine zentrale Forderung des Berichts der Expertenkommission "Stärkung von Investitionen in Deutschland" zur Schaffung einer Infrastrukturgesellschaft für Kommunen um.

1	Bewährtes erhalten, Neues integrieren	10
2		
2.1	Beratung zu Investitionsvorhaben	
2.2	IT-/Dienstleistungsprojekte und Verwaltungsmodernisierung	12
3	Nur schnelle Hilfe ist gute Hilfe: Das Inhouse-Modell	12
4	Gemeinsam steuern: Die Corporate Governance	13
	Dahai sain ist allas	1/

1 Bewährtes erhalten, Neues integrieren

Die ÖPP Deutschland AG, auch als "Partnerschaften Deutschland" (PD) bekannt, wurde 2008 durch den Bund gegründet. Seitdem ist sie erfolgreich als unabhängige Beratungsgesellschaft zur Förderung Öffentlich-Privater Partnerschaften (ÖPP) ausschließlich für die öffentliche Hand tätig. Mittlerweile hat sie ihr Beratungsspektrum auch auf die Bereiche IT, Dienstleistungen und Verwaltungsmodernisierung ausgerichtet und ist ein anerkannter Partner von Bund, Ländern und Gemeinden, aber auch anderen Verwaltungseinrichtungen zu oft hochkomplexen

Frage- und Problemstellungen. Diese Beratungsleistung soll nunmehr systematisch erweitert werden und die gesamte Bandbreite der Fragen der Kooperation von Verwaltung mit Wirtschaft, der Kooperationen von Verwaltungen untereinander bei der Bereitstellung öffentlicher Leistungen und der Verwaltungsmodernisierung abdecken.

2 Vom ersten Schritt bis zum erfolgreichen Ergebnis

Das Beratungsangebot des Unternehmens soll eine Unterstützung der öffentlichen Hand vom ersten bis zum letzten Schritt bei Investitions-

Umfassende Investitionsberatung für die öffentliche Hand

und Modernisierungsvorhaben umfassen unabhängig davon, ob die Umsetzung als ÖPP oder in einer konventionellen Beschaffungsform erfolgt. Hierbei wird das Unternehmen mit eigenen Kräften, aber auch mit der Unterstützung von Kooperationspartnern aus Ländereinrichtungen und weiteren Beratungsunternehmen flächendeckend Beratungsleistungen zu Investitionsvorhaben, öffentlichen Dienstleistungen und Verwaltungsmodernisierung anbieten. Um einen möglichst hohen Wirkungsgrad zu erzielen, ist dieses Beratungsangebot insbesondere darauf ausgerichtet, die öffentliche Hand bereits möglichst frühzeitig schon bei den ersten Überlegungen und der Vorhabenplanung und -organisation zu unterstützen und sie – soweit erforderlich - bis zum Projektabschluss zu begleiten.

2.1 Beratung zu Investitionsvorhaben

Die ÖPP Deutschland AG hat sich bereits im Hochbaubereich als Gesamtprojektsteuerer für Großprojektstrukturierung und -vergaben erfolgreich am Markt positioniert. Schwerpunkt neben Großprojekten ist die Frühphasenberatung. Der Beratungsansatz umfasst insbesondere

Beschaffungsbedarfe für Immobilien- und Infrastruktur, die eines ergebnisoffenen fundierten Wirtschaftlichkeitsvergleichs der verschiedenen "Geschäftsmodelle" beziehungsweise Beschaffungsvarianten bedürfen

- Projektsteuerung/Projektstrukturierung bei Großprojekten in alternativen komplexen Beschaffungsformen
- Begleitung von komplexen Großprojekten der sozialen Infrastruktur insbesondere bei zeitkritischen komplexen Verfahren.

Das Leistungsspektrum des Unternehmens zur maßgeschneiderten Projektbegleitung umfasst künftig alle Phasen eines Vorhabens, beginnend mit der Unterstützung bei der Bedarfsanalyse und der Entwicklung der Beschaffungsstrategie, der Konzeptentwicklung und Projektkonzeption (Grob- und Feinkonzepte), der Untersuchung von Beschaffungsvarianten und Finanzierungsmodellen, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, Markterkundungen, der Begleitung von Vergabeverfahren und der verfahrensbegleitenden Steuerung bis hin zur Begleitung des politischen Prozesses und dem Kosten- und Vertragscontrolling.

Das Unternehmen soll insbesondere den Kommunen helfen, von den verschiedenen Projekt- und Beschaffungsvarianten die für sie beste und wirtschaftlichste Alternative auszuwählen und den Planungs- und Umsetzungsprozess zu stärken. In dieser Funktion entspricht es einer Infrastrukturberatungsgesellschaft für jede Art von Großprojekten der öffentlichen Hand, wie sie von der Expertenkommission "Stärkung von Investitionen in Deutschland" vorgeschlagen wurde.

Umfassende Investitionsberatung für die öffentliche Hand

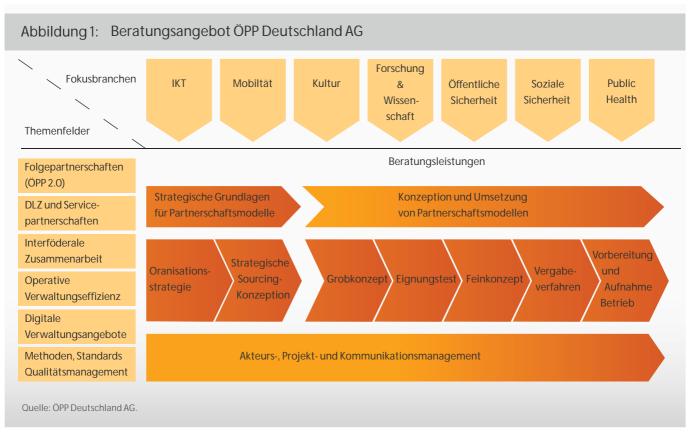
2.2 IT-/Dienstleistungsprojekte und Verwaltungsmodernisierung

Das bisherige Beratungsangebot umfasst bereits eine Vielzahl von Themenbereichen der öffentlichen Verwaltung (siehe Abbildung 1).

Die künftige Beratung von Bund, Ländern und Kommunen soll auch die Verwaltungs- und Organisationsmodernisierung, insbesondere bei der interkommunalen Zusammenarbeit, umfassen. Hier erfolgt eine Ausweitung auf die Organisations-, Strategie- und Umsetzungsberatung von Kooperationsmodellen (öffentlich-öffentlich, öffentlich-privat) auf allen staatlichen Ebenen. Der Fokus liegt dabei auf Effizienzsteigerungen, Verwaltungsmodernisierung, aufgabenkritischen Projektansätzen und die am Markt orientierte Erbringung von Querschnittsfunktionen oder Unterstützungsleistungen.

3 Nur schnelle Hilfe ist gute Hilfe: Das Inhouse-Modell

Gerade bei Investitionsvorhaben, aber auch bei den ersten Überlegungen zu Projekten der Verwaltungsmodernisierung, werden entscheidende inhaltliche Weichen in der Frühphase gestellt. Hier gilt es, den Überblick über alle Handlungsmöglichkeiten zu behalten und nicht vorzeitig innovative Ansätze auszuklammern. Unterstützen kann hier, wer aus einer Vielzahl von Projekten Erfahrungen einbringen kann und allein die Interessen der öffentlichen Hand im Auge hat. Mit der Ende 2016 erfolgenden Umwandlung zu einer zu 100 % öffentlichen GmbH wird "Partnerschaften Deutschland" in die Lage versetzt, als "Inhouse-Gesellschaft" ihren Gesellschaftern – derzeit die Länder Hessen. Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, die



Umfassende Investitionsberatung für die öffentliche Hand

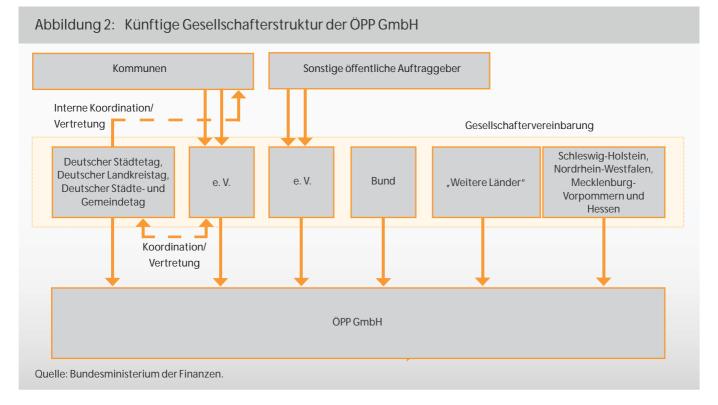
Kommunalen Spitzenverbände sowie der Bund – diese Beratungsleistungen zudem ausschreibungsfrei anzubieten. Durch den Erwerb von Geschäftsanteilen können auch andere öffentliche Einrichtungen aller staatlichen Ebenen diesen Vorteil nutzen (siehe Abbildung 2). Die Corporate Governance des Unternehmens ist auf die Sicherung der Inhouse-Fähigkeit gegenüber einer Vielzahl von (öffentlichen) Einzelgesellschaftern ausgerichtet und sichert den Gesellschaftern ausreichende Einflussmöglichkeiten.

Der Bund bietet hierfür interessierten Einrichtungen der öffentlichen Hand einen Teil der von ihm gehaltenen Unternehmensanteile zum Erwerb an. In einem Mustervertrag sind die Vertragskonditionen einschließlich des Rechts, die Anteile an den Bund zurück zu übertragen, vertraglich einheitlich festgelegt. Für Kommunen bietet der Bund auch den Erwerb von sogenannten gestrippten Anteilen an, die deutlich preiswerter die vollen Gesellschafterrechte vorsehen, aber keine Beteiligung an den wirtschaftlichen Chancen und Risiken umfassen.

4 Gemeinsam steuern: Die Corporate Governance

Die Beratung der PD steht allen Bereichen der öffentlichen Hand offen. Mittels einer Beteiligung an dem Beratungsunternehmen können die öffentlichen Einrichtungen die Inhouse-Fähigkeit des Unternehmens nutzen und dieses ausschreibungsfrei beauftragen. Alle Gesellschafter sind in den Organen der Gesellschaft vertreten. Sofern Kommunen und öffentliche Unternehmen nicht unmittelbar Gesellschafter werden wollen, steht mit der Möglichkeit einer indirekten Beteiligung über Vereine ein vereinfachter Zugang zur Inhouse-Beratung offen.

Hier erwerben die Kommunen und öffentlichen Unternehmen nicht selbst Anteile an dem Unternehmen, sondern treten einem Verein bei, der diese Anteile erwirbt beziehungsweise hält. Der Verein übernimmt die Aufgaben der Beteiligungsverwaltung und die Wahrnehmung der Gesellschafterrechte. Die Kommunen und öffentlichen



13

Umfassende Investitionsberatung für die öffentliche Hand

Unternehmen üben ihren Einfluss dann über die Mitgliederversammlung des Vereins aus. Auch hier eröffnet diese Form der Beteiligung den Zugang zum Inhouse-Status des Unternehmens. Hierbei wird den kommunalen Spitzenverbänden eine koordinierende Rolle angeboten.

5 Dabei sein ist alles

Die Optimierung der Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand und die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der öffentlichen Leistungen insgesamt stellen eine wichtige Aufgabe auf allen staatlichen Ebenen und für alle öffentlichen Einrichtungen dar. Zu ihrer Erfüllung sollte bei allen Beteiligten die Bereitschaft bestehen, neue Wege zu gehen. Der Bund lädt mit seinem Angebot die öffentliche Hand in ihrer gesamten Vielfalt von Organisationen und Aufgaben, Trägern und Einrichtungen, Themen und Kompetenzen ein, sich an der Fortentwicklung dieses Beratungsangebots zu beteiligen und mit ihrer Beteiligung an der PD einen heterogenen und engagierten Gesellschafterkreis zu formen.

Fachtagung Staatseigentum

Fachtagung Staatseigentum

Auftakt zum BMF-Forschungsprojekt "Legitimation und Grenzen des Staatseigentums"

- Über 80 Teilnehmer aus Wissenschaft, Politik und Praxis trafen sich am 1. April 2016 dem
 25. Todestag von Detlef Rohwedder im BMF, um über das Thema "Legitimation und Grenzen des Staatseigentums" zu diskutieren.
- Alle Tagungsteilnehmer waren sich darüber einig, dass staatliche Eigentumspositionen nicht der Anhäufung oder Vermehrung von Vermögenswerten dienen, sondern der Erfüllung öffentlicher Aufgaben.
- Trotz aller Krisen bleibt der Grundsatz "Privat vor Staat" ein wichtiges Postulat der deutschen Wirtschaftsrechtsordnung. Staatseigentum bedarf einer besonderen Rechtfertigung, da der Staat sich nicht auf die verfassungsrechtliche Gewährleistung des Eigentums als Institutsgarantie oder als Grundrecht berufen kann.

1	Aniass der Lagung	15
2	Einzelthemen der Tagung	15
	Forschungsvorhaben "Legitimation und Grenzen des Staatseigentums"	
4	Ausblick	18

1 Anlass der Tagung

Am 1. April 2016 – dem 25. Todestag von Dr. Detlef Karsten Rohwedder, dem früheren Präsidenten der Treuhandanstalt – trafen sich Vertreter aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Rechtsanwaltschaft im BMF, um über das Thema "Legitimation und Grenzen des Staatseigentums" zu diskutieren. Unter den Vortragenden waren namhafte Juristen wie Prof. Dr. Dr. h.c. Josef Isensee, Prof. Dr. Otto Depenheuer und Prof. Dr. Ludwig Gramlich.

Die Fachtagung war zugleich Auftakt und Basis eines gemeinsamen Forschungsprojekts rund um das Thema "Staatseigentum" des BMF mit der Universität zu Köln sowie der Deutschen Stiftung Eigentum.

Gemäß der Grundentscheidung der deutschen Rechts- und Wirtschaftsordnung gilt der Vorrang des Privateigentums vor staatlichen Eigentumspositionen. Staatseigentum ist im modernen Verfassungsstaat legitimierungspflichtig und nur in engen Grenzen zulässig. In der sozialen Marktwirtschaft sind deshalb z. B. unmittelbare staatliche Unternehmensbeteiligungen aus ordnungspolitischen Gründen auf ein Minimum zu reduzieren.

2 Einzelthemen der Tagung

Nach Eröffnung der Veranstaltung durch Staatssekretär Johannes Geismann wurde das Thema "Staatseigentum" durch die Vortragenden, die zugleich Mitglieder des Forschungsprojekts sind, von ökonomischer und juristischer Seite beleuchtet. Alle Vorträge gaben einen dezidierten Einblick in die Arbeit des Forschungsprojekts "Legitimation und Grenzen des Staatseigentums". Der gewählte Ansatz ist hierbei interdisziplinär, was sich auch in den Vorträgen widerspiegelte.

Fachtagung Staatseigentum

Zu Beginn der Tagung hielt Dr. Oda Schmalwasser vom Statistischen Bundesamt einen Vortrag zum Thema "Staatsvermögen im Rahmen der Vermögensbilanzen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen". Sie betonte die Vorteile der in den sektoralen und gesamtwirtschaftlichen Vermögensbilanzen dargestellten Daten zum wirtschaftlichen Vermögen des Sektors Staat. Allerdings umfasse die Abgrenzung nicht alle öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, und auch einige schwer zu bewertende nichtproduzierte Vermögensgüter wie z.B. Bodenschätze würden nicht mit erfasst. Andererseits lägen den ausgewiesenen Daten für alle Sektoren die gleichen methodischen Vorgaben zugrunde, sodass sie unmittelbar miteinander vergleichbar seien. So könne der Anteil des Staates an den gesamtwirtschaftlichen Bauten mit 15 %, an den Ausrüstungen mit 7 % und am geistigen Eigentum - dem immateriellen Anlagevermögen der deutschen Volkswirtschaft mit 16 % angegeben werden. Damit bieten die Volkswirtschaftlichen Vermögensbilanzen nach Darstellung von Dr. Oda Schmalwasser den derzeit einzig verfügbaren Rahmen zur monetären Quantifizierung sowohl der im Staatseigentum befindlichen als auch aller anderen in der Volkswirtschaft vorhandenen wirtschaftlichen Vermögenswerte.

Als erster juristischer Fachredner sprach danach Prof. Dr. Otto Depenheuer von der Universität zu Köln über das Thema "Legitimation des Staatseigentums". Nach einer Differenzierung der Begriffe "Staatseigentum" (Habenseite der staatlichen Vermögensbilanz) und "Staatsvermögen" (Vermögens- und Schuldensaldo) legte Prof. Dr. Otto Depenheuer dar, dass sich der Staat nicht auf Artikel 14 Grundgesetz (GG) berufen könne. Das Eigentum als Institutsgarantie und als Grundrecht sei daher keine Legitimationsbasis für staatliche Eigentumspositionen. Vielmehr habe der Staat das Privateigentum zu schützen und zu gewähren. Staatliche Eigentumspositionen bedürften einer anderen Begründung, insbesondere müssten sie öffentlichen Zwecken dienen.

Daran anschließend stellte Prof. Dr. Ludwig Gramlich von der Technischen Universität Chemnitz seine Überlegungen zum Thema "Infrastruktur (Daseinsvorsorge) im Staatseigentum" insbesondere am Beispiel von Postwesen und Telekommunikation vor. Historisch betrachtet, aber auch aktuell gehe es darum festzulegen, wie und von wem grundlegende, für die gesamte Bevölkerung wesentliche Dienstleistungen und die (in der Regel netzförmigen) Infrastrukturen hierfür optimal zu erbringen seien. In einigen Bereichen, insbesondere der inneren und äußeren Sicherheit, finde nach wie vor die Wahrnehmung durch staatliche Stellen selbst statt und Staatseigentum bestehe fort. Im Allgemeinen habe aber in den vergangenen drei Jahrzehnten ein Wandel der Ansichten dahin stattgefunden, dass derartige öffentliche Aufgaben über funktionierenden Wettbewerb privater Unternehmen besser erfüllt werden könnten und eine effiziente Regulierung durch unabhängig-neutrale Behörden ausreiche. Selbst für Not- und Krisenfälle existiere ein vielfältiges Instrumentarium der Heranziehung leistungsfähiger Privatunternehmen. Der Staat wird zum einen als Regulierer von Märkten tätig, er kann und will aber auch als Anteilseigner mit Mitteln des Gesellschaftsrechts begrenzt Einfluss nehmen. Hier müssen Reibungsverluste vermieden werden, die sich aus den unterschiedlichen Zielen ergeben können.

Sodann sprach Ministerialdirektor a. D. Detlef Selhausen ausgehend von Artikel 87a Absatz 1 Satz 1 GG über das Thema "Staatseigentum an militärischen Geräten und Anlagen". Die Aufstellung und der Betrieb der Bundeswehr dienten der Bewahrung beziehungsweise der Herstellung der äußeren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Dies sei Staatsaufgabe. Um diese zu erfüllen, stellt der Bund seinen Streitkräften, der Bundeswehr, Kampffahrzeuge, Kampfflugzeuge, Kampfschiffe, Satelliten, Kasernen, Hafenanlagen und Flugplätze, aber auch persönliche Ausrüstung der Soldaten, IT-Netze, Transportkapazitäten etc. zur Verfügung. Dabei

Fachtagung Staatseigentum

begründe der Staat regelmäßig Eigentum an den von der Bundeswehr genutzten militärischen Geräten und Anlagen. Der Bund gehe aber auch Vertragsverhältnisse wie Miet- oder Leasingverträge ein, mit denen er gesicherten Besitz erlange. Ministerialdirektor Dr. Günter Winands aus dem Amt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien ging anschließend den Fragen rund um das Thema "Kunst und Kultur im Staatseigentum" nach. Danach stellte Rechtsanwalt Dr. Tobias Fischer die Insolvenzfähigkeit öffentlicher Unternehmen vor und ging insbesondere auf die Handlungspflichten der Unternehmensorgane in der Krise des Unternehmens ein.

Prof. Dr. h. c. Josef Isensee, Mitherausgeber des "Handbuchs des Staatsrechts", sprach im Folgenden über das Thema "Das staatsrechtliche Schenkungsverbot - Inhalt, Grund, Geltung". Als wesentliche Kernbotschaften legte er dar: Die Freiheit des Schenkens, die der Private genieße, komme dem Staat nicht zu. Er habe nicht Teil an der Privatautonomie. Für ihn gelte das staatsrechtliche Schenkungsverbot. Doch daraus folge nicht, dass ihm die Privatisierung von Vermögensgegenständen oder Finanzleistungen zum "Nulltarif" schlechthin verwehrt wären. Vielmehr verfüge er über seine Finanzmittel als Treuhänder der Allgemeinheit und finde seine Rechtfertigung in der Förderung des Gemeinwohls. Subventionen oder Sozialleistungen seien, staatsrechtlich gesehen, keine Geschenke, soweit ihnen ein öffentlicher Nutzen korrespondiere. Inhalt und Reichweite des staatlichen Schenkungsverbots bedürften der differenzierenden Untersuchung. Im Anschluss daran erfolgte durch Christian Hirte, Mitglied des Bundestags, eine politische Analyse des Themenkreises "Legitimation und Grenzen des Staatseigentums".

In seinem Schlusswort stellte Ministerialdirektor Dr. Bruno Kahl vom BMF zusammenfassend fest, dass der Grundsatz des Vorrangs des Privateigentums vor staatlichen Eigentumspositionen nach wie vor gilt. Diese Position, so unterstrich Dr. Bruno Kahl weiter, lasse sich auch aus dem Subsidiaritätsprinzip

ableiten, was in praxi insbesondere in den dezentralen Strukturen in Deutschland seinen Niederschlag gefunden habe (vom Staatsaufbau über die Wirtschaftsstruktur bis hin zu den deutschen Sozialsystemen). Eine allgemeine Verankerung des ursprünglich aus der katholischen Soziallehre entstammenden Subsidiaritätsprinzips sei im GG insbesondere im Rechtsstaatsprinzip zu sehen. Die rechtsstaatliche Verfassung ziehe der Staatstätigkeit dort Schranken, wo sie die freiheitliche Selbstbestimmung der Grundrechtsträger gefährde, der sie zu dienen bestimmt ist. Wo immer Private Aufgaben sachgerecht erfüllen, habe der Staat diese nicht an sich zu ziehen. Als spezifischer Subsidiaritätsgrundsatz im Bundesrecht sei z. B. § 65 Absatz 1 Nr. 1 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) zu nennen. Nach dieser Regelung solle sich der Bund an der Gründung eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder an einem bestehenden Unternehmen in einer solchen Rechtsform nur beteiligen, wenn ein wichtiges Interesse des Bundes vorliege und der vom Bund angestrebte Zweck mit der Beteiligung nicht besser und wirtschaftlicher durch Private erfüllt werden könne. Der Grundsatz "Privat vor Staat" bleibt so ein wichtiges Postulat unserer Wirtschaftsrechtsordnung.

Alle Tagungsteilnehmer waren sich in dem Punkt einig, dass auch heute trotz aller Krisen – wie z. B. der Finanzkrise – Eigentumspositionen des Staates in der sozialen Marktwirtschaft sowie im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsrechtsordnung der Ausnahmefall und nur in engen Grenzen zulässig sind, auch wenn die Reprivatisierungsbestrebungen auf Kommunalebene ein anderes Bild vermitteln.

3 Forschungsvorhaben "Legitimation und Grenzen des Staatseigentums"

Unter dem Arbeitstitel "Legitimation und Grenzen des Staatseigentums" wird aktuell in einem Forschungsvorhaben sowohl von

Fachtagung Staatseigentum

wissenschaftlicher als auch von praktischer Seite beleuchtet, unter welchen Voraussetzungen der Staat selbst Eigentum begründen darf und wie vorhandene Vermögenswerte zu erfassen sowie zu verwalten sind. Das Vorhaben ist ein Gemeinschaftsprojekt zwischen dem BMF und der Universität zu Köln mit Unterstützung der Deutschen Stiftung Eigentum. Die notwendigen Projektaufwände werden anteilig getragen. Das Forschungsprojekt will im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis alle Fragestellungen rund um das Thema "Staatseigentum" beleuchten. Genannt seien beispielhaft die Fragen:

- Was ist Staatseigentum und wie lässt sich dieses je nach Vermögensposition rechtfertigen?
- Wie sieht die derzeitige Vermögensbilanz des Staates aus und welchen Wert haben die Eigentumspositionen?
- Welche Besonderheiten gelten, wenn der Staat als Eigentümer auftritt?
- Wie ist das Verhältnis von Staatseigentum und Privateigentum? Privateigentum als

Institutsgarantie und als Grundrecht hat der Staat zu schützen und zu gewähren.

An dem Forschungsprojekt arbeiten insgesamt 25 Wissenschaftler und Praktiker mit, die je eine Facette des Themenkreises beleuchten, und zwar von der historischen über eine ökonomische bis hin zu einer rechtlichen sowie politischen Betrachtung. Insbesondere die Bereiche staatliches Sachvermögen, staatliche Unternehmensbeteiligungen, Staatseigentum aus Gründen der inneren und äußeren Sicherheit, Infrastruktur und Ökologie im Staatseigentum sowie Kunst und Kultur werden hierbei analysiert. Staatliches Wirtschaften dient keineswegs der Anhäufung oder Vermehrung von Vermögenswerten, sondern der Erfüllung öffentlicher Aufgaben.

4 Ausblick

Die Forschungsergebnisse zu den vielfältigen Fragestellungen rund um den Themenkreis "Staatseigentum" werden im 1. Halbjahr 2017 der Öffentlichkeit vorgestellt und in einem Sammelband publiziert.

Die Beteiligung des Bundes an Unternehmen

Die Beteiligung des Bundes an Unternehmen

Beteiligungsbericht 2015 des BMF¹

- Der Bund hält derzeit unmittelbar Beteiligungen an über 100 Unternehmen. Dazu zählen etwa die Deutsche Telekom AG und die Deutsche Bahn AG als unmittelbare Beteiligungen sowie die Deutsche Post AG als mittelbare Beteiligung.
- Seine Beteiligungen führt der Bund nicht, um sein Vermögen zu mehren, sondern um öffentliche Aufgaben zu erfüllen. Ein wichtiges Bundesinteresse ist Voraussetzung jeder Bundesbeteiligung.
- Für die Beteiligungsführung des Bundes gelten einheitliche Grundsätze guter Unternehmensführung. Dazu zählt u. a. der Public Corporate Governance Kodex (PCGK). 2016 sollen hierzu durch das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst notwendig gewordene Anpassungen erfolgen.

1	Einleitung	19
2	Bestand zum Stichtag 31. Dezember 2014	20
3	Rechtsgrundlage der Beteiligungen des Bundes an Unternehmen	
	und sonstigen Einrichtungen	21
4	Beteiligungsführung des Bundes	22
5	Rechtsformen der unmittelbaren Beteiligungen (ohne Sondervermögen)	24
6	Anteil von Frauen in Geschäftsführungen und Überwachungsgremien in unmittelbaren	
	Beteiligungsgesellschaften des Bundes	25
6.1	Unmittelbare Mehrheitsbeteiligungen des Bundes 2014	25
6.2	Unmittelbare Minderheitsbeteiligungen des Bundes 2014	26
6.3	Entwicklung des Frauenanteils in Beteiligungen mit Bundesanteil 2014	27
7	Nachhaltigkeit	29
8	Fazit	29

1 Einleitung

Die Unternehmensbeteiligungen des Bundes umfassen auch Unternehmen, die der breiten Öffentlichkeit bekannt sind. Beispiele sind die Deutsche Telekom AG und die Deutsche Bahn AG als unmittelbare Beteiligungen, die Deutsche Post AG als mittelbare Beteiligung. Zusammengefasst ist der aktuelle Bestand der mittelbaren und unmittelbaren Unternehmensbeteiligungen im Beteiligungsbericht des Bundes.

Es entspricht einem wichtigen ordnungspolitischen Grundsatz der sozialen Marktwirtschaft, dass staatliche Beteiligungen auf
ein Minimum reduziert werden. Beteiligungen
des Bundes dienen nicht der Vermögensmehrung, sondern allein der Erfüllung
öffentlicher Aufgaben. Sie sind nur dann
zulässig, wenn ein "wichtiges Bundesinteresse"
vorliegt. Zur verantwortungsbewussten
Unternehmensführung, die sich an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientiert, gehört
insbesondere die nachhaltige Ausrichtung
von Unternehmen mit mehrheitlicher Bundes-

¹ Der ausführliche Beteiligungsbericht ist auf der Internetseite des BMF veröffentlicht unter http://www.bundesfinanzministerium.de/mb/2016061

Die Beteiligung des Bundes an Unternehmen

beteiligung. Erstmals in diesem Jahr haben auch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die DFS Deutsche Flugsicherung GmbH eine Entsprechenserklärung zur Anwendung des Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) abgegeben. Das seit 1. Mai 2015 in Kraft getretene Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen wird insbesondere bei der Gremienbesetzung durch den Bund in den unmittelbaren Bundesbeteiligungen mehr als erfüllt. Bei der im Jahr 2016 anstehenden Aktualisierung des PCGK werden die hierzu notwendigen Änderungen vorgenommen. Der aktuelle Bericht umfasst zum Stichtag 31. Dezember 2014 sämtliche unmittelbaren Beteiligungen und die mittelbaren Beteiligungen ab 50 000 € Nennkapital, sofern der Bund 25 % der Anteile hält.

2 Bestand zum Stichtag 31. Dezember 2014

Der Bund und seine Sondervermögen waren 2014 unmittelbar an 107 Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts beteiligt, wobei die unternehmerischen Kerntätigkeiten im Wesentlichen in den 62 Unternehmen mit Geschäftstätigkeit stattfanden (siehe Tabelle 1). Hierbei ist der Bund an 41 Gesellschaften mehrheitlich und an 19 Gesellschaften mit einer Minderheit beteiligt.² Über die Hälfte der Mehrheitsbeteiligungen und 60 % der Minderheitsbeteiligungen sind große Kapitalgesellschaften im Sinne von § 267 Absatz 3 Handelsgesetzbuch (HGB).

An den ausgewählten Unternehmen in Abbildung 1 ist der Bund mittelbar beziehungsweise unmittelbar beteiligt.

3 Rechtsgrundlage der Beteiligungen des Bundes an Unternehmen und sonstigen Einrichtungen

Der Bund kann seine Aufgaben durch eigene Behörden sowie durch öffentlichrechtlich oder privatrechtlich organisierte Unternehmen erfüllen. Die Beteiligung an privatrechtlich organisierten Unternehmen ist nur unter den Voraussetzungen des § 65

Tabelle 1: Unmittelbare Beteiligung des Bundes und seiner Sondervermögen

	Anzahl 2014	
Unmittelbare Beteiligungen	107	
davon:		
Unternehmen mit Geschäftstätigkeit (Abschnitt K, I. Nr. 1.) ¹	62	
Beteiligung an Genossenschaften (Abschnitt K, I. Nr. 1.)	15	
Unternehmen ohne Geschäftstätigkeit (Abschnitt K, I. Nr. 2)	5	
Beteiligung der Sondervermögen (Abschnitt K, II.) ²	25	
$Mittelbare\ Beteiligungen\ mit\ einem\ Nennkapital\ von \ge 50\ 000\ \in\ und \ge 25\ \%\ Anteilsbeteiligung\ (Abschnitt\ K,\ III.)$	566	
Gesamtsumme	673	

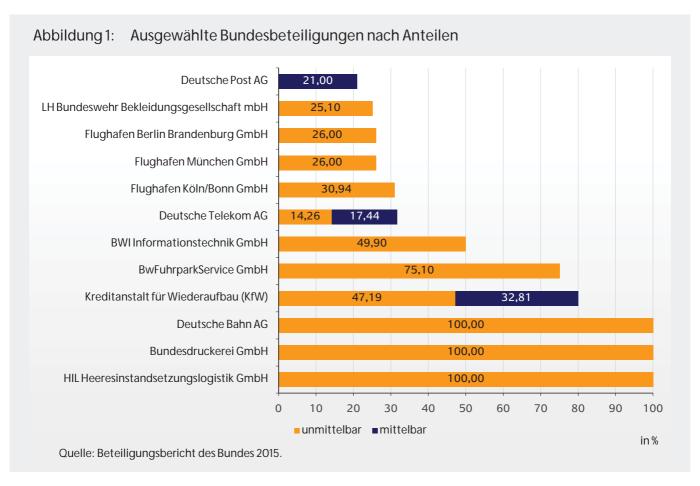
¹Einschließlich BvS und FMS-WM

Quelle: Beteiligungsbericht des Bundes 2015.

² Im Weiteren ohne Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) und Finanzmarktstabilisierungsanstalt Wertmanagement (FMS-WM).

² Ohne KfW

Die Beteiligung des Bundes an Unternehmen



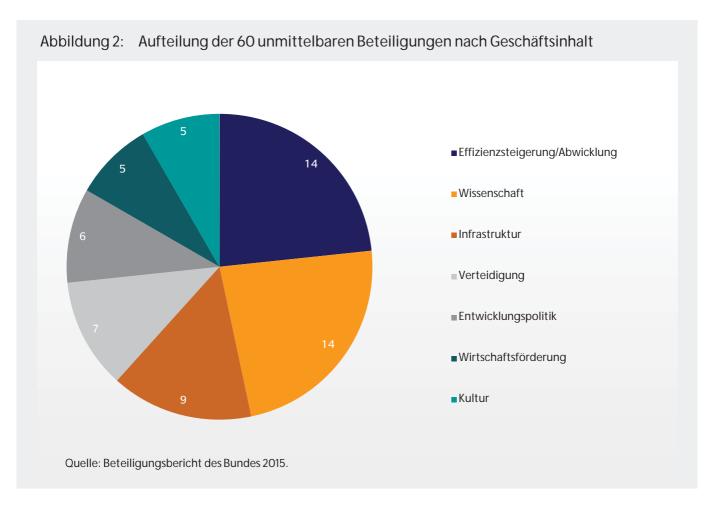
Bundeshaushaltsordnung (BHO) möglich. Hiernach muss zunächst zwingend ein wichtiges Bundesinteresse vorliegen. Darüber hinaus darf der Zweck nicht besser oder wirtschaftlicher auf andere Weise erreicht werden, der Bund muss einen angemessenen Einfluss im Überwachungsorgan erhalten und Jahresabschlüsse sowie Lagebericht müssen grundsätzlich entsprechend den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und geprüft werden. Schließlich muss das BMF nach Haushaltsrecht zustimmen und eine Beteiligung als das für das Bundesvermögen zuständige Bundesministerium erhalten.

Die wichtigen Bundesinteressen werden je nach Bereich eingeordnet. Die 60 unmittelbaren Bundesbeteiligungen lassen sich den Bereichen wie in Abbildung 2 dargestellt zuordnen.

Der Bund beteiligt sich nur dann an privatrechtlich organisierten Unternehmen, wenn die Aufgabenerfüllung durch private Unternehmen nicht gleich gut gewährleistet ist und wichtige Bundesinteressen dies erfordern. Aus diesem Grunde unterliegt das fortdauernde Vorliegen der wichtigen Bundesinteressen der ständigen Überprüfung. Hierzu erstattet das BMF im zweijährigen Rhythmus einen Fortschreibungsbericht an das Bundeskabinett.3 Darüber hinaus prüft der Bundesrechnungshof die Betätigung des Bundes an privatrechtlich organisierten Unternehmen nach § 92 BHO. Außerdem wird der Bundestag nach § 69a BHO über grundsätzliche und wesentliche Fragen der Beteiligung unterrichtet.

³ http://www.bundesfinanzministerium.de/ mb/2016062

Die Beteiligung des Bundes an Unternehmen



4 Beteiligungsführung des Bundes

Die Beteiligungsführung des Bundes erfolgt aufgabenbezogen und dezentral durch die verschiedenen Fachressorts. Die Verteilung der 60 unmittelbaren Bundesbeteiligungen auf die entsprechenden Bundesministerien ist in Abbildung 3 ersichtlich.

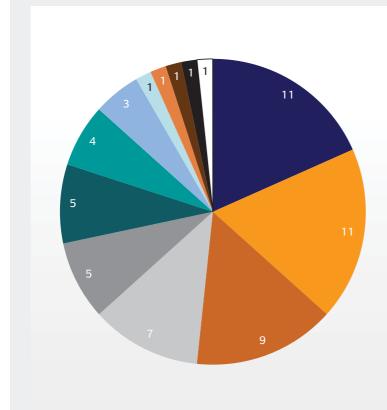
Die Unternehmensbeteiligung des Bundes erfolgt aufgabenbezogen und nicht in erster Linie gewinnorientiert. Von den 60 unmittelbaren Bundesbeteiligungen erhielten 33 Gesellschaften Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt in Höhe von insgesamt 5,46 Mrd. €. Davon gingen 3,8 Mrd. € an den Bereich Verkehr und digitale Infrastruktur, wobei die Deutsche Bahn AG mit Zuwendungen in Höhe von 3,79 Mrd. € der größte Empfänger war. 1 Mrd. €

erhielt der Bereich Forschung und Bildung. Keine Zuwendungen erhielten die Bereiche Inneres, Justiz und Verbraucherschutz sowie Verteidigung.

Der Bund unterliegt dem Grundsatz der werthaltigen Beteiligungsführung. Das bedeutet insbesondere, die Nachhaltigkeit bei Vergütungen - gemeint sind damit Vergütungs- und Entlohnungsmodelle, die auch an sozialen und ökologischen Zielen orientierte Zielvereinbarungen vorsehen – zu berücksichtigen, Interessenkollisionen zu vermeiden, Transparenz und Publizität zu gewährleisten, die Unternehmensführung zu verbessern sowie die Aufgaben effizient zu erfüllen. Zur Gewährleistung der werthaltigen Beteiligungsführung hat die Bundesregierung im Jahr 2009 die "Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung" erlassen. Diese teilen sich in drei Teile

Die Beteiligung des Bundes an Unternehmen

Abbildung 3: Aufteilung der 60 unmittelbaren Beteiligungen nach Ressorts



- Bundesministerium der Finanzen
- Bundesministerium für Bildung und Forschung
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
- Bundesministerium der Verteidigung
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
- Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
- Auswärtiges Amt
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
- ■Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
- ■Bundesministerium des Innern
- □Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Quelle: Beteilungsbericht des Bundes 2015.

Tabelle 2: Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung

Teil A -	Teil B -	Teil C -		
Public Corporate Governance Kodex (PCGK)	Hinweise für gute Beteiligungsführung	Berufungsrichtlinien		
Gibt Empfehlungen und Anregungen für eine gute Unternehmensführung und -kontrolle	Enthalten eigenständige Regeln für die Beteiligungsführung in Bezug auf den Kodex (z.B. ordnungsgemäße Berichterstattung zur	Regeln die Besetzung von Aufsichtsräten oder sonstigen Überwachungsorganen bzw. Funktionen in den Vertretungsorganen von Unternehmen oder sonstigen öffentlichen Einrichtungen (z.B. Vorstände und Geschäftsführer)		
Richtet sich an die Unternehmen	Richtet sich an die beteiligungsführenden Stellen des Bundes	Richtet sich an die beteiligungsführenden Stellen des Bundes		

Quelle: Beteiligungsbericht des Bundes 2015.

mit je unterschiedlichen Adressaten und Regelungsinhalten auf (siehe Tabelle 2).

Die Grundsätze stehen auf der Internetseite des BMF als Download zur Verfügung.⁴

5 Rechtsformen der unmittelbaren Beteiligungen (ohne Sondervermögen)

Abbildung 4 schlüsselt die Rechtsformen der unmittelbaren Beteiligungen auf. Die überwiegende Rechtsform der gesellschaftsrechtlichen Beteiligungen des Bundes

http://www.bundesfinanzministerium.de/ mb/2016063

Die Beteiligung des Bundes an Unternehmen

sind Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Von den 54 GmbH sind acht gemeinnützig (gGmbH). Die Rechtsform der GmbH erleichtert die haushaltsrechtlich geforderte und angemessene Einflussnahme des Bundes. Die 15 Genossenschaften sind Minderheitsbeteiligungen und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zugeordnet. Die drei Aktiengesellschaften sind die Deutsche Telekom AG, die ÖPP Deutschland AG und die Deutsche Bahn AG. Die fünf dargestellten Anstalten⁵ befassen sich mit regierungs- und politiknahen Geschäftsinhalten. Sie werden als juristische Personen des öffentlichen Rechts geführt, damit die Überwachung durch die Rechts-/Fachaufsicht des BMF möglich ist. Dadurch ist eine engere Kontrolle als bei einer GmbH oder Aktiengesellschaft möglich.

6 Anteil von Frauen in Geschäftsführungen und Überwachungsgremien in unmittelbaren Beteiligungsgesellschaften des Bundes

Das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst trat am 1. Mai 2015 in Kraft.

Börsennotierte und voll mitbestimmungspflichtige Unternehmen, d. h. in der Regel Unternehmen mit mehr als 2 000 Mitarbeitern, müssen hiernach ab 1. Januar 2016 ihren Aufsichtsrat mit jeweils mindestens 30 % Frauen und Männern besetzen. Dementsprechend muss auch der Bund den Geschlechteranteil ab 1. Januar 2016 in Aufsichtsgremien erhöhen, in denen er mindestens drei Gremiensitze hat. Börsennotierte oder mitbestimmungspflichtige Unternehmen, d. h. Unternehmen mit mehr

Abbildung 4: Aufteilung der unmittelbaren Beteiligungen nach Rechtsform, einschließlich Genossenschaften, BvS und FMS-WM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Genossenschaft

Anstalt

Aktiengesellschaft (AG)

Quelle: Beteiligungsbericht des Bundes 2015.

⁵ BvS, KfW, Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA), FMS-WM und Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA).

Die Beteiligung des Bundes an Unternehmen

als 500 Mitarbeitern, mussten erstmals zum 30. September 2015 Zielgrößen und Fristen in Bezug auf den Frauenanteil in Aufsichtsrat, Vorstand beziehungsweise Geschäftsführung und oberster Managementebene unterhalb des Vorstands beziehungsweise der Geschäftsführung verbindlich festlegen. Bereits vor Anwendung der Regelung des neuen Gesetzes konnte der Bund eine Steigerung des Frauenanteils in Aufsichtsgremien verzeichnen. Im Jahr 2014 bewegte sich der durchschnittliche Anteil an Frauen in Aufsichtsgremien, bei denen der Bund die Mitglieder bestimmen kann, bei 30 %. Eine Zwischenabfrage zum 31. August 2015 ergab bereits eine Steigerung auf rund 36 %. Die Überwachungsgremien aller unmittelbaren Beteiligungen des Bundes wiesen im Jahr 2014 einen Frauenanteil von 24,1% aus. Von den 136 Geschäftsführerpositionen in allen unmittelbaren Beteiligungen sind 21 mit Frauen besetzt, was einem Anteil von 15,4 % entspricht. Insgesamt 35,8 % der Überwachungsgremien aller Bundesbeteiligungen wiesen einen Frauenanteil von 30 % auf. 20 % der Bundesbeteiligungen hatten 2014 mindestens 50 % Frauen in geschäftsführenden Positionen.

6.1 Unmittelbare Mehrheitsbeteiligungen des Bundes 2014

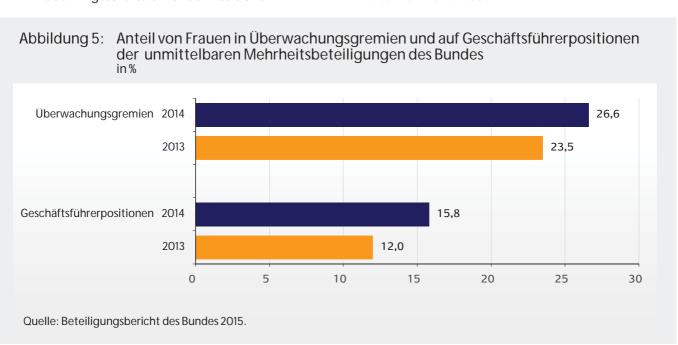
In Überwachungsgremien bei unmittelbaren Mehrheitsbeteiligungen⁶ ergibt sich ein Frauenanteil von 26,6 %. Geschäftsführerpositionen unmittelbarer Mehrheitsbeteiligungen werden zu 15,8 % von Frauen wahrgenommen (siehe Abbildung 5).

Den Frauenanteil in den einzelnen Überwachungsgremien unmittelbarer Mehrheitsbeteiligungen zeigt die Statistik in Abbildung 6. Im Ergebnis sind knapp 47 % der Überwachungsgremien zu 30 % mit Frauen besetzt.

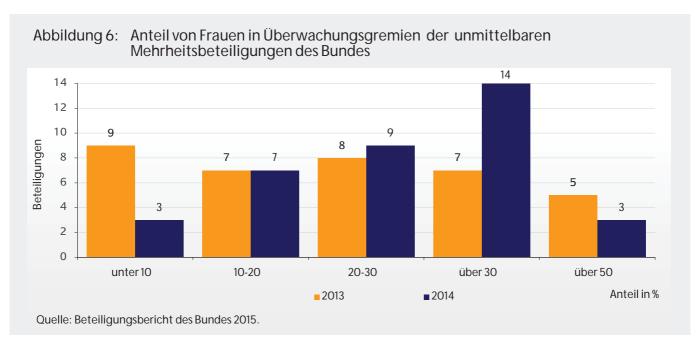
6.2 Unmittelbare Minderheitsbeteiligungen des Bundes 2014

Die Zusammensetzung der Überwachungsgremien unmittelbarer Minderheitsbeteiligungen zeigt einen Frauenanteil von

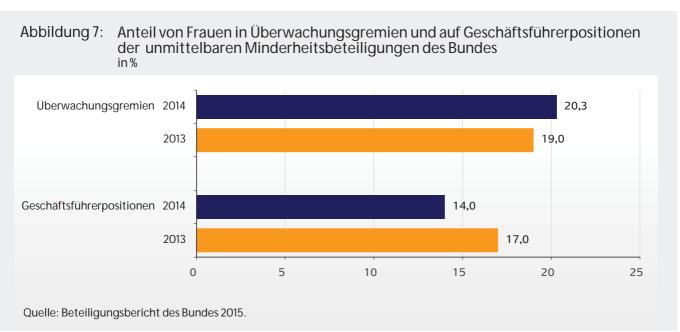
⁶ Mehrheitsbeteiligung entspricht einem Kapitalanteil von mehr als 50 %



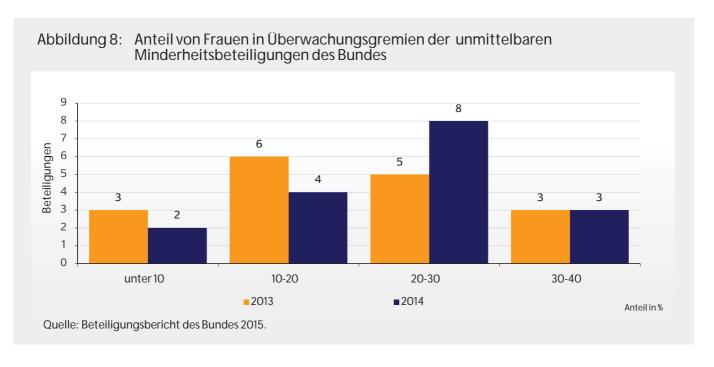
Die Beteiligung des Bundes an Unternehmen



rund 20 %. Zwei Frauen haben den Vorsitz eines Überwachungsorgans inne. Von den Geschäftsführerpositionen unmittelbarer Minderheitsbeteiligungen sind 14 % von Frauen besetzt. In einem Fall ist eine Frau alleinige Geschäftsführerin (siehe Abbildung 7). Der Frauenanteil in den einzelnen Überwachungsgremien unmittelbarer Minderheitsbeteiligungen stellt sich wie aus Abbildung 8 ersichtlich dar.



Die Beteiligung des Bundes an Unternehmen

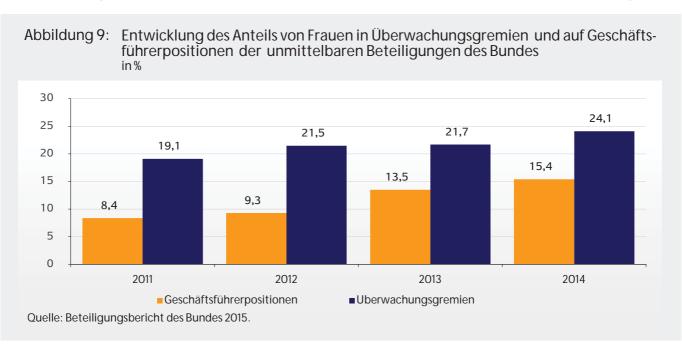


6.3 Entwicklung des Frauenanteils in Beteiligungen mit Bundesanteil 2014

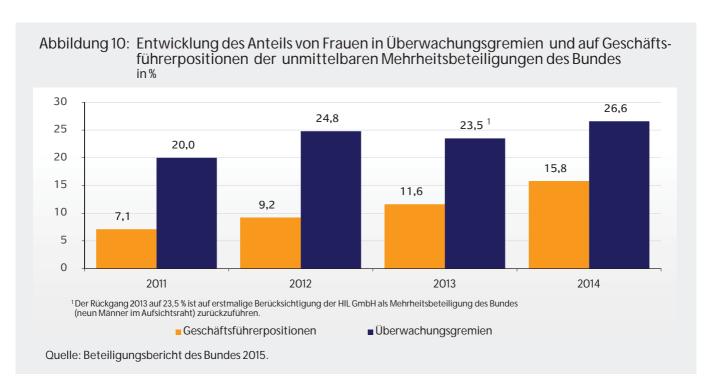
Die Entwicklung des Frauenanteils in den unmittelbaren Beteiligungen des Bundes von 2011 bis 2014 ist in den Abbildungen 9, 10 und 11 dargestellt.

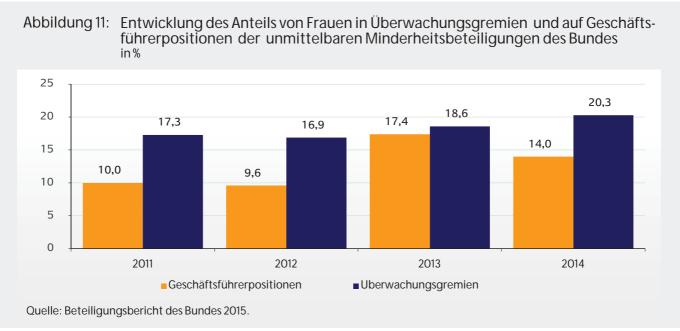
7 Nachhaltigkeit

Nachhaltiges Wirtschaften, in dem ökonomische Leistungsfähigkeit mit sozialer Verantwortung verknüpft wird, ist der Bundesregierung ein wichtiges Anliegen. Sie unterstützt daher den vom Rat für Nachhaltige



Die Beteiligung des Bundes an Unternehmen





Die Beteiligung des Bundes an Unternehmen

Entwicklung (RNE) in Zusammenarbeit mit Finanzanalysten, Unternehmen und Wissenschaftlern im Oktober 2011 beschlossenen Deutschen Nachhaltigkeitskodex.



Durch Anknüpfung an internationale Prinzipien und Berichtsstandards beschreibt er anhand von 20 Kriterien den Kern unternehmerischer Nachhaltigkeit. Er dient als Orientierung für Unternehmen für eine interne strategische Ausrichtung an Nachhaltigkeit sowie Transparenz nach außen. Durch eine Entsprechenserklärung berichten Unternehmen über die Erfüllung der Kriterien beziehungsweise erklären Abweichungen davon. Zum 31. Dezember 2014 haben folgende sechs Unternehmen mit Bundesbeteiligung eine Entsprechenserklärung abgegeben: Deutsche Telekom AG, ÖPP Deutschland AG, Bundesdruckerei GmbH, Deutsche Bahn AG, Flughafen München GmbH, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Die KfW und die DFS Deutsche Flugsicherung GmbH gaben erstmals 2015 eine Entsprechenserklärung ab. Auch die Commerzbank als mittelbare Bundesbeteiligung wendet den Kodex an.

Die 2014 beschlossene EU-Richtlinie zu nichtfinanziellen Informationen⁷ verpflichtet ab 2017 große Unternehmen von öffentlichem Interesse zur Berichterstattung über soziale und ökologische Themen der Unternehmensführung wie beispielsweise Umwelt-, Sozialund Arbeitnehmerbelange, Achtung der Menschenrechte, Korruptionsbekämpfung und Vielfalt in Führungsgremien. Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex ist international anschlussfähig und entspricht nach Einschätzungen der EU-Kommission den Anforderungen der EU-Richtlinie.

Auch mittelständische und kleine Unternehmen können sich am Deutschen Nachhaltigkeitskodex orientieren. Der RNE und die Bertelsmann Stiftung haben einen Leitfaden zum Nachhaltigkeitskodex für mittelständische Unternehmen entwickelt.⁸

8 Fazit

Perspektivisch nimmt die fiskalische Bedeutung der Bundesbeteiligungen langfristig ab. Dies ist Konsequenz des elementaren ordnungspolitischen Grundverständnisses der sozialen Markwirtschaft, wonach der Staat nicht der bessere Unternehmer ist und deswegen staatliche Unternehmenstätigkeit stets auf ein Minimum zu beschränken ist. Die Anforderungen und Erwartungen an ein verantwortungsbewusstes staatliches Handeln, das sich an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientiert, nehmen dabei kontinuierlich zu. Jüngere Beispiele in diesem anhaltenden Prozess sind die Förderung von Frauen in Führungspositionen in der Privatwirtschaft, Verwaltung und bei Gremienbesetzungen sowie die Ausrichtung auf ein nachhaltiges Wirtschaften.

⁷ http://www.bundesfinanzministerium.de/ mb/2016064

⁸ http://www.bundesfinanzministerium.de/ mb/2016065

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die deutsche Wirtschaft ist gut in das 2. Quartal 2016 gestartet. Die Gesamtheit der Konjunkturindikatoren spricht für eine Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsbewegung, wenn auch mit geringerer Dynamik als zu Jahresbeginn.
- Die Industrieproduktion ist zu Beginn des 2. Quartals angestiegen, die Exporte sind leicht aufwärtsgerichtet. Auf dem Arbeitsmarkt ist die Beschäftigungsexpansion ungebrochen, die Arbeitslosigkeit konnte einen weiteren Rückgang verzeichnen.
- Die Preisniveaustabilität bleibt auch im Mai erhalten.

Die deutsche Wirtschaft ist gut in das 2. Quartal 2016 gestartet

Die deutsche Wirtschaft ist schwungvoll in das Jahr 2016 gestartet. Im 1. Quartal 2016 betrug das Wirtschaftswachstum 0,7 % gegenüber dem Vorquartal, nach + 0,3 % (preis-, kalender- und saisonbereinigt) im Schlussquartal 2015. Die aktuellen Konjunkturindikatoren sprechen für eine Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs im 2. Quartal 2016, wenn auch mit verringerter Dynamik. Die Industrieproduktion hat sich auf dem Niveau der guten Ergebnisse des 1. Vierteljahres stabilisiert. Auch die Stimmung der Unternehmen (ifo Geschäftserwartungen in der Gewerblichen Wirtschaft) und der Finanzmarktanalysten (ZEW-Konjunkturerwartungen) hat sich insgesamt etwas verbessert. Die Exporte sind trotz einer Stagnation im April in der Tendenz aufwärtsgerichtet. Trotzdem bleiben die Risiken auf der außenwirtschaftlichen Seite bestehen, insbesondere hinsichtlich der nach wie vor schleppenden weltwirtschaftlichen Entwicklung.

Positive Wachstumsimpulse kamen im 1. Quartal erneut vor allem von der Inlandsnachfrage (real + 0,8 Prozentpunkte). Die Nettoexporte dämpften die reale Zunahme des BIP leicht (-0,1 Prozentpunkte), da die realen Importe von Waren und Dienstleistungen stärker wuchsen als die Exporte. Die Binnenkonjunktur wurde sowohl von einer Ausweitung des privaten und staatlichen Konsums begünstigt (preis-, kalender- und saisonbereinigt + 0,4 % beziehungsweise + 0,5 % gegenüber dem Vorquartal) als auch von einem Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen (real + 1,9%). Insbesondere die Bauinvestitionen verzeichneten, auch begünstigt durch die milde Witterung, merkliche Zuwächse (real + 2,3 %). Die privaten Haushalte profitierten nach wie vor von Einkommenssteigerungen, die aus dem anhaltenden Beschäftigungsaufbau, den Tariflohnsteigerungen und den höheren Transferleistungen resultieren. Die Bruttolöhne und -gehälter nahmen im 1. Quartal 2016 gegenüber dem Vorjahr um 4,3 % zu. Je Arbeitnehmer belief sich der Anstieg auf 2,7 %. Auch in der Nettobetrachtung, also nach Abzug von Lohnsteuern und Sozialbeiträgen, nahmen die Pro-Kopf-Löhne um 2,7 % zu. Dies stärkte zusammen mit den niedrigen Verbraucherpreisen die Kaufkraft der Verbraucher.

Die Ausweitung der Binnennachfrage zeigt sich auch in der Entwicklung des Steueraufkommens im bisherigen Jahresverlauf. Beispielsweise erhöhte sich das Lohnsteueraufkommen in der Bruttobetrachtung, also vor Abzug von Kindergeld und Altersversorgungszulage, von Januar bis Mai 2016 um 3,0 %

☐ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

 $Konjunkturentwick Iung\, aus\, finanzpolitischer\, Sicht$

Finanz politisch wichtige Wirtschafts daten

	2015		Veränderung in % gegenüber					
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd. €	gegenüber	Vorperiode saisonbereinigt Vorjahr					
	bzw. Index	Vorjahr in %	3. Q. 15	4. Q. 15	1. Q. 16	3. Q. 15	4. Q. 15	1. Q. 16
Bruttoinlandsprodukt ¹								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	107,8	+1,7	+0,3	+0,3	+0,7	+1,7	+2,1	+1,3
jeweilige Preise	3 026	+3,8	+0,4	+1,1	+1,0	+3,7	+4,4	+3,1
Einkommen								
Volkseinkommen	2 265	+4,1	+1,1	+1,0	+0,6	+4,0	+4,4	+3,2
Arbeitnehmerentgelte	1 485	+3,9	+0,9	+1,1	+0,7	+3,9	+3,8	+4,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	722	+4,6	+1,6	+0,7	+0,4	+4,1	+5,8	+1,8
verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 758	+2,8	+1,1	+1,1	-0,3	+3,0	+2,8	+2,5
Bruttolöhne und -gehälter	1 259	+3,8	+0,9	+0,9	+1,2	+4,1	+4,0	+4,3
Sparen der privaten Haushalte	176	+4,9	-1,0	+6,9	-5,0	+3,9	+5,1	+3,5
		2015			Veränderung ir	n % gegenüb	er	
Außenhandel/Umsätze/Produktion/	Mrd.€	gegenüber	Vorpe	eriode saisor	nbereinigt		Vorjahr	2
Auftragseingänge	bzw. Index	Vorjahr in %	Mrz 16	Apr 16	Zweimonats- durchschnitt	Mrz 16	Apr 16	Zweimonats- durchschnitt
in jeweiligen Preisen								
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	1196	+6,5	+1,9	+0,0	+2,6	-0,5	+3,8	+1,6
Waren-Importe	949	+4,2	-2,3	-0,2	-2,5	-4,3	+0,0	-2,2
in konstanten Preisen von 2010								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)	108,5	+0,5	-1,1	+0,8	-1,0	+0,4	+1,2	+0,8
Industrie ³	110,3	+0,4	-1,0	+1,1	-0,9	+0,8	+1,7	+1,3
Bauhauptgewerbe	106,0	-2,2	-3,0	-1,7	-2,8	+1,1	+0,5	+0,8
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)								
Industrie ³	110,2	+1,5	-0,7	+0,9	-0,5	+1,0	+1,0	+1,0
Inland	105,0	+0,5	-1,0	+0,3	-1,4	+0,1	+0,9	+0,5
Ausland	115,8	+2,5	-0,4	+1,5	+0,4	+1,9	+1,1	+1,5
Auftragseingang (Index 2010 = 100)								
Industrie ³	110,2	+1,0	+2,6	-2,0	+1,2	+2,4	-0,5	+1,0
Inland	105,3	+1,8	+0,3	+1,3	+1,4	-2,9	+1,6	-0,8
Ausland	114,2	+0,4	+4,4	-4,3	+1,1	+6,7	-2,1	+2,4
Bauhauptgewerbe	113,7	+4,0	-0,5		-0,9	+14,7		+14,2
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)								
Einzelhandel (ohne Kfz, mit Tankstellen)	105,5	+3,0	-1,4	-0,9	-1,7	+0,6	+2,3	+1,4
Handel mit Kfz	111,9	+7,7	-2,6		+1,5	+1,0		+6,0

□ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

 $Konjunkturentwicklung\,aus\,finanzpol\,itischer\,Sicht$

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2015 Veränderung in Tausend gegenüber						
Arbeitsmarkt	Personen	gegenüber	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
	Mio.	Vorjahr in %	Mrz 16	Apr 16	Mai 16	Mrz 16	Apr 16	Mai 16
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,79	-3,6	-2	-16	-11	-87	-99	-98
Erwerbstätige, Inland	43,06	+0,8	+47	+41		+527	+544	
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30,17	+0,0	+49			+681		
		2015			Veränderung in	n % gegenüb	er	
Preisindizes 2010 = 100	Index	gegenüber Vorjahr in %		Vorperiode Vorjahr				
	index		Mrz 16	Apr 16	Mai 16	Mrz 16	Apr 16	Mai 16
Importpreise	100,9	-2,6	+0,7	-0,1		-5,9	-6,6	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	103,9	-1,9	+0,0	+0,1		-3,1	-3,1	
Verbraucherpreise	106,9	+0,2	+0,8	-0,4	+0,3	+0,3	-0,1	+0,1
ifo Geschäftsklima		saisonbereinigte Salden						
gewerbliche Wirtschaft	Okt 15	Nov 15	Dez 15	Jan 16	Feb 16	Mrz 16	Apr 16	Mai 16
Klima	+9,4	+11,1	+10,3	+7,8	+4,7	+6,7	+6,4	+8,5
Geschäftslage	+14,5	+15,9	+14,7	+14,1	+14,9	+16,4	+15,3	+17,1
Geschäftserwartungen	+4,5	+6,4	+5,9	+1,7	-5,1	-2,7	-2,1	+0,2

¹ Stand 24. Mai 2016.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, eigene Berechnungen.

gegenüber dem Vorjahr. Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz stieg kumuliert von Januar bis Mai 2016 um 4,1% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Seitwärtsbewegung der Exporte im April, Trend aufwärtsgerichtet

Die nominalen Warenexporte blieben im April in saisonbereinigter Betrachtung nach deutlichen Anstiegen im Februar und März unverändert (0,0 % gegenüber dem Vormonat). Eine Abschwächung der Exportdynamik überrascht angesichts der sehr positiven Ergebnisse des 1. Quartals jedoch nicht. Der Trend bleibt klar aufwärtsgerichtet (Zweimonatsvergleich: + 2,6 %). Das Exportniveau im April 2016 lag um 3,8 % über dem Vorjahresniveau. Nach Regionen betrachtet – nach dem Ursprungslandprinzip liegen Daten bis März 2016 vor – nahmen die Ausfuhren

in EU-Länder im Zeitraum Januar bis März im Vorjahresvergleich besonders kräftig zu (EU: + 2,7 %, Nicht-Euroraum: + 4,5 %). Exporte in Drittländer hingegen unterschritten in diesem Zeitraum das Vorjahresniveau (- 2,1 %).

Die nominalen Warenimporte sanken im April erneut leicht (saisonbereinigt um 0,2 % gegenüber dem Vormonat nach - 2,3 % im März). Auch im Zweimonatsvergleich zeigt sich hier eine Abwärtsbewegung (- 2,5 %). Nach Ursprungswerten entsprach das Importniveau im April etwa dem Niveau des Vorjahres. Nach Regionen betrachtet (Ursprungslandprinzip) nahmen Importe aus EU-Ländern außerhalb des Euroraums im Zeitraum Januar bis März 2016 gegenüber dem Vorjahr am deutlichsten zu (+ 3,1 %) gefolgt vom Euroraum (+ 1,7 %), während Importe aus Drittländern um 2,2 % abnahmen.

³ Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereingt.

³Ohne Energie.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Die Handelsbilanz (nach Ursprungswerten, mit Ergänzungen zum Außenhandel) überschritt im Zeitraum Januar bis April 2016 das entsprechende Vorjahresniveau um 9,7 Mrd. €. Der Leistungsbilanzüberschuss erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 14,1 Mrd. €. Dieser war hauptsächlich auf den Überschuss beim Warenhandel zurückzuführen, der sich maßgeblich wegen der rückläufigen Importwerte für Energiegüter ausweitete.

In den kommenden Monaten dürfte sich das Wachstum der Exporte moderat fortsetzen. Die Weltwirtschaft entwickelt sich weiterhin verhalten. Die Weltbank hat ihre Prognose für die Weltwirtschaftsleistung jüngst um 0,5 Prozentpunkte nach unten angepasst. Als Gründe werden u. a. die anhaltend niedrigen Rohstoffpreise genannt. Das Volumen der Exporte in Drittländer außerhalb der EU lag zwischen Januar und April unter dem Niveau des Vorjahres. Auch die Aufträge aus dem außereuropäischen Ausland haben sich in der Durchschnittsbetrachtung weiter abgeschwächt.

Positiv ist die Entwicklung der Aufträge aus dem Euroraum. Insbesondere die Nachfrage nach Investitionsgütern hat zuletzt merklich zugenommen. Auch zeichnet sich für das 2. Quartal eine leichte konjunkturelle Belebung in den USA ab. Die Exporterwartungen der vom ifo Institut befragten Unternehmen sind im Mai leicht gestiegen.

Die Abwärtsbewegung der Importe sollte sich angesichts der kräftigen Binnennachfrage im weiteren Verlauf nicht weiter fortsetzen.

Anstieg der Industrieproduktion zu Beginn des 2. Quartals

Die Industrieproduktion hat sich zu Beginn des 2. Quartals erneut erfreulich entwickelt. Sie verzeichnete einen Anstieg um 1,1% gegenüber dem Vormonat und wuchs damit etwas kräftiger als das produzierende Gewerbe insgesamt. Einen stärkeren Anstieg gab

es – abgesehen von der außergewöhnlichen Expansion im Januar 2016 – zuletzt im Dezember 2014. Insbesondere die Produktion von Investitionsgütern nahm im Vormonatsvergleich zu (+ 2,2 %), während bei Vorleistungsgütern eine Seitwärtsbewegung zu erkennen war. Die Konsumgüterproduktion verzeichnete einen leichten Anstieg. Im Zweimonatsdurchschnitt ist die Industrieproduktion leicht abwärtsgerichtet (- 0,9 % gegenüber dem Vorquartal).

Der Umsatz in der Industrie verbesserte sich im April nach zwei Rückgängen in Folge (saisonbereinigt + 0,9% gegenüber dem Vormonat). Dabei stiegen sowohl die Umsätze im Inland als auch die Umsätze im Ausland. Im Zweimonatsdurchschnitt bleiben die Inlandsumsätze abwärtsgerichtet, die Auslandsumsätze leicht aufwärtsgerichtet (-1,4% beziehungsweise + 0,4%).

Auch im weiteren Verlauf dürfte sich die Industrieproduktion moderat ausweiten. Die Auftragseingänge bleiben trotz des merklichen Rückgangs im April (- 2,0 %) aufwärtsgerichtet, sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland. Die Inlandsnachfrage nahm im April um + 1,3 % gegenüber dem Vormonat zu (im Zweimonatsdurchschnitt um + 1,4 %). Die Auslandsaufträge gingen im April etwa in der Größenordnung des Anstiegs im Vormonat zurück (- 4,4 %), stiegen jedoch im Zweimonatsdurchschnitt um + 1,1 %.

Die Nachfrage konzentrierte sich im April auf den Vorleistungsgüterbereich, während Aufträge für Investitionsgüter aus dem Inland und dem nicht-europäischem Ausland merklich abnahmen. Im Euroraum stieg die Nachfrage nach Investitionsgütern um 3,7 %.

Eine fortgesetzte moderate Expansion der Industrieproduktion signalisiert auch das Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft, das sich im Mai leicht aufgehellt hat. Zudem nahmen die ifo Exporterwartungen im Mai zu. Gleichzeitig sind die Geschäftserwartungen der vom ifo Institut befragten

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Industrieunternehmen immer noch verhalten. Hier dürften nach wie vor Unsicherheiten mit Blick auf die außenwirtschaftliche Lage und Perspektiven die größte Rolle spielen, die sich auch in der recht volatilen Nachfrage aus dem außereuropäischen Ausland widerspiegeln.

Konsumentwicklung stabil

Die privaten Konsumausgaben wuchsen im 1. Quartal um real 0,4 % gegenüber dem Vorquartal und behielten damit das Wachstum des Schlussquartals 2015 bei. Die Zunahme der staatlichen Konsumausgaben, die im 4. Quartal 2016 stark zugenommen hatten, schwächte sich etwas ab. Der Konsum insgesamt leistete mit 0,3 Prozentpunkten nach wie vor einen wesentlichen Beitrag zum realen Wirtschaftswachstum, wenn auch etwas weniger stark als in den zwei vorangegangenen Quartalen. Insgesamt bleiben die Rahmenbedingungen für den privaten Konsum gut.

Das von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) ermittelte Konsumklima hat sich im Mai noch einmal leicht verbessert. Die jüngst abgeschlossenen Tarifverträge in beschäftigungsstarken Branchen und die nach wie vor verhaltene Preisentwicklung dürften die Einkommenserwartung stützen. Die gute Beschäftigungssituation stärkt die Anschaffungsneigung und die niedrigen Zinsen machen das Sparen weniger attraktiv.

Auch die Unternehmen im Einzelhandel blicken positiv in die Zukunft. In den harten Indikatoren spiegelte sich dieser Optimismus bislang noch nicht vollständig wider. Die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz) und bei Konsumgütern waren im Dreimonatsdurchschnitt zuletzt nur leicht aufwärtsgerichtet. Beim Auftragseingang für Konsumgüter aus dem Inland war sogar ein leichter Abwärtstrend zu erkennen.

Beschäftigungsexpansion ungebrochen

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt sehr gut. Im Mai waren 2,66 Millionen Personen als arbeitslos registriert. Das waren 97 662 Personen weniger als vor einem Jahr. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 6,0 % (0,3 Prozentpunkte unter der Quote des Vorjahres). Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl ging in diesem Monat um 11 000 Personen zurück. Die Zahl der Erwerbslosen (nach ILO-Konzept und Ursprungszahlen) betrug im April 2016 1,76 Millionen Personen (Erwerbslosenquote: 4,2 %).

Die Erwerbstätigkeit ist im April wie schon in den Vormonaten kräftig gewachsen. Die Erwerbstätigenzahl (nach dem Inlandskonzept und nach Ursprungswerten) lag im April bei 43,4 Millionen Personen (+ 544 000 Personen beziehungsweise + 1,3 % gegenüber dem Vorjahr). Saisonbereinigt lag die Erwerbstätigenzahl um 41 000 Personen über dem Vormonat.

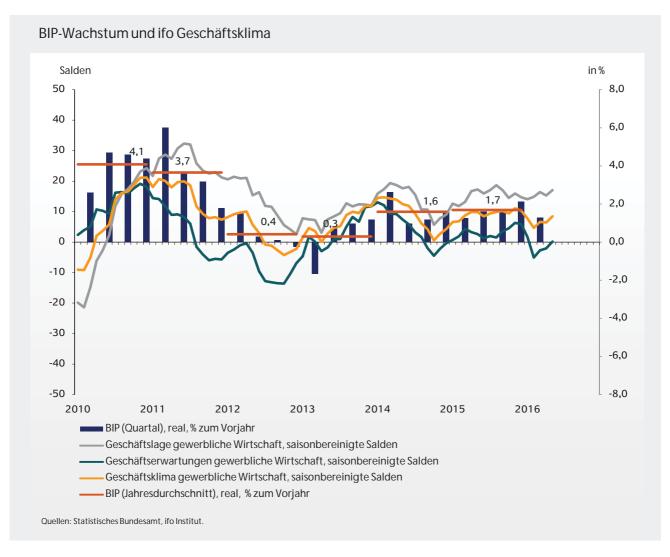
Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verzeichnete im März wieder ein deutliches Plus und lag nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) bei 31,2 Millionen Personen. Der Vorjahresstand wurde damit um 681 000 Personen überschritten (+ 2,2 %). Die sonstigen Formen der Erwerbstätigkeit gingen weiter zurück.

Nach Wirtschaftszweigen nahm die Beschäftigung insbesondere in den Bereichen Pflege und Soziales sowie sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen, darunter Gebäudebetreuung und Vermietung, zu.

Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen hat noch einmal zugenommen. Im Mai waren bei der Agentur für Arbeit 15 000 Stellen mehr gemeldet als im Vormonat. Der umfassende Stellenindex BA-X (ohne geförderte und Saisonstellen) stieg im Mai schwungvoller als im Vormonat um 5 Punkte auf 217 Punkte. In knapp 80 % der Wirtschaftsabteilungen fällt der Arbeitskräftebedarf höher aus als vor einem Jahr.

Auch das ifo Beschäftigungsbarometer signalisiert eine weiterhin hohe Beschäftigungs-

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht



dynamik. Insbesondere bei den Investitionsgüterherstellern und in der Baubranche werden neue Mitarbeiter gesucht. Gleichzeitig können offene Stellen zunehmend nicht zeitnah besetzt werden. Auch ist dies ein Zeichen dafür, dass die hohe Nachfrage nach Fachkräften das Angebot übersteigt. Die an der jüngsten DIHK-Umfrage beteiligten Unternehmen sehen Fachkräftemangel als eines der Hauptrisiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung.

Zuwanderung spielt weiterhin eine wichtige Rolle beim Arbeitskräfteangebot. Die Beschäftigung von Personen mit einer Staatsangehörigkeit aus den neuen EU-Mitgliedstaaten hat im Vergleich zum Vorjahr um 185 000 Personen (+ 20 %) zugenommen. Die Zahl der Beschäftigten aus den Asylzugangsländern (inklusive Balkan und Osteuropa, Nicht-Europa) stieg um 57 000. Auch die Arbeitslosigkeit wird zunehmend von der Migration beeinflusst: Die Zahl der Arbeitslosen aus den nicht-europäischen Asylzugangsländern stieg im Vergleich zum Vorjahr um 72 000. Im Laufe des Jahres sollte sich dies auch in der Arbeitslosigkeit insgesamt widerspiegeln.

Preisniveaustabilität auch im Mai

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland ist im Mai 2016 im Vorjahresvergleich um 0,1% gestiegen (+ 0,3% gegenüber Vormonat). Das Verbraucherpreisniveau lag damit minimal über dem Vorjahresniveau, nachdem es im

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Vormonat erstmals seit Januar 2015 leicht rückläufig gewesen war. Während die Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe im Mai noch einmal etwas weniger stark fielen (7,9 % unter Vorjahresniveau), stiegen die Preise für Dienstleistungen wieder etwas stärker als im Vormonat (+ 1,2 % gegenüber dem Vorjahr). Die Teuerung der Nahrungsmittel reduzierte sich auf 0,0 %. Die Kerninflation stieg auf 1,2 %.

Die niedrigen Energiepreise sind nach wie vor der Hauptgrund für die geringe Verbraucherpreisinflation. Trotz eines erneuten Anziehens der Rohölpreise (+ 9 % auf durchschnittlich 47 US-Dollar im Mai, Sorte Brent pro Barrel in US-Dollar) lagen die Energiepreise im Mai immer noch deutlich unter dem Niveau des Vorjahres. Auch gingen die Preise für Rohstoffe wie Nickel, Aluminium und Kupfer erneut zurück. Im Vergleich zum Vormonat stiegen Haushaltsenergie und Kraftstoffe jedoch bereits deutlicher um 1,6%.

Die dämpfende Wirkung des Rohölpreises dürfte aufgrund der Vorjahresbetrachtung im Jahresverlauf allmählich nachlassen, vorausgesetzt es kommt zu keinem weiteren Preisrückgang. Die Verbraucherpreise dürften damit gegen Ende des Jahres langsam anziehen. Im Jahresverlauf dürfte die Inflation aber noch sehr moderat verlaufen, während für nächstes Jahr mit einer etwas stärkeren Dynamik gerechnet wird.

Steuereinnahmen im Mai 2016

Steuereinnahmen im Mai 2016

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen im Mai 2016 im direkten Vorjahresvergleich um 6,2 %. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern lag im aktuellen Berichtsmonat mit + 5,3 % ebenfalls deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats. Erhebliche Zuwächse ergaben sich bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sowie bei der Körperschaftsteuer. Die Steuern vom Umsatz lagen nahezu exakt auf dem vergleichsweise hohen Vorjahresniveau. Weiterhin positiv war die Entwicklung bei der Lohnsteuer sowie der veranlagten Einkommensteuer. Deutliche Rückgänge waren hingegen abermals bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge zu verzeichnen. Kumuliert lagen die gemeinschaftlichen Steuern bis zum Mai 2016 um 6,0 % über dem Vorjahresniveau.

Die Bundessteuern wiesen im aktuellen Berichtsmonat erneut ein deutliches Wachstum von 8,7 % gegenüber Mai 2015 auf. Großen Anteil an dieser Entwicklung hatte abermals die Tabaksteuer. Zudem konnten weitere relevante Bundessteuern – und zwar Versicherungssteuer und Kraftfahrzeugsteuer – im Vorjahresvergleich Aufkommenszuwächse verzeichnen. Kumuliert legten die Bundessteuern bis Mai 2016 um 3,9 % zu. Die Ländersteuern verzeichneten wiederum einen kräftigen Zuwachs von 11,8 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Triebfeder war der kräftige Aufkommenszuwachs bei der Grunderwerbsteuer.

EU-Eigenmittel

Die an die EU abzuführenden EU-Eigenmittel lagen im aktuellen Berichtsmonat deutlich unter dem Vorjahresniveau, wenn auch nicht so stark wie in den Vormonaten (-17,4 % gegenüber Mai 2015). In kumulierter Betrachtung bis Mai 2016 liegt der Rückgang bei 26,9 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum, wobei hier der Sondereffekt im Januar 2016 deutlich sichtbar ist. Anfang diesen Jahres hatte der

Bund eine Rückzahlung von BNE-Eigenmitteln aus Vorjahren in Höhe von rund 2 Mrd. € infolge des EU-Saldenausgleichs erhalten.

Verteilung auf Bund, Länder, Gemeinden

Die Steuereinnahmen des Bundes nach Verrechnung von Bundesergänzungszuweisungen stiegen im Mai 2016 abermals merklich um 8,8 % gegenüber Mai 2015. Die deutliche Verringerung der aus den Steuereinnahmen des Bundes zu leistenden EU-Eigenmittelabführungen von 17,4 % gegenüber Mai 2015 lassen die Steuereinnahmen des Bundes nach Bundesergänzungszuweisung (BEZ) anwachsen. Der weitere Anstieg speist sich aus dem kräftigen Anstieg des Aufkommens der Bundessteuern – speziell durch den Sondereffekt bei der Tabaksteuer - sowie höheren Einnahmen aus gemeinschaftlichen Steuern, insbesondere aufgrund der guten Entwicklungen der nicht veranlagten Steuern von Ertrag sowie der Körperschaftsteuer.

Die Steuereinnahmen der Länder stiegen im Vorjahresvergleich um 7,2 %. Neben dem kräftigen Anstieg des Aufkommens aus den Ländersteuern tragen insbesondere die gemeinschaftlichen Steuern zum Ergebnis bei. Der Anteil der Gemeinden am Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern stieg im Mai 2016 um 0,6 % gegenüber dem Vorjahresmonat.

Gemeinschaftliche Steuern

Lohnsteuer

Die positive Dynamik am Arbeitsmarkt hält weiterhin an. So ist die Erwerbstätigkeit im April wie schon in den Vormonaten kräftig auf 43,4 Millionen Personen gewachsen (um + 544 000 Personen beziehungsweise + 1,3 % gegenüber dem Vorjahr). Dagegen nahm die Arbeitslosigkeit im Mai deutlich gegenüber dem Vorjahr ab. Im Ergebnis begünstigen damit die zunehmende Beschäftigung sowie

Steuereinnahmen im Mai 2016

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

3				·		
2016	Mai	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Mai	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2016 ⁴	Veränderun ggü. Vorjah
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	13 738	+1,5	71 729	+2,8	184850	+3,3
veranlagte Einkommensteuer	329	+160,9	15 845	+9,9	51 600	+6,2
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	2 341	+93,9	6 612	+27,4	17250	-3,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehemaligen Zinsabschlags)	376	-50,1	3 004	-37,8	6 450	-21,9
Körperschaftsteuer	1 141	+165,5	9 230	+98,5	20 620	+5,3
Steuern vom Umsatz	18 530	+0,0	89 429	+4,1	219 500	+4,6
Gewerbesteuerumlage	191	-4,7	1 166	+11,4	4024	+0,6
erhöhte Gewerbesteuerumlage	65	+1,4	963	+13,0	3 3 9 6	-0,3
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	36 711	+5,3	197 977	+6,0	507 690	+3,5
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 352	+1,2	11 066	+1,1	40 000	+1,0
Tabaksteuer	1 691	+36,5	6 012	+25,5	14 460	-3,1
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	179	-2,7	886	-0,6	2 055	-0,7
Versicherungsteuer	927	+9,9	7 592	+3,2	12720	+2,4
Stromsteuer	514	+3,8	2 778	-3,2	6 600	+0,1
Kraftfahrzeugsteuer	772	+8,3	4078	+1,3	8 900	+1,1
Luftverkehrsteuer	80	+3,5	345	+7,3	1 060	+3,6
Kernbrennstoffsteuer	0	X	0	Х	1 000	-27,0
Solidaritätszuschlag	1 230	+8,0	6 2 4 4	+6,1	16 400	+2,9
übrige Bundessteuern	117	-5,8	601	-7,2	1 463	-1,1
Bundessteuern insgesamt	8 862	+8,7	39 603	+3,9	104 658	+0,4
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	503	+4,0	2 798	+0,6	5 908	-6,1
Grunderwerbsteuer	975	+18,4	5 167	+16,7	12 260	+9,0
Rennwett- und Lotteriesteuer	153	+9,3	750	+4,2	1 745	+1,9
Biersteuer	57	-5,5	259	-1,6	670	-0,9
sonstige Ländersteuern	28	+3,7	248	+5,1	418	+1,5
Ländersteuern insgesamt	1 716	+11,8	9 222	+9,5	21 001	+3,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	375	+3,0	2 102	+3,1	5 400	+4,7
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	283	-19,2	1 983	-21,2	2 400	-42,9
BNE-Eigenmittel	1 479	-21,1	8 341	-32,9	22 050	+2,2
EU-Eigenmittel insgesamt	2 138	-17,4	12 426	-26,9	29 850	-3,5
Bund ³	22 445	+8,8	111 412	+10,0	290 050	+3,0
Länder ³	20 513	+7,2	109 569	+7,6	277 726	+3,7
EU	2 138	-17,4	12 426	-26,9	29 850	-3,5
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 570	+0,6	15 496	+2,4	41 123	+3,3
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	47 665	+6,2	248 903	+5,8	638 749	+3,0

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^2\,\}text{Nach\,Abzug\,der\,Kindergelderstattung\,durch\,das\,Bundeszentralamt\,f\"{u}r\,Steuern.}$

 $^{^3\,}Nach\,Erg\"{a}nzungszuweisungen; Abweichung\,zu\,Tabelle\,"Einnahmen\,des\,Bundes"\,ist\,methodisch\,bedingt\,(vergleiche\,Fußnote\,1).$

⁴ Ergebnis Arbeitskreis "Steuerschätzungen" vom Mai 2016.

Steuereinnahmen im Mai 2016

steigende Löhne weiterhin das Lohnsteueraufkommen.

Im Mai 2016 lag das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer um 2,0 % über dem Vorjahresniveau. Das aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlte Kindergeld erhöhte sich ebenfalls um 4,1 % gegenüber dem Vorjahr; vor allem aufgrund der Kindergelderhöhungen für 2015 und 2016. Im Saldo stieg das Kassenaufkommen der Lohnsteuer im Mai 2016 um 1,5 %. In kumulierter Betrachtung bis Mai 2016 liegt das Kassenergebnis der Lohnsteuer mit + 2,8 % über dem Vorjahresniveau.

Körperschaftsteuer

Das Körperschaftsteueraufkommen war im Monat Mai hauptsächlich von der Veranlagungstätigkeit bestimmt. Vergleichsweise hohe Voraus- und Nachzahlungen von der Körperschaftsteuer bei gleichzeitig etwas geringeren Erstattungen bildeten die Basis für das sehr gute Kassenergebnis, was auf eine günstige Gewinnsituation der Unternehmen im Vorjahr hindeutet. Dadurch ergibt sich eine wesentliche Verbesserung des Aufkommens im gegenwärtigen Berichtsmonat. Im Mai 2016 wurden rund 1,1 Mrd. € Körperschaftsteuer vereinnahmt. In kumulierter Betrachtung bis Mai 2016 hat sich damit das Körperschaftsteueraufkommen auf rund 9,2 Mrd. € nahezu verdoppelt.

Veranlagte Einkommensteuer

Die Einnahmen der veranlagten Einkommensteuer stiegen im Mai 2016 brutto um 19,5 % im Vorjahresvergleich. Hiervon abzuziehen waren Investitions- und Eigenheimzulage sowie die Arbeitnehmererstattungen. Die betragsmäßig bedeutenderen Arbeitnehmererstattungen legten um 8,5 % zu. Im Ergebnis ergab sich beim im aktuellen Monat üblichen niedrigen Aufkommen ein deutlicher Anstieg der kassenmäßigen Einnahmen. In kumulierter Betrachtung bis Mai 2016 stieg das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer um 9,9 % gegenüber dem Vorjahresniveau.

Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

Das Bruttosteueraufkommen der nicht veranlagten Steuern von Ertrag stieg gegenüber dem Vorjahrsvergleichsmonat um 83,6 %. Der kräftige Anstieg könnte auf unterjährige Verschiebungen von Steueraufkommen infolge gegenüber dem Vorjahr differierender Dividendenauszahlungszeitpunkte zurückzuführen sein. Im Ergebnis haben sich die Nettoeinnahmen im Mai 2016 mit einem Plus von 93,9 % gegenüber dem Vorjahresniveau nahezu verdoppelt. Aktuell liegt das kumulierte Steueraufkommen der nicht veranlagten Steuern von Ertrag bis Mai 2016 um 27,4 % über dem Vorjahresniveau.

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Im Mai 2016 sanken die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge erneut deutlich um 50,1% gegenüber dem Vorjahresniveau. Damit hält der Trend eines im Vorjahresvergleich schwachen Steueraufkommens weiter an. Kumuliert verringerte sich das Steueraufkommen bis Mai 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum damit um 37,8 %. Neben dem niedrigen Zinsniveau scheint auch ein geringeres Steueraufkommen auf Veräußerungserträge gegenüber dem Vorjahreszeitraum dafür verantwortlich zu sein. Allerdings liegen über die Aufteilung des Aufkommens in Zins- und Veräußerungsgewinne keine statistischen Angaben vor, sodass Aussagen hierzu spekulativ bleiben. Mit Blick auf diese Entwicklung hatte der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" seine Prognose für das aktuelle Jahr 2016 deutlich nach unten korrigiert.1

Steuern vom Umsatz

Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz lag im Mai 2016 nahezu exakt auf dem vergleichsweise hohen Vorjahresniveau.

¹ Siehe Artikel zum Ergebnis des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" im Monatsbericht Mai 2016.

Steuereinnahmen im Mai 2016

Zu erwähnen wäre die unterschiedliche Entwicklung der Binnenumsatzsteuer im Vergleich zur Einfuhrumsatzsteuer. Seit Anfang des Jahres ist zu beobachten, dass die Steigerungsraten der Binnenumsatzsteuer über denen der Einfuhrumsatzsteuer liegen. Aktuell konnte die Binnenumsatzsteuer um 1,1% zulegen, wohingegen sich das Aufkommen der Einfuhrumsatzsteuer um 3,7% gegenüber Mai 2015 verringerte. Kumuliert stieg das Aufkommen der Steuern von Umsatz bis zum Mai 2016 um 4,1% gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Bundessteuern

Das Aufkommen der Bundessteuern konnte sich im Mai 2016 um 8,7 % gegenüber dem Vorjahrsniveau verbessern. Maßgeblich für das gute Ergebnis war der erneute signifikante Anstieg des Aufkommens der Tabaksteuer (+ 36,5 %). Dies dürfte ein Vorzieheffekt als Reaktion auf das Tabakerzeugnisgesetz sein, welches u. a. ein Verbot von Mentholzigaretten sowie "Schockbilder" auf Zigarettenverpackungen vorsieht. Denn alle bis 21. Mai 2016 produzierten Zigaretten dürfen noch nach alter Rechtslage abverkauft werden. Daher ist auch mit einem Gegeneffekt in der zweiten Jahreshälfte zu rechnen. Des Weiteren verzeichneten die Versicherungsteuer

(+ 9,9%), die Kraftfahrzeugsteuer (+ 8,3%) und der Solidaritätszuschlag (+ 8,0%) signifikante Aufkommenszuwächse. Auch die Energiesteuer (+ 1,2%), die Stromsteuer (+ 3,8%) sowie die Luftverkehrsteuer (+ 3,5%) verzeichneten steigende Aufkommen. Nennenswerte Aufkommensrückgänge ergaben sich bei der Branntweinsteuer (- 2,7%) und der Schaumweinsteuer (- 15,2%). Die übrigen Veränderungen hatten betragsmäßig nur geringen Einfluss auf das Gesamtergebnis der Bundessteuern. Kumuliert bis Mai 2016 stieg das Aufkommen der Bundessteuern gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,9%.

Ländersteuern

Das Aufkommen der Ländersteuern stieg im Mai 2016 im direkten Vorjahresvergleich um 11,8 %. So konnte die Grunderwerbsteuer mit einem Zuwachs von + 18,4 % abermals an die guten Ergebnisse der Vormonate anschließen. Auch bei der Erbschaftsteuer stieg das Aufkommen auf hohem Niveau sichtbar an (+ 4,0 %). Die Einnahmen aus der Rennwett- und Lotteriesteuer stiegen um 9,3 %; aus der Feuerschutzsteuer um 3,7 %. Das Aufkommen der Biersteuer verringerte sich um 5,5 % gegenüber Mai 2015. Kumuliert stieg das Aufkommen der Ländersteuern bis Mai 2016 um 9,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Mai 2016

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Mai 2016

Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen des Bundes beliefen sich kumuliert für den Zeitraum Januar bis Mai 2016 auf 123,6 Mrd. €. Das entsprechende Vorjahresniveau wurde um 10,1 Mrd. € beziehungsweise 8,9 % überschritten. Dabei stiegen die Steuereinnahmen des Bundes mit 9,8 % leicht kräftiger als die Gesamteinnahmen. Wesentlicher Grund hierfür sind insbesondere erheblich niedrigere EU-Eigenmittelabführungen. Diese werden rechnerisch von den Steuereinnahmen abgesetzt und reduzieren somit das Steueraufkommen. Die sonstigen Einnahmen erhöhten sich um 2,4 % (0,3 Mrd. €).

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundeshaushalts beliefen sich bis Mai auf 128,4 Mrd. €, was einer Zunahme um 3,1% gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau entspricht. Die Verringerung der Zinsausgaben um 22,9 % gegenüber dem Zeitraum Januar bis Mai 2015 trug wesentlich zu der gedämpften Zunahme der Gesamtausgaben bei. Dagegen stiegen die Ausgaben für Investitionen mit 24,5 % deutlich an. Investive Ausgaben machten etwa 10 % der Gesamtausgaben des Bundeshaushalts aus. Die Zunahme der Personalausgaben bewegte sich mit 3,8 % im Rahmen des Anstiegs der Gesamtausgaben.

Finanzierungssaldo

Im betrachteten Zeitraum überstiegen die Ausgaben die Einnahmen um 4,8 Mrd. €. Der negative Finanzierungssaldo wurde durch Kassenmittel und Rücklagenbewegungen ausgeglichen.

Die unterjährige Entwicklung des Finanzierungssaldos und des jeweiligen Kapitalmarktsaldos sind nur schwer zu interpretieren, da sie keine Indikatoren sind, aus denen sich

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2015	Soll 2016	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis Mai 2016
Ausgaben (Mrd. €) ²	299,3	316,9	128,4
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+3,1
Einnahmen (Mrd. €) ²	311,1	310,5	123,6
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+8,9
davon Steuereinnahmen (Mrd. €)	281,7	288,1	110,4
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+9,8
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	11,8	-6,4	-4,8
Finanzierung/Verwendung:	-11,8	6,4	4,8
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	19,7
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,4	0,3	0,0
Saldo der Rücklagenbewegungen	-12,1	6,1	5,4
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo ³ (Mrd. €)	0,0	0,0	-20,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹Buchungsergebnisse.

²Ohne Einnahmen und Ausgaben aus haushaltstechnischen Verrechnungen.

³(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Mai 2016

die erforderliche Nettokreditaufnahme am Jahresende errechnen lässt. Einnahmen und Ausgaben unterliegen im Laufe des Haushaltsjahres starken Schwankungen und beeinflussen somit die eingesetzten Kassenmittel in den einzelnen Monaten in unterschiedlichem Maße. Auch der Kapitalmarktsaldo zeigt im Jahresverlauf in der Regel kräftige Schwankungen.

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

		st		oll	lst-Entv	vicklung	Unterjährige Veränderung
	20)15	20)16	Januar bis Mai 2015	Januar bis Mai 2016	gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	lio.€	in%
Allgemeine Dienste	66 947	22,4	71 572	22,6	26 236	29 003	+10,5
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6399	2,1	7 287	2,3	2 469	3 245	+31,4
Verteidigung	33 442	11,2	33 966	10,7	12 649	13 768	+8,8
politische Führung, zentrale Verwaltung	14 175	4,7	15 172	4,8	6 293	6348	+0,9
Finanzverwaltung	4 199	1,4	4 445	1,4	1 632	1 725	+5,6
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	20 271	6,8	21 961	6,9	7 393	7 261	-1,8
Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	3 381	1,1	3 648	1,2	1 595	1 455	-8,8
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10872	3,6	11 689	3,7	3 228	3 056	-5,3
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	153 611	51,3	161 485	51,0	69 318	71 441	+3,1
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	101 992	34,1	106 888	33,7	48 627	50 674	+4,2
Arbeitsmarktpolitik	33 894	11,3	34 676	10,9	14356	13 733	-4,3
darunter:							
Arbeitslosengeld II nach SGB II	20 198	6,7	20 500	6,5	8 768	8 704	-0,7
Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	5 249	1,8	5 100	1,6	2 391	2 047	-14,4
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 890	2,6	8 374	2,6	3 3 7 2	3 401	+0,8
soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 059	0,7	2 139	0,7	915	913	-0,2
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 915	0,6	2 312	0,7	620	695	+12,0
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 004	0,7	2 502	0,8	748	994	+32,9
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 491	0,5	1 809	0,6	677	893	+31,9
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	846	0,3	1 066	0,3	179	201	+12,1
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 156	1,4	5 870	1,9	1 906	2 211	+16,0
Regionale Förderungsmaßnahmen	997	0,3	1 389	0,4	112	109	-2,4
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 497	0,5	1 707	0,5	1 230	1 441	+17,2
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 595	5,5	18 881	6,0	5 017	5 605	+11,7
Straßen	7 859	2,6	8 786	2,8	2 171	2 259	+4,0
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4953	1,7	5 3 4 9	1,7	1 445	1 789	+23,8
Allgemeine Finanzwirtschaft	33 225	11,1	31 252	9,9	13 237	11 094	-16,2
Zinsausgaben	21 066	7,0	23 772	7,5	10017	7 720	-22,9
Ausgaben insgesamt ¹	299 285	100,0	316 900	100,0	124 549	128 374	+3,1

 $^{^{1}}Ohne\,Ausgaben\,durch\,haushaltstechnische\,Verrechnungen.$

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Mai 2016

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Is	st	So	oll	Ist-Entv	vicklung	Unterjährige Veränderung
	20	015	20	016	Januar bis Mai 2015	Januar bis Mai 2016	gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in N	lio.€	in%
Konsumtive Ausgaben	269 732	90,1	286 004	90,3	116 977	118 944	+1,7
Personalausgaben	29 907	10,0	30 989	9,8	12 639	13 119	+3,8
Aktivbezüge	21 695	7,2	22 562	7,1	8 999	9397	+4,4
Versorgung	8 212	2,7	8 427	2,7	3 640	3 722	+2,3
Laufender Sachaufwand	24 305	8,1	26 202	8,3	7 873	8 885	+12,9
sächliche Verwaltungsaufgaben	1 462	0,5	1 493	0,5	521	542	+4,0
militärische Beschaffungen	9 055	3,0	10 186	3,2	2 3 3 2	3 1 1 4	+33,5
sonstiger laufender Sachaufwand	13 788	4,6	14523	4,6	5 020	5 2 2 9	+4,2
Zinsausgaben	21 066	7,0	23 772	7,5	10 015	7 718	-22,9
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	193 751	64,7	204 322	64,5	86 109	88 832	+3,2
an Verwaltungen	24064	8,0	24 285	7,7	8 710	8 850	+1,6
an andere Bereiche	169 687	56,7	180 036	56,8	77 399	79 982	+3,3
darunter:							
Unternehmen	25 616	8,6	28 296	8,9	10896	10899	+0,0
Renten, Unterstützungen u. a.	28 903	9,7	29 609	9,3	12 543	12 431	-0,9
Sozialversicherungen	107 334	35,9	111 824	35,3	50 644	52 634	+3,9
Sonstige Vermögensübertragungen	703	0,2	719	0,2	341	391	+14,7
Investive Ausgaben	29 553	9,9	31 484	9,9	7 572	9 430	+24,5
Finanzierungshilfen	21 869	7,3	22 220	7,0	5 830	7 444	+27,7
Zuweisungen und Zuschüsse	20516	6,9	19919	6,3	5 323	6 750	+26,8
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	983	0,3	1 848	0,6	341	374	+9,7
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	370	0,1	453	0,1	166	320	+92,8
Sachinvestitionen	7 684	2,6	9 264	2,9	1 742	1 986	+14,0
Baumaßnahmen	6141	2,1	7 137	2,3	1 477	1 445	-2,2
Erwerb von beweglichen Sachen	1186	0,4	1 491	0,5	244	405	+66,0
Grunderwerb	357	0,1	636	0,2	21	136	+547,6
Globalansätze	0	0,0	- 588	-0,2	0	0	Х
Ausgaben insgesamt ¹	299 285	100,0	316 900	100,0	124 549	128 374	+3,1

¹Ohne Ausgaben durch haushaltstechnische Verrechnungen.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Mai 2016

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	ls		So		Ist-Entv	vicklung	Unterjährige Veränderung
	20	15	20	16	Januar bis Mai 2015	Januar bis Mai 2016	ggenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in N	lio.€	in%
I. Steuern	281 706	90,6	288 083	92,8	100 574	110 401	+9,8
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	229 618	73,8	234733	75,6	87 309	91 093	+4,3
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	119 068	38,3	121 197	39,0	41 176	44 629	+8,4
davon:							
Lohnsteuer	76 028	24,4	78 476	25,3	28 020	28 755	+2,6
veranlagte Einkommensteuer	20 647	6,6	21 144	6,8	6 125	6 733	+9,9
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 968	2,9	8 508	2,7	2 580	3 204	+24,2
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 634	1,2	3 574	1,2	2 125	1 322	-37,8
Körperschaftsteuer	9 792	3,1	9 495	3,1	2 325	4615	+98,5
Steuern vom Umsatz	108 894	35,0	111 889	36,0	45 701	45 981	+0,6
Gewerbesteuerumlage	1 656	0,5	1 647	0,5	432	483	+11,8
Energiesteuer	39 594	12,7	40 200	12,9	10942	11 066	+1,1
Tabaksteuer	14921	4,8	14360	4,6	4789	6012	+25,5
Solidaritätszuschlag	15 930	5,1	16 000	5,2	5 886	6244	+6,1
Versicherungsteuer	12 419	4,0	12 700	4,1	7 357	7 592	+3,2
Stromsteuer	6 593	2,1	6 600	2,1	2 870	2778	-3,2
Kraftfahrzeugsteuer	8 805	2,8	8 800	2,8	4 0 2 7	4078	+1,3
Kernbrennstoffsteuer	1 371	0,4	1 100	0,4	382	0	-100,0
Branntweinabgaben	2 072	0,7	2 057	0,7	892	886	-0,7
Kaffeesteuer	1 032	0,3	1 031	0,3	443	428	-3,4
Luftverkehrsteuer	1 023	0,3	1 024	0,3	322	345	+7,1
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10 041	-3,2	-9 401	-3,0	-2 360	-2388	+1,2
BNE-Eigenmittel der EU	-21 578	-6,9	-22 160	-7,1	-12 434	-8 341	-32,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-4098	-1,3	-2 390	-0,8	-2518	-1 983	-21,2
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 408	-2,4	-8 000	-2,6	-3 041	-3 087	+1,5
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-2,9	-8 992	-2,9	-4 496	-4 496	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	29 349	9,4	22 432	7,2	12 906	13 216	+2,4
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	6 889	2,2	5 758	1,9	4 495	4 855	+8,0
Zinseinnahmen	269	0,1	271	0,1	57	71	+24,6
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	3 2 1 1	1,0	1 682	0,5	1 272	733	-42,4
Einnahmen insgesamt ¹	311 055	100,0	310 515	100,0	113 481	123 617	+8,9

 $^{^{1}}Ohne\ Einnahmen\ aus\ haus haltstechnischen\ Verrechnungen.$

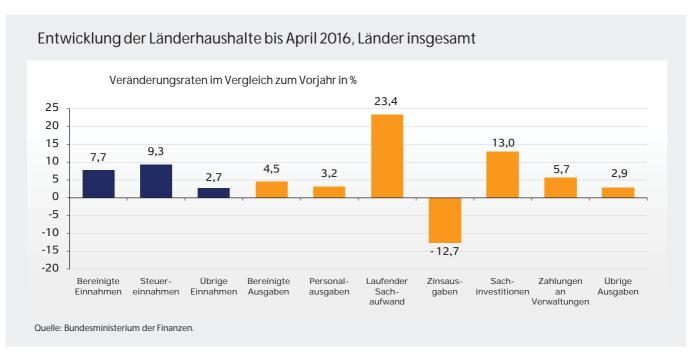
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2016

Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2016

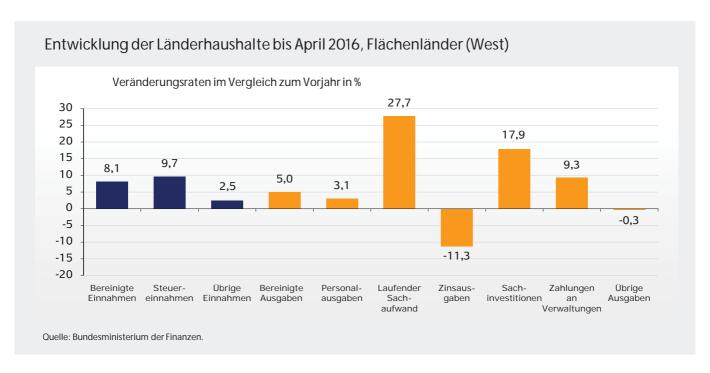
Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit betrug Ende April - 3,2 Mrd. € und fällt damit um knapp 3,0 Mrd. € günstiger aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Ausgaben der Länder insgesamt stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 4,5 %, während die Einnahmen um 7,7 % zunahmen. Die Steuer-

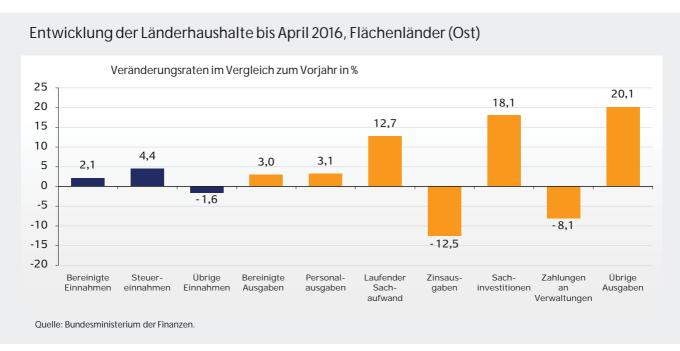
einnahmen erhöhten sich gegenüber dem Vergleichszeitraum um 9,3 %.

Die Einnahmen und Ausgaben der Länder bis April sind im Einzelnen in den nachfolgenden Tabellen aufgeführt.

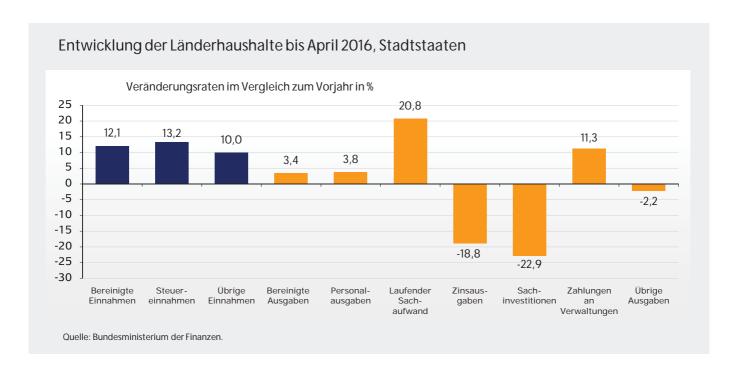


Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2016





Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2016



Kreditaufnahme des Bundes

Kreditaufnahme des Bundes

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

Im Mai wurden für den Bundeshaushalt und seine Sondervermögen insgesamt 19,0 Mrd. € Kredite aufgenommen und 1,6 Mrd. € an fälligen Krediten getilgt, sodass sich per 31. Mai 2016 ein Schuldenstand von 1100,6 Mrd. € ergab. Davon sind zur Finanzierung des Bundeshaushalts 1060,1 Mrd. €, des Finanzmarktstabilisierungsfonds 22,0 Mrd. € und des Investitions- und Tilgungsfonds 18,5 Mrd. € verwendet worden.

Der Schuldendienst, der eine Tilgungsleistung von 1,6 Mrd. € umfasste, wurde durch 0,3 Mrd. € Zinseinnahmen entlastet und betrug 1,3 Mrd. €. Schwerpunkte der Kreditaufnahme lagen auf der Emission 2-jähriger Bundesschatzanweisungen mit einem Nominalvolumen von 5 Mrd. € sowie 10-jähriger Bundesanleihen und 5-jähriger Bundesobligationen mit einem Nominalvolumen von je 4 Mrd. €. Ferner wurden 4,5 Mrd. € Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und je 1 Mrd. € 30-jährige festverzinsliche Bundesanleihen und 10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes emittiert. Im Rahmen der Marktpflege wurden Bundeswertpapiere von saldiert 0,5 Mrd. € für den Eigenbestand gekauft; dieser erreichte Ende Mai ein Volumen von 38.5 Mrd. €. Weitere Einzelheiten zu den Schuldenständen, ihrer Veränderung infolge von Kreditaufnahme und Tilgungen zeigt die Tabelle "Entwicklung der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen im Mai". Im statistischen Anhang wird die Entwicklung der Verschuldung und der Tilgungen kumuliert für die Monate Januar bis Mai des Jahres 2016 gezeigt; die Tabelle "Entwicklung des Umlaufvolumens an Bundeswertpapieren" zeigt das Umlaufvolumen der emittierten Bundeswertpapiere einschließlich der Eigenbestände (Nennwerte) sowie zusätzlich die als Kassenkredit emittierten und verbuchten Bundeswertpapiere.

Die Abbildung "Struktur der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen per 31. Mai 2016 nach Instrumentenarten" zeigt die Verteilung der vom Bund und seinen Sondervermögen eingegangenen Gesamtschulden nach Instrumentenarten. Danach entfällt der überwiegende Anteil auf nominalverzinsliche Bundesanleihen (43,7 % 10-jährige und 17,6 % 30-jährige), gefolgt von Bundesobligationen (19,6 %) und Bundesschatzanweisungen (9,8 %). Der Anteil der inflationsindexierten Bundeswertpapiere beträgt 5,8 % des gesamten Schuldenstands.

Insgesamt sind die Schulden des Bundes zu 98,7 % in Form von Bundeswertpapieren verbrieft, wobei es sich ausschließlich um Inhaberschuldverschreibungen handelt und folglich der konkrete Gläubiger dem Emittenten nicht bekannt ist. Nur 1,3 % der Schulden entfallen auf Kreditaufnahmen wie Schuldscheindarlehen und sonstige Kredite.

Die kumulierten Jahresergebnisse der Kreditaufnahme, die Tilgungsleistungen und Schuldenstände des Bundes und seiner Sondervermögen werden im statistischen Anhang des Monatsberichts gezeigt. Darüber hinaus enthält der statistische Anhang für den interessierten Leser auch eine längere Datenreihe der Verschuldung gruppiert nach Restlaufzeitklassen. Eine detaillierte Übersicht

Kreditaufnahme des Bundes

Entwicklung der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen im Mai in Mio. \in

	Schuldenstand: 30. April 2016	Kreditauf- nahme (Zunahme)	Tilgungen (Abnahme)	Schuldenstand: 31. Mai 2016	Schulden- stands- änderung (Saldo)
Haushaltskredite	1 083 226	19 016	-1 611	1 100 631	17 406
Gliederung nach Verwendung					
Bundeshaushalt	1 042 691	19 016	-1 611	1 060 096	17 406
Finanzmarktstabilisierungsfonds	22 044	-	-	22 044	-
Investitions- und Tilgungsfonds	18 492	0	-	18 492	0
Gliederung nach Schuldenarten					
Bundeswertpapiere	1 068 499	19 016	-1 561	1 085 955	17 456
Bundesanleihen	670 774	4576	-	675 350	4576
30-jährige Bundesanleihen	193 127	1 025	-	194 152	1 025
10-jährige Bundesanleihen	477 647	3 551	-	481 198	3 551
inflations indexier te Bundes wert papiere	62 365	1 070	-	63 435	1 070
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	3 706	94	-	3 800	94
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	44 044	1 001	-	45 045	1 001
inflationsindexierte Obligationen des Bundes	14615	- 25	-	14590	- 25
Bundesobligationen	212 057	3 964	-	216 022	3 9 6 4
Bundesschatzanweisungen	102 592	4805	-	107 397	4805
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	18 079	4 602	-1 504	21 177	3 098
sonstige Bundeswertpapiere	2 631	0	- 57	2 574	- 57
Schuldscheindarlehen	10 256	-	- 50	10206	- 50
sonstige Kredite und Buchschulden	4 471	-	-	4 471	-
Gliederung nach Restlaufzeiten					
bis 1 Jahr	160 133	-	-	163 453	3 3 2 0
über 1 Jahr bis 4 Jahre	340 391	-	-	344611	4220
über 4 Jahre	582 702	-	-	592 567	9 866
nachrichtlich:					
Verbindlichkeiten aus der Kapitalindexierung inflationsindexierter Bundeswertpapiere	2 309	-	-	3 049	739
Rücklagen gemäß Schlussfinanzierungsgesetz	2316	-	-	2316	0

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Kreditaufnahme des Bundes

Entwicklung des Umlaufvolumens an Bundeswertpapieren in Mio. €

	Schuldenstand: 30. April 2016	Kreditauf- nahme (Zunahme)	Tilgungen (Abnahme)	Schuldenstand: 31. Mai 2016	Schulden- stands- änderung (Saldo)
Gliederung nach Schuldenarten					
Haushaltsemissionen	1 068 499	19 016	-1 561	1 085 955	17 456
Umlaufvolumen	1 106 521	19517	-1 561	1 124 477	17956
30-jährige Bundesanleihen	199 000	1 000	-	200 000	1 000
10-jährige Bundesanleihen	499 000	4 000	-	503 000	4000
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	4000	-	-	4 000	-
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	45 500	1 000	-	46 500	1 000
inflationsindexierte Obligationen des Bundes	15 000	-	-	15 000	-
Bundesobligationen	217 000	4000	-	221 000	4000
Bundesschatzanweisungen	106 000	5 000	-	111 000	5 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	18 391	4517	-1 504	21 403	3 013
sonstige Bundeswertpapiere	2 631	0	- 57	2 574	- 57
Eigenbestände	-38 022	- 500	-	-38 523	- 500
Kassenemissionen – Umlaufvolumen – Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	4179	-	-	4 179	-
Bundeswertpapiere – Umlaufvolumen – Insgesamt	1 072 678	19016	-1 561	1 090 134	17 456

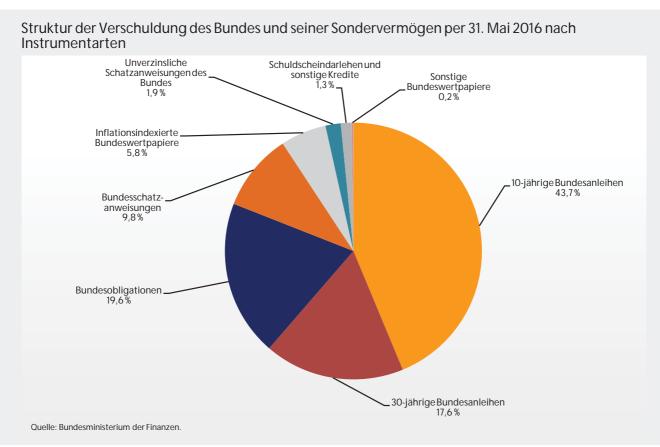
Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich. Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

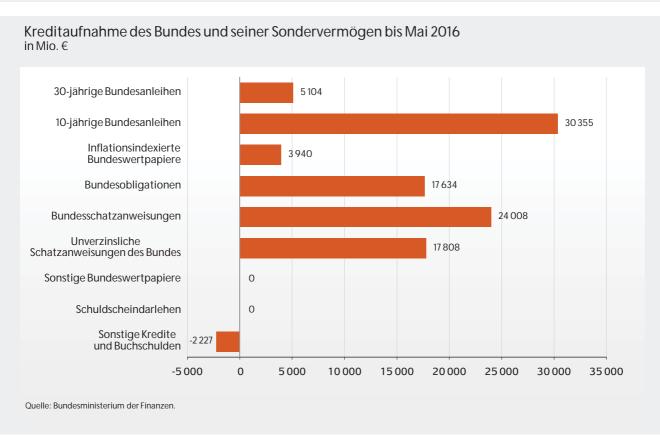
über die durchgeführten Auktionen von Bundeswertpapieren wird von der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH veröffentlicht. 1 Sie veröffentlicht ebenfalls die für das Jahr 2016 geplanten Auktionen von Bundeswertpapieren.²

¹ http://www.deutsche-finanzagentur.de/de/ institutionelle-investoren/primaermarkt/ auktionsergebnisse/

² http://www.deutsche-finanzagentur.de/de/ institutionelle-investoren/primaermarkt/ emissionsplanung/

Kreditaufnahme des Bundes





Kreditaufnahme des Bundes

Schuldenstand des Bundes und seiner Sondervermögen 2016

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez
Neuitait						in Mrc	1. €					
30-jährige Bundesanleihen	189,9	190,8	191,9	193,1	194,2	-	-	-	-	-	-	-
10-jährige Bundesanleihen	466,6	470,7	474,2	477,6	481,2	-	-	-	-	-	-	-
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	75,4	75,9	76,5	62,4	63,4	-	-	-	-	-	-	-
Bundesobligationen	232,7	221,2	225,7	212,1	216,0	-	-	-	-	-	-	-
Bundesschatzanweisungen	101,5	106,9	98,2	102,6	107,4	-	-	-	-	-	-	-
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	11,2	12,8	14,4	18,1	21,2	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Bundeswertpapiere	2,8	2,8	2,7	2,6	2,6	-	-	-	-	-	-	-
Schuldscheindarlehen	10,6	10,6	10,5	10,3	10,2	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Kredite und Buchschulden	6,6	6,6	4,5	4,5	4,5	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	1097,4	1098,3	1098,6	1083,2	1100,6	-	-	-	-	-	-	-

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Bruttokreditbedarf des Bundes und seiner Sondervermögen 2016

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
						in	Mrd.€						
30-jährige Bundesanleihen	0,8	0,9	1,1	1,2	1,0	-	-	-	-	-	-	-	5,1
10-jährige Bundesanleihen	15,7	4,2	3,5	3,4	3,6	-	-	-	-	-	-	-	30,4
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	0,9	0,5	0,6	0,9	1,1	-	-	-	-	-	-	-	3,9
Bundesobligationen	0,4	4,4	4,5	4,4	4,0	-	-	-	-	-	-	-	17,6
Bundesschatzanweisungen	5,1	5,3	4,4	4,4	4,8	-	-	-	-	-	-	-	24,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	1,8	3,1	3,2	5,2	4,6	-	-	-	-	-	-	-	17,8
Sonstige Bundeswertpapiere	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	-	-	-	-	-	-	0,0
Schuldscheindarlehen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Kredite und Buchschulden	-	-	-2,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-2,2
Insgesamt	24,7	18,4	15,0	19,4	19,0	-	-	-	-	-	-	-	96,6

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Kreditaufnahme des Bundes

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2016

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
						ir	n Mrd. €						
30-jährige Bundesanleihen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
10-jährige Bundesanleihen	23,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	23,0
Inflations indexierte Bundeswert papiere	-	-	-	15,0	-	-		-	-	-	-	-	15,0
Bundesobligationen	-	16,0	-	18,0	-	-	-	-	-	-	-	-	34,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	13,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	-		_	-	-	-	-	7,5
Sonstige Bundeswertpapiere	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1	-	-	-	-	-	-	-	0,2
Schuldscheindarlehen	-	0,1	0,1	0,3	0,1	-	-	-	-	-	-	-	0,4
Sonstige Kredite und Buchschulden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	24,5	17,6	14,7	34,8	1,6	-	_	-	-	-	-	-	93,2

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2016

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
		in Mrd. €											
Insgesamt	7,4	0,8	-0,7	0,8	-0,3	-	-	-	-	-	-	-	8,0

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

□ Aktuelles aus dem BMF

Termine, Publikationen

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

22. Juni 2016	Deutsch-Polnische Regierungskonsultationen in Berlin
28./29. Juni 2016	Europäischer Rat in Brüssel
11./12. Juli 2016	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
23./24. Juli 2016	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Chengdu, China

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Bundeshaushalts 2017 und des Finanzplans bis 2020

23. März 2016	Eckwertebeschluss des Kabinetts zum Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan bis 2020
2. bis 4. Mai 2016	Steuerschätzung in Essen
8. Juni 2016	Stabilitätsrat
6. Juli 2016	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan bis 2020
August 2016	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
voraussichtlich September bis Dezember 2016	Lesungen im Bundestag und Beratungen im Bundesrat

□ Aktuelles aus dem BMF

Termine, Publikationen

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt	
Juli 2016	Juni 2016	21. Juli 2016	
August 2016	Juli 2016	19. August 2016	
September 2016	August 2016	22. September 2016	
Oktober 2016	September 2016	21. Oktober 2016	
November 2016	Oktober 2016	21. November 2016	
Dezember 2016	November 2016	22. Dezember 2016	

¹ Nach IWF-Special Data Dissemination Standard (SDDS), siehe http://dsbb.imf.org.

Publikationen des BMF

Das BMF hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

Die Vermögensrechnung des Bundes

Steuern von A bis Z

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 03018 272 2721 Telefax: 03018 10 272 2721

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Aktuelles aus dem BMF

Stellenausschreibungen

Stellenausschreibungen

Das Bundesministerium der Finanzen sucht

Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter

des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes für die Haushaltsabteilung am Dienstsitz Berlin

Voraussetzungen für eine Verwendung im BMF sind:

- Besoldungsgruppe A 9 bis A 11
- Berufserfahrung in der öffentlichen Verwaltung, möglichst in der Bundesfinanzverwaltung
- Laufbahnbefähigung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst
- Laufbahnprüfung/Bachelor mit der Note "gut"

oder

 Laufbahnprüfung/Bachelor mit der Note "befriedigend" und überdurchschnittliche Regelbeurteilung

Bewerben können sich Beamtinnen und Beamte des gehobenen Dienstes sowie vergleichbare Tarifbeschäftigte.

Es handelt sich zunächst um eine mindestens einjährige, befristete Tätigkeit für Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter. Bei erfolgreichem Durchlaufen eines BMF-internen Auswahlverfahrens kann eine spätere, dauerhafte Übernahme im Rahmen der personalwirtschaftlichen und haushaltsmäßigen Möglichkeiten in Aussicht gestellt werden.

Für eine Tätigkeit im BMF wird neben den sonstigen Dienstbezügen eine steuerpflichtige, nicht ruhegehaltsfähige Stellenzulage (Ministerialzulage) nach Vorbemerkung 7 der Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz gezahlt. Für die Dauer einer Abordnung gelten die trennungsgeldrechtlichen Regelungen des Bundes (siehe hierzu: www.dz-portal.de).

Das Bundesministerium der Finanzen fördert die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern und begrüßt deshalb besonders Bewerbungen von Frauen.

Die Förderung einer familienbewussten Arbeitswelt ist ein Schwerpunkt der nachhaltigen Familienpolitik der Bundesregierung. Vor diesem Hintergrund ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein ausdrückliches Anliegen des BMF. Die angebotenen Dienstposten sind grundsätzlich auch für eine Teilzeitbeschäftigung geeignet.

Bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung werden Frauen nach Maßgabe des Bundesgleichstellungsgesetzes und schwerbehinderte Menschen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB IX) bevorzugt berücksichtigt.

Aktuelles aus dem BMF

Stellenausschreibungen

Bitte bewerben Sie sich online über www.interamt.de, Stellen-ID 334146 bis zum 30. Juni 2016. Zusätzlich zu dem dort hinterlegten Bewerbungsbogen wird gebeten, Kopien der Schulabgangs-, (Laufbahn-)Prüfungs- und Beschäftigungszeugnisse, einen Lebenslauf, Beurteilungen, gegebenenfalls den Nachweis über die Schwerbehinderung oder die Gleichstellung hochzuladen.

Bewerber und Bewerberinnen der Bundesfinanzverwaltung richten Ihre Bewerbung bitte unter Angabe des Aktenzeichens (Z A 2 a – P 1464/16/10053) bis zum 30. Juni 2016 auch auf dem Dienstweg an das

Bundesministerium der Finanzen – Referat Z A 2 – Wilhelmstraße 97 10117 Berlin

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an OARin Lunz, Tel.: 030 2242-1766, Inge.Lunz@bmf.bund.de

Aufgabengebiete der in der Abteilung II (Bundeshaushalt) zu besetzenden Dienstposten

- Mitwirkung bei der Aufstellung und Ausführung eines Einzelplans des Bundeshaushalts sowie bei der Fortschreibung des Finanzplans
- Begleitung fachpolitischer Vorhaben und Themen des vom Spiegelreferat verantworteten Ressorts, insbesondere auch Prüfung der entsprechenden haushaltsmäßigen Auswirkungen von Gesetzesvorhaben, Berichten und Konzeptionen
- Bearbeitung von haushaltsrechtlichen und haushaltswirtschaftlichen Fragen
- Bearbeitung von Ressortanträgen im Haushaltsvollzug
- Bearbeitung von parlamentarischen Anfragen
- Teilnahme an parlamentarischen Beratungen und Ressortbesprechungen

Anforderungen für die zu besetzenden Dienstposten

- Kenntnisse des Haushaltsrechts und der Haushaltsverfahren oder die Bereitschaft, sich diese schnellstmöglich anzueignen
- Bereitschaft, sich kurzfristig Kenntnisse der automatisierten Verfahren der Haushaltsabteilung (Haushaltsdatenbank) anzueignen
- Fähigkeit sowohl zu selbständigem, als auch teamorientiertem Arbeiten
- Verhandlungsgeschick sowie verbindliches Auftreten und Durchsetzungsvermögen
- Zuverlässige und gründliche Arbeitsweise, auch unter Zeitdruck, und die Bereitschaft zu gelegentlichen Überstunden
- Organisationsgeschick, Eigeninitiative und Kommunikationsfähigkeit

Aktuelles aus dem BMF

Hinweise auf Ausschreibungen

Hinweise auf Ausschreibungen

Ausschreibung zum Forschungsvorhaben fe 13/15
Aufbau eines europäischen Forschungsnetzwerks zur
Intensivierung und Vertiefung grenzüberschreitender
wissenschaftlicher Zusammenarbeit in Europa

Das Bundesministerium der Finanzen schreibt folgendes Forschungsvorhaben aus:

fe 13/15 Aufbau eines europäischen Forschungsnetzwerks zur Intensivierung und Vertiefung grenzüberschreitender wissenschaftlicher Zusammenarbeit in Europa

Die Bekanntmachung entnehmen Sie bitte dem nachfolgenden Link:

https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?3&id=126959

Das Vergabeverfahren erfolgt ausschließlich und vollelektronisch über die e-Vergabeplattform des Bundes (www.evergabe-online.de). Ausschreibungsunterlagen können nur dort heruntergeladen werden. Teilnahmeanträge/Angebote können nur über die Plattform eingereicht werden.

http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Service/Publikationen/Ausschreibungen/ausschreibungen.html

Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge: 28. Juli 2016, 14:00 Uhr.

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Statistiken und Dokumentationen

Ube	rsichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	61
1	Entwicklung der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen	61
2	Gewährleistungen	62
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	63
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	65
5	Bundeshaushalt 2011 bis 2016	68
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten	
	in den Haushaltsjahren 2011 bis 2016	69
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen	
	Soll 2016	
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2016	
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
12	Entwicklung der Staatsquote	
13a	Schulden der öffentlichen Haushalte	
13b	Schulden der öffentlichen Haushalte - neue Systematik	
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015	92
Übe	rsichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	93
Abb.	.1 Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2015/2016	93
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2016 im Vergleich zum Jahressoll 2016	
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage	
	des Bundes und der Länder bis April 2016	94
3	Die Einnahmen und Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2016	

 $\ddot{\text{U}} bersichten \, und \, Grafiken \, zur \, finanzwirtschaftlichen \, Entwicklung$

Ges	$amtwirts chaft liches \ Produktions potenzial \ und \ Konjunkturkomponenten \ des \ Bundes$. 100
1	Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten	101
2	Produktionspotenzial und -lücken	
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts	
	zum preisbereinigten Potenzialwachstum	103
4	Bruttoinlandsprodukt	104
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	106
6	Kapitalstock und Investitionen	110
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	111
8	Preise und Löhne	. 112
Ker	nnzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	114
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	114
2	Preisentwicklung	115
3	Außenwirtschaft	116
4	Einkommensverteilung	117
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	118
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	119
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	120
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz	
	in ausgewählten Schwellenländern	121
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	122
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP,	
	Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	123
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden,	
	Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	127

Quellen: soweit nicht anders gekennzeichnet Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Entwicklung der Verschuldung des Bundes und seiner

Sondervermögen

in Mio. €

	Schuldenstand:	Kreditauf-			Schulden-
	31. Dezember	nahme	Tilgungen	Schuldenstand:	stands-
	2015	(Zunahme)	(Abnahme)	31. Mai 2016	änderung (Saldo)
Haushaltskredite	1 097 175	96 623	-93 166	1 100 631	3 457
Gliederung nach Verwendung					
Bundeshaushalt	1 050 926	101 535	-92 364	1 060 096	9 171
Finanzmarktstabilisierungsfonds	25 227	-2 665	-519	22 044	-3 184
Investitions- und Tilgungsfonds	21 022	-2 246	-284	18 492	-2 530
Gliederung nach Schuldenarten					
Bundeswertpapiere	1 079 829	98 850	-92 724	1 085 955	6126
Bundesanleihen	662 891	35 459	-23 000	675 350	12 459
30-jährige Bundesanleihen	189 048	5 104		194 152	5 104
10-jährige Bundesanleihen	473 843	30 355	-23 000	481 198	7 3 5 5
inflations indexier te Bundes wert papiere	74 495	3 940	-15 000	63 435	-11 060
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	2 906	894		3 800	894
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	57 036	3 009	-15 000	45 045	-11 991
inflationsindexierte Obligationen des Bundes	14 553	37	-	14 590	37
Bundesobligationen	232 387	17 634	-34 000	216 022	-16366
Bundesschatzanweisungen	96 389	24 008	-13 000	107 397	11 008
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	10887	17 808	-7517	21 177	10 291
sonstige Bundeswertpapiere	2 780	0	-206	2 574	- 206
Schuldscheindarlehen	10 649	-	- 443	10 206	- 443
sonstige Kredite und Buchschulden	6 697	-2 227	-	4 471	-2 227
Gliederung nach Restlaufzeiten					
bis1Jahr	166 685	-	-	163 453	-3 231
über 1 Jahr bis 4 Jahre	327 184	-	-	344 611	17 426
über 4 Jahre	603 306	-	-	592 567	-10 739
nachrichtlich:					
Verbindlichkeiten aus der Kapitalindexierung	5 607	-	-	3 049	-2 558
inflationsindexierter Bundeswertpapiere Rücklagen gemäß Schlussfinanzierungsgesetz	4 450	-	_	2 3 1 6	-2 133
Machiagen gentab soniassinianziei angsgesetz	7 730			2310	درا ع

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 31. März 2016	Belegung am 31. März 2015
		in Mrd. €	
Ausfuhren	160,0	132,4	133,5
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite	65,0	43,8	44,7
FZ-Vorhaben	25,7	13,3	10,3
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	158,0	103,2	103,7
Internationale Finanzierungsinstitutionen	66,0	56,8	56,8
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,0	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	10,0	8,0	8,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4

 $\label{thm:continuous} \begin{tabular}{ll} \$

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Operations – Haushalt Bund

				Central Governr	nent Operations		
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
				in Mio	. €/€ m		
2016	Dezember	-	-	-	-	-	-
	November	-	-	-	-	-	-
	Oktober	-	-	-	-	-	-
	September	-	-	-	-	-	-
	August	-	-	-	-	-	-
	Juli	-	-	-	-	-	-
	Juni	-	-	-	-	-	-
	Mai	128 374	123 617	-4756	-19718	31	20 405
	April	106 757	100 080	-6 676	-35 876	- 70	34 541
	März	83 507	74 622	-8 883	-25 195	- 115	21 607
	Februar	61 282	42 815	-18 465	-37 291	- 141	24785
	Januar	38 739	22 149	-16 589	-41 607	- 130	24889
	Dezember	299 285	311 055	11 792	0	353	0
	November	275 901	267 237	-8 617	-19916	200	11 500
	Oktober	252 058	247 873	-4 144	-23 768	198	19 822
	September	228 888	226 166	-2 686	-14 053	188	11 555
	August	202 583	196 915	-5 636	-12 976	191	7 531
	Juli	180 764	174 943	-5 794	-21 268	179	15 653
	Juni	147 444	147 872	450	-4819	129	5 3 9 8
	Mai	124 549	113 481	-11 046	-17612	72	6 638
	April	104 640	90 101	-14518	-34653	-28	20 106
	März	81 483	68 011	-13 454	-28 180	- 105	14620
	Februar	59 888	37 371	-22 506	-39 780	- 129	17 144
	Januar	38 092	19 565	-18 528	-28 905	- 126	10 252
	Dezember	295 486	295 147	- 297	0	297	0
	November	273 755	252 401	-21 297	-18 391	118	-2 788
	Oktober	251 113	229 707	-21 363	-28 982	137	7 756
	September	227 810	208 955	-18 809	-21 206	110	2 507
	August	205 597	180 504	-25 052	-29 508	124	4579
	Juli	184378	159 069	-25 268	-35 248	121	10 100
		150 047	134 048	-15 973	-16 582	94	704
	Juni Mai	127 591	103 500	-24 066	-25 388	0	1322
		103 067	84896	-18 139	-28 185	-18	10 028
	April	80 119	63 166	-16 936	-24 101	-126	7 040
	März	59 707	35 554	-24 137	-29 495	-178	5 179
	Februar Januar	38 484	18 235	-20 235	-38 930	-161	18 534

 $\label{thm:continuous} \begin{tabular}{ll} \$

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations – Haushalt Bund

				Central Governr	nent Operations		
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
				in Mio	. €/€ m		
2013	Dezember	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072
	November	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144
	Oktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075
	September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4245
	August	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050
	Juli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954
	Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 367
	Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176
	April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	- 58	13 213
·	März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	- 107	4780
	Februar	59 487	35 678	-23 786	-24082	- 128	168
	Januar	37 510	17 690	-19 803	-23 157	- 132	3 222
2012		306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
2012	Dezember	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
	November	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
	Oktober	225 415	199 188	-26 173	-10344	132	-15 697
	September						
	August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379
	Juli	184344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408
	Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16515
	Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
	April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	- 1	1 298
	März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	- 77	-2 406
	Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	- 98	-10 254
	Januar	42 651	18 162	-24 484	-24357	- 123	- 250
2011	Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
	November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
	Oktober	250 645	214035	-36 555	-13 661	181	-22 712
	September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
	August	206 420	169910	-36 459	536	144	-36 851
	Juli	185 285	150 535	-34 709	-4344	162	-30 202
	Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
	Mai	129 439	102 355	-27 051	9 300	94	-36 257
	April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
	März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	- 41	-16 554
	Februar	63 623	34012	-29 593	-17 844	- 93	-11 841
	Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	- 90	-3 861

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt – Schulden des Bundes und seiner Sondervemögen

		Central Government Debt						
		Schulden, Gliederung nach Restlaufzeiten						
		Tot	al debt		Gewährleistunger			
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Schulden insgesamt	Debt guaranteed			
	Short term	Medium term	Long term	Total debt				
		in Mi	o. €/€ m		in Mrd. €/€ bn			
2016 Dezember	-	-	-	-	-			
November	-	-	-	-	-			
Oktober	-	-	-	-	-			
September	-	-	-	-	-			
August	-	-	-	-	-			
Juli	-	-	-	-	-			
Juni	-	-	-	-	-			
Mai	163 453	344 611	592 567	1 100 631	-			
April	160 133	340 391	582 702	1 083 226	-			
März	170 913	319 285	608 440	1 098 638	460			
Februar	169774	329 687	598 791	1 098 251	-			
Januar	168 222	341 169	588 023	1 097 414	-			
2015 Dezember	166 685	327 184	603 306	1 097 175	470			
November	168 065	336 257	602 786	1 107 108	-			
Oktober	170 274	332 251	596 101	1 098 627	-			
September	174816	330 669	599 875	1 105 360	461			
August	181 894	340 017	589 117	1 111 028	-			
Juli	185 717	336 172	580 608	1 102 497	-			
Juni	186398	332 244	594 255	1 112 897	469			
Mai	184474	344 280	585 291	1 114 045	-			
April	183 316	340 068	575 739	1 099 123	-			
März	170 054	353 776	582 063	1 105 892	464			
Februar	173 942	362 357	574 994	1 111 293	-			
Januar	175 646	358 395	582 244	1 116 284	-			
2014 Dezember	174 418	344 350	596 205	1 114 973	464			
November	174 865	355 735	593 212	1 123 811	-			
Oktober	179 904	352 355	584 644	1 116 904	-			
September	179 650	348 783	587 261	1 115 694	459			
August	182 193	360 447	576 780	1 119 419	-			
Juli	184 184	356 339	569 683	1 110 206	-			
Juni	188 514	350 756	582 619	1 121 888	452			
Mai	187 882	363 376	572 633	1 123 891	-			
April	189 874	358 460	561 374	1 109 708	-			
März	192 454	344 362	581 505	1 118 321	449			
Februar	195 998	355 633	571 956	1 123 587	-			
Januar	182 989	351 395	577 490	1 111 874	-			

 $\label{thm:continuous} \begin{tabular}{ll} \$

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt – Schulden Bund

		(Central Government I	Debt	
		Schulden, Gliederu	ng nach Restlaufzeite	en	0 "1.1.1.1
		Tot	al debt		Gewährleistunger
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Schulden insgesamt	Debt guaranteed
	Short term	Medium term	Long term	Total debt	
		in Mi	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2013 Dezember	185 271	341 269	587 045	1 113 586	443
November	188 754	351 185	582 457	1 122 396	-
Oktober	189 757	347 773	569 078	1 106 607	-
September	189 278	345 590	573 190	1 108 058	470
August	193 020	356 381	562 007	1 111 409	-
Juli	194720	352 590	552 163	1 099 473	-
Juni	190 827	354337	561 762	1 106 926	474
Mai	190 923	365 209	551 931	1 108 063	-
April	185 788	361 159	541 621	1 088 568	-
März	196 977	358 249	548 694	1 103 920	472
Februar	200 351	369 334	539 369	1 109 054	-
Januar	201 089	349 799	543 590	1 094 479	-
2012 Dezember	198 359	344 094	553 079	1 095 533	470
November	202 601	355 077	551 259	1 108 937	-
Oktober	201 414	349 798	537 404	1 088 616	-
September	201 576	345 126	542 966	1 089 668	508
August	208 360	355 924	529 662	1 093 945	-
Juli	208 104	352 283	520 825	1 081 212	-
Juni	212 946	347 436	530 779	1 091 161	459
Mai	214688	357 227	523 689	1 095 604	-
April	213 986	352 526	512 860	1 079 372	-
März	202 748	342 881	534 056	1 079 685	454
Februar	206 070	356 415	523 881	1 086 365	-
Januar	207 850	336 560	530 200	1 074 610	-

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt – Schulden Bund

	Central Government Debt							
		Schulden, Gliederung nach Restlaufzeiten						
		Tot	al debt		Gewährleistungen ¹			
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Schulden insgesamt	Debt guaranteed			
	Short term	Medium term	Long term	Total debt				
		in Mrd. €/€ bn						
2011 Dezember	208 659	325 547	541 458	1 075 664	378			
November	215 408	337 011	536 176	1 088 595	-			
Oktober	219 396	331 770	525 205	1 076 371	-			
September	225 341	328 198	533 879	1 087 418	376			
August	223 570	344 093	524129	1 091 792	-			
Juli	224983	338 696	517939	1 081 618	-			
Juni	222 841	340 497	528 153	1 091 490	361			
Mai	218 689	353 569	523 092	1 095 350	-			
April	220 829	347 235	512 372	1 080 436	-			
März	225 835	339 414	515 722	1 080 971	348			
Februar	221 904	353 140	504 297	1 079 342	-			
Januar	226 030	330 826	512 329	1 069 186	-			

¹ Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2011 bis 2016 Gesamtübersicht

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll
			Mr	d. €		
1. Ausgaben	296,2	306,8	307,8	295,5	299,3	316,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 2,4	+3,6	+0,3	- 4,0	+1,3	+ 5,9
2. Einnahmen ¹	278,5	284,0	285,5	295,1	311,1	310,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+7,4	+2,0	+0,5	+3,4	+5,4	- 0,2
darunter:						
Steuereinnahmen	248,1	256,1	259,8	270,8	281,7	288,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+9,7	+3,2	+ 1,5	+4,2	+4,0	+2,3
3. Finanzierungssaldo	-17,7	-22,8	-22,4	-0,3	11,9	-6,4
in % der Ausgaben	6,0	7,4	7,3	0,1	4,0	2,0
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme ² (-)	274,2	245,2	238,6	201,8	170,2	210,1
5. Sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	3,1	9,9	7,9	-1,5	-18,5	13,9
6. Tilgungen (+)	260,0	232,6	224,4	200,3	188,7	196,2
7. Entnahme aus Rücklagen	-	-	-	-	-	-6,
8. Zuführung aus Rücklagen	-	-	-	-	12,1	
7. Nettokreditaufnahme	17,3	22,5	22,1	0,0	0,0	0,0
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
nachrichtlich:						
investive Ausgaben	25,4	36,3	33,5	29,3	29,6	31,
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 2,7	+43,0	-7,8	-12,6	+0,9	+6,
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	2,2	0,6	0,7	2,5	2,5	2,!

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Stand: Januar 2016.

¹ Gemäß BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

 $^{^2\,} Nach\, Abzug\, der\, Finanzierung\, der\, Eigenbestandsveränderung.$

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2011 bis 2016

Ausgabeart	2011	2012	2013	2014	2015	2016		
			Ist			Soll		
	in Mio. €							
Ausgaben der laufenden Rechnung								
Personalausgaben	27 856	28 046	28 575	29 209	29 907	30 989		
Aktivitätsbezüge	20 702	20 619	20 938	21 280	21 695	22 562		
ziviler Bereich	9 2 7 4	9 2 8 9	9 599	9 997	10395	11 594		
militärischer Bereich	11 428	11331	11 339	11 283	11 300	10 968		
Versorgung	7 154	7 427	7 637	7 928	8 212	8 427		
ziviler Bereich	2 472	2 538	2 619	2 699	2 765	2 831		
militärischer Bereich	4682	4889	5 0 1 8	5 2 2 9	5 447	5 596		
Laufender Sachaufwand	21 946	23 703	23 152	23 174	24 305	26 202		
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 545	1 384	1 453	1 352	1 462	1 493		
militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 137	10 287	8 550	8 814	9 055	10 186		
sonstiger laufender Sachaufwand	10 264	12 033	13 148	13 008	13 788	14523		
Zinsausgaben	32 800	30 487	31 302	25 916	21 066	23 772		
an andere Bereiche	32 800	30 487	31 302	25 916	21 066	23 772		
sonstige	32 800	30 487	31 302	25 916	21 066	23 772		
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42		
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	32 759	30 446	31 261	25 874	21 024	23 730		
an Ausland	- 0	-	-	0	0	C		
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 554	187 734	190 781	187 308	193 751	204 322		
an Verwaltungen	15 930	17 090	27 273	21 108	24064	24 285		
Länder	10 642	11 529	13 435	14 133	16 154	17 137		
Gemeinden	12	8	8	5	19	6		
Sondervermögen	5 276	5 552	13 829	6 9 6 9	7 890	7 143		
Zweckverbände	1	1	0	0	0	C		
an andere Bereiche	171 624	170 644	163 508	166 200	169 687	180 036		
Unternehmen	23 882	24 225	25 024	25 517	25 616	28 296		
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	26 718	26307	27 055	28 029	28 903	29 609		
an Sozialversicherung	115 398	113 424	103 693	104719	107 334	111 824		
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 665	1 668	1 656	1 889	1 936	2 575		
an Ausland	3 958	5 0 1 7	6 0 7 5	6 043	5 894	7 730		
an Sonstige	2	2	5	5	4	2		
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	270 156	269 971	273 811	265 607	269 028	285 285		

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2011 bis 2016

Ausgabeart	2011	2012	2013	2014	2015	2016			
	Ist								
	in Mio. €								
Ausgaben der Kapitalrechnung									
Sachinvestitionen	7 175	7 760	7 895	7 865	7 684	9 264			
Baumaßnahmen	5814	6 1 4 7	6 2 6 4	6 4 1 9	6 141	7 137			
Erwerb von beweglichen Sachen	869	983	1 020	983	1186	1 491			
Grunderwerb	492	629	611	463	357	636			
Vermögensübertragungen	15 284	16 005	15 327	16 575	21 219	20 639			
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14589	15 524	14772	15 971	20 516	19 919			
an Verwaltungen	5 243	5 789	4924	4854	8 779	6 1 2 8			
Länder	5 178	5 152	4873	4786	5 213	5 790			
Gemeinden und Gemeindeverbände	65	56	52	68	66	107			
Sondervermögen	-	581	-	0	3 500	231			
an andere Bereiche	9 3 4 6	9 735	9 8 4 8	11 118	11 737	13 792			
sonstige - Inland	6 0 6 0	6234	6 3 9 3	5886	6 625	8 1 1 4			
Ausland	3 287	3 501	3 455	5 232	5 112	5 678			
sonstige Vermögensübertragungen	695	480	555	604	703	719			
an andere Bereiche	695	480	555	604	703	719			
Unternehmen - Inland	260	4	7	5	0	30			
sonstige - Inland	123	129	141	135	131	132			
Ausland	311	348	406	464	572	557			
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 613	13 040	10 810	5 439	1 353	2 301			
Darlehensgewährung	2 825	2 736	2 032	1 024	983	1 848			
an Verwaltungen	1	1	0	0	0	1			
Länder	1	1	0	0	0	1			
an andere Bereiche	2 825	2 735	2 032	1 023	983	1 847			
sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 115	1 070	597	793	708	1 597			
Ausland	1710	1 666	1 435	230	274	250			
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	788	10304	8 778	4416	370	453			
Inland	0	0	91	72	370	113			
Ausland	788	10304	8 687	4343	0	340			
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 072	36 804	34 032	29 879	30 257	32 203			
darunter: Investive Ausgaben	25 378	36 324	33 477	29 275	29 553	31 484			
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	0	- 588			
Ausgaben zusammen	296 228	306 775	307 843	295 486	299 285	316 900			

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2016

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			i	n Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	71 572	64 884	27 369	20 458	0	17 057
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	15 172	14682	4 157	1 938	0	8 588
02	auswärtige Angelegenheiten	12 348	7 126	573	267	0	6 285
03	Verteidigung	33 966	33 740	16 564	15 878	0	1 298
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	5 126	4586	2 764	1 480	0	342
05	Rechtsschutz	515	498	308	122	0	67
06	Finanzverwaltung	4 445	4 253	3 003	773	0	476
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	21 961	18 265	549	1 221	0	16 494
13	Hochschulen	5 401	4384	12	10	0	4362
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	3 648	3 634	0	182	0	3 452
15	sonstiges Bildungswesen	365	271	12	75	0	184
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	11 689	9 352	524	941	0	7 887
19	übrige Bereiche aus 1	858	623	1	13	0	609
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	161 485	160 492	395	488	0	159 609
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	106 888	106 888	39	0	0	106 849
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	8 374	8 374	0	0	0	8 3 7 4
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 139	1 577	0	4	0	1 572
25	Arbeitsmarktpolitik	34 676	34 563	1	82	0	34 479
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	424	421	0	28	0	393
29	übrige Bereiche aus 2	8 985	8 671	355	374	0	7 942
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2 312	1 413	389	651	0	374
31	Gesundheitswesen	620	581	222	254	0	105
32	Sport und Erholung	210	154	0	22	0	132
33	Umwelt- und Naturschutz	877	488	100	313	0	76
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	604	190	67	62	0	62
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 502	546	0	20	0	527
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 809	535	0	9	0	527
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	690	11	0	11	0	0
43	kommunale Gemeinschaftsdienste	3	0	0	0	0	0
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 066	573	15	242	0	317
52	Landwirtschaft und Ernährung	1 041	549	0	234	0	314
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	129	129	0	103	0	26
529	übrige Bereiche aus 52	912	420	0	131	0	289
599	übrige Bereiche aus 5	26	24	15	8	0	2

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2016

Franklin o	A	Sach- investitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe	1.004	4.702	in Mio. €	2.500	
0	Allgemeine Dienste	1 394	4 703	590	6 688	6 669
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	396	95	0	490	490
02	auswärtige Angelegenheiten	151	4 481	590	5 222	5 221
03	Verteidigung	181	44	0	226	208
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	458	83	0	541	541
05	Rechtsschutz	17	0	0	17	17
06	Finanzverwaltung	192	0	0	192	192
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	117	3 580	0	3 696	3 696
13	Hochschulen	1	1 015	0	1016	1 016
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	0	14	0	14	14
15	sonstiges Bildungswesen	0	94	0	94	94
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	114	2 2 2 2 3	0	2 3 3 7	2 3 3 7
19	übrige Bereiche aus 1	1	235	0	235	235
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	75	910	7	992	322
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	0	0	0	0	0
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	0	0	0	0	0
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	560	1	562	5
25	Arbeitsmarktpolitik	0	113	0	113	0
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0	3	0	3	3
29	übrige Bereiche aus 2	74	234	7	314	314
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	442	456	0	898	898
31	Gesundheitswesen	32	7	0	39	39
32	Sport und Erholung	0	56	0	56	56
33	Umwelt- und Naturschutz	6	383	0	389	389
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	403	10	0	414	414
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	0	1 951	4	1 955	1 955
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	0	1 269	4	1 273	1 273
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	0	679	0	679	679
43	kommunale Gemeinschaftsdienste	0	3	0	3	3
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1	492	1	493	493
52	Landwirtschaft und Ernährung	0	491	1	492	492
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	0	0	0	0
529	übrige Bereiche aus 52	0	491	1	492	492
599	übrige Bereiche aus 5	1	1	0	1	1

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2016

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe		Ü	ir	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 870	2 779	101	457	0	2 222
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	125	0	0	0	0	0
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 707	1 666	0	0	0	1 666
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	603	493	0	56	0	437
65	Handel und Tourismus	369	369	0	304	0	66
66	Geld- und Versicherungswesen	40	10	0	10	0	0
68	sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 513	93	0	40	0	52
69	regionale Fördermaßnahmen	1 389	28	0	27	0	1
699	übrige Bereiche aus 6	124	121	101	20	0	0
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	18 881	4 530	1 106	2 267	0	1 156
72	Straßen	8 786	1 181	0	1 008	0	173
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 587	560	102	386	0	72
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	5 3 4 9	82	0	4	0	78
75	Luftfahrt	517	231	69	23	0	140
799	übrige Bereiche aus 7	2 642	2 476	936	846	0	694
8	Finanzwirtschaft	31 252	31 802	1 065	398	23 772	6 566
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 853	5 853	0	0	0	5 853
82	Steuern und Finanzzuweisungen	751	713	0	0	0	713
83	Schulden	23 780	23 780	0	8	23 772	0
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	565	565	565	0	0	0
88	Globalposten	-88	500	500	0	0	0
899	übrige Bereiche aus 8	391	391	0	390	0	0
Summe al	ller Hauptfunktionen	316 900	285 285	30 989	26 202	23 772	204 322

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2016

		Sach- investitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	3	1 673	1 415	3 091	3 061
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	0	125	0	125	125
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	0	41	0	41	41
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung		111	0	111	111
65	Handel und Tourismus		0	0	0	0
66	Geld- und Versicherungswesen	0	30	0	30	0
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	0	5	1 415	1 420	1 420
69	regionale Fördermaßnahmen	0	1 361	0	1 3 6 1	1361
699	übrige Bereiche aus 6	3	0	0	3	3
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	7 232	6 835	284	14 351	14 351
72	Straßen	6165	1 441	0	7 606	7 606
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 026	1	0	1 027	1 027
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	0	5 2 6 7	0	5 2 6 7	5 2 6 7
75	Luftfahrt	1	0	284	285	285
799	übrige Bereiche aus 7	41	125	0	166	166
8	Finanzwirtschaft	0	38	0	38	38
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	0	0	0	0	0
82	Steuern und Finanzzuweisungen	0	38	0	38	38
83	Schulden	0	0	0	0	0
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	0	0	0	0	0
88	Globalposten	0	0	0	0	0
899	übrige Bereiche aus 8	0	0	0	0	0
Summe a	Iller Hauptfunktionen	9 264	20 639	2 301	32 203	31 484

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2016 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980 Ist-Erge	1985	1990	1995	2000	2005
I. Gesamtübersicht				ist-Eige	שנוווואל				
	Mad C	42.1	00.2	110.2	121 5	1044	227.6	244.4	250
Ausgaben	Mrd. €	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+12,7	+37,5	+2,1	+0,0	- 1,4	- 1,0	+3
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+ 5,0	+0,0	- 1,5	- 0,1	+7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	-31
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	-0,4	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	-31
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	- 27,1	-0,2	- 0,7	- 0,2	-0,1	- C
Rücklagenbewegung	Mrd. €	0,0	-1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	0,7	0,0	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	- 1
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	- 6,2	- 4,7	+3
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58
Investive Ausgaben	Mrd. €	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+10,2	+11,0	- 4,4	- 0,5	+8,4	+8,8	- 1,7	+6
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	
Anteil an den investiven Ausgaben des		17,0	10,5	14,0	13,0	10,5	14,5	11,5	
öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34
Steuereinnahmen ²	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	- 3,4	+3,3	+ 1
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83
Anteil am gesamten	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42
Steueraufkommen ¹	/0	34,0	43,2	70,5	41,2		44,5		
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	-31
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	12
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	131
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59
nachrichtlich: Schuldenstand ⁴									
öffentliche Haushalte ³	Mrd. €	61,9	129,2	236,6	386,8	536,2	1 009,3	1 198,1	1 447
darunter: Bund	Mrd.€	30,1	58,1	119,2	203,8	306,2	657,1	773,9	888

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2016 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Gegenstand der Nachweisung				lst-Erge	bnisse				Soll
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd. €	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	299,3	316,9
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+3,5	+3,9	-2,4	+3,6	+0,3	- 4,0	+1,3	+ 5,9
Einnahmen	Mrd.€	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	311,1	310,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 4,7	+0,6	+7,4	+2,0	+0,5	+3,4	+5,4	- 0,2
Finanzierungssaldo	Mrd. €	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 22,8	- 22,3	- 0,3	-0,4	- 6,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	-34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 22,1	0,0	0,0	0,0
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,3
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	_	-	-	_	12,1	-6,
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd. €	27,9	28,2	27,9	28,0	28,6	29,2	29,9	31,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+3,4	+0,9	- 1,2	+0,7	+1,9	+2,2	+2,4	+3,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,6	9,3	9,4	9,1	9,3	9,9	10,0	9,8
Anteil an den Personalausgaben des	%	14,9	14,8	13,1	12,9	12,7	12,4	12.3	12,7
öffentlichen Gesamthaushalts ¹	76	14,9	14,0	13,1	12,9	12,7	12,4	12,3	12,7
Zinsausgaben	Mrd. €	38,1	33,1	32,8	30,5	31,3	25,9	21,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 5,2	- 13,1	-0,9	- 7,1	+2,7	- 17,2	- 18,7	+12,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	13,0	10,9	11,1	9,9	10,2	8,8	7,0	7,5
Anteil an den Zinsausgaben des	%	61,2	57,4	42,4	44,8	47,6	46,5	42,5	48,0
öffentlichen Gesamthaushalts	Mad C	27.1	26.1	25.4	26.2	22.5	20.2	20.6	21.5
Investive Ausgaben	Mrd. €	27,1	26,1	25,4	36,3	33,5	29,3	29,6	31,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+11,5	- 3,8	- 2,7	+43,1	-7,8	- 12,6	+0,9	+6,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,3	8,6	8,6	11,8	10,9	9,9	9,9	9,9
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	27,8	34,2	27,8	40,7	38,3	33,6	35,1	37,4
Steuereinnahmen ²	Mrd. €	227,8	226,2	248,1	256,1	259.8	270,8	281,7	288,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 4,8	- 0,7	+9,7	+3,2	+1,5	+4,2	+4,0	+2,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,0	74,5	83,7	83,5	84,4	91,6	94,1	90,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,4	87,2	89,1	90,2	91,0	91,7	90,6	92,8
Anteil am gesamten									
Steueraufkommen ³	%	43,5	42,6	43,3	42,7	41,9	42,1	41,8	42,8
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 22,1	0,0	0,0	0,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,7	14,5	5,9	7,3	7,2	0,0	0,0	0,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	126,0	168,8	68,3	61,9	65,9	0,0	0,0	0,0
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	- 38,0	- 55,9	- 67,0	-83,4	- 169,9	0,0	0,0	0,0
nachrichtlich: Schuldenstand ⁴									
öffentliche Haushalte ³	Mrd. €	1 642,3	2 011,7	2 025,4	2 068,3	2 043,3	2 049,2	-	
darunter: Bund	Mrd. €	1 032,6	1 287,5	1 279,6	1 287,5	1 282,7	1 289,7	-	

 $^{^1}S tand: November 2015;\ 2015/2016 = Sch\"{a}tzung.\ \"{o}ffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite.$

 $^{^2} Nach \, Abzug \, der \, Ergänzungszuweisungen \, an \, L\"{a}nder.$

³Ab 1991 Gesamtdeutschland.

⁴Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite; Quelle: Statistisches Bundesamt; Stand: September 2015.

Tabono 71 Entity lottiania aos on on thomonom oosanni maasharts	Tabelle 9:	Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts
---	------------	--

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	716,5	717,4	772,3	774,7	780,4	792,5	805,1
Einnahmen	626,5	638,8	746,4	747,7	767,3	795,6	833,4
Finanzierungssaldo	-90,0	-78,7	-25,9	-27,0	-13,0	1,8	28,4
davon:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	299,3
Einnahmen	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	311,1
Finanzierungssaldo	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3	-0,3	11,8
Extrahaushalte							
Ausgaben	62,4	49,8	75,4	64,5	69,3	69,9	70,5
Einnahmen	41,7	43,0	80,6	65,1	77,8	72,5	79,8
Finanzierungssaldo	-20,7	-6,8	5,3	0,5	8,5	2,7	9,2
Bund insgesamt ¹							
Ausgaben	338,5	340,9	357,0	354,0	351,3	346,5	344,2
Einnahmen	283,3	289,7	344,5	331,7	337,4	348,8	365,2
Finanzierungssaldo	-55,2	-51,1	-12,4	-22,2	-13,9	2,4	21,0
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	287,1	287,3	295,9	299,3	308,7	319,4	333,2
Einnahmen	260,1	266,8	286,5	293,5	306,8	318,9	333,9
Finanzierungssaldo	-27,0	-20,6	-9,6	-5,7	-1,9	-0,4	0,7
Extrahaushalte							
Ausgaben	0,0	0,0	48,4	44,2	46,3	48,1	50,8
Einnahmen	0,0	0,0	48,0	44,8	48,0	50,0	54,4
Finanzierungssaldo	0,0	0,0	-0,4	0,6	1,7	0,4	3,6
Länder insgesamt ¹							
Ausgaben	287,1	287,3	319,6	321,4	329,5	341,3	355,2
Einnahmen	260,1	266,8	308,9	315,7	329,2	342,8	359,4
Finanzierungssaldo	-27,0	-20,6	-10,6	-5,6	-0,2	0,1	4,2
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	178,3	182,3	184,9	187,5	195,6	205,1	215,2
Einnahmen	170,8	175,4	183,9	190,0	197,3	205,3	218,2
Finanzierungssaldo	-7,5	-6,9	-1,0	2,6	1,7	0,2	3,1
Extrahaushalte							
Ausgaben	4,9	5,1	16,4	17,1	11,4	17,6	20,7
Einnahmen	4,7	4,9	15,3	16,2	10,7	16,7	21,0
Finanzierungssaldo	-0,3	-0,2	-1,1	-1,8	-0,6	-0,9	0,3
Gemeinden insgesamt ¹							
Ausgaben	180,9	185,0	196,9	200,5	204,7	217,6	227,7
Einnahmen	173,1	177,9	194,8	202,3	205,8	217,0	230,8
Finanzierungssaldo	-7,7	-7,0	-2,1	0,8	1,1	-0,7	3,1

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
			Veränderun	gen gegenübe	Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	5,5	0,1	7,7	0,3	0,7	1,6	1,6
Einnahmen	-6,3	2,0	16,8	0,2	2,6	3,7	4,8
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3	-4,0	1,3
Einnahmen	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	3,4	5,4
Extrahaushalte							
Ausgaben	34,9	-20,2	51,4	-14,4	7,5	0,8	0,9
Einnahmen	3,0	3,2	87,5	-19,3	19,5	-6,8	10,0
Bund insgesamt							
Ausgaben	6,7	0,7	4,7	-0,8	-0,8	-1,4	-0,7
Einnahmen	-5,5	2,3	18,9	-3,7	1,7	3,4	4,7
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	3,6	0,1	3,0	1,1	3,2	3,5	4,3
Einnahmen	-5,8	2,6	7,4	2,5	4,5	4,0	4,7
Extrahaushalte							
Ausgaben	0,0	0,0	0,0	-8,7	4,7	3,9	5,6
Einnahmen	0,0	0,0	0,0	-6,7	7,0	4,2	8,8
Länder insgesamt							
Ausgaben	3,6	0,1	11,2	0,6	2,5	3,6	4,1
Einnahmen	-5,8	2,6	15,8	2,2	4,3	4,1	4,8
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	6,1	2,2	1,4	1,4	4,4	4,8	4,9
Einnahmen	-3,2	2,7	4,9	3,3	3,8	4,1	6,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	5,1	2,8	224,7	3,9	-33,4	55,0	17,5
Einnahmen	-1,1	4,8	213,1	6,1	-33,9	55,6	25,6
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	6,1	2,3	6,4	1,8	2,1	6,3	4,6
Einnahmen	-3,2	2,8	9,5	3,8	1,7	5,4	6,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 $Bis\,2010\,sind\,als\,Extra haushalte\,ausge w\"{a}hlte\,Sonderverm\"{o}gen\,der\,jeweiligen\,Ebene\,ausge wiesen.$

Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept (Abgrenzung des Staatssektors nach dem "Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung") finanzstatistisch dargestellt.

¹Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: April 2016.

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steueraufkommen							
	incoccemt		dav	on					
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern				
Jahr		in Mrd. €		in	%				
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland	nach dem Stand bis zum	3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4				
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7				
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2				
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7				
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4				
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2				
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5				
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7				
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2				
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3				
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1				
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0				
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7				
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9				
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6				
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5				
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3				
		Bundesrepubli	ik Deutschland						
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1				
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0				
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8				
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7				
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2				
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8				
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6				
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0				
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1				

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steueraut	fkommen		
	insgesamt		dav	/on	
	insgesami	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
		Bundesrepubli	k Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013	619,7	320,3	299,4	51,7	48,3
2014	643,6	335,8	307,8	52,2	47,8
2015	673,3	354,4	318,8	52,6	47,4
2016 ²	691,2	361,5	329,7	52,3	47,7
2017 ²	723,9	385,3	338,5	53,2	46,8
2018 ²	753,0	405,3	347,7	53,8	46,2
2019 ²	779,7	423,0	356,7	54,3	45,7
2020 ²	808,1	442,0	366,1	54,7	45,3

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30. September 1956) und für Körperschaften (31. Dezember 1957); Baulandsteuer (31. Dezember 1962); Wertpapiersteuer (31. Dezember 1964); Süßstoffsteuer (31. Dezember 1965); Beförderungsteuer (31. Dezember 1967); Speiseeissteuer (31. Dezember 1971); Kreditgewinnabgabe (31. Dezember 1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31. Dezember 1974) und zur Körperschaftsteuer (31. Dezember 1976); Vermögensabgabe (31. März 1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31. Dezember 1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31. Dezember 1980); Zündwarenmonopol (15. Januar 1983); Kuponsteuer (31. Juli 1984); Börsenumsatzsteuer (31. Dezember 1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31. Dezember 1991); Solidaritätszuschlag (30. Juni 1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31. Dezember 1992); Vermögensteuer (31. Dezember 1997).

Stand: Mai 2016.

² Steuerschätzung vom 2. bis 4. Mai 2016.

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vo	lkswirtschaftlichen (Gesamtrechnungen ²	Abgre	enzung der Finanzsta	atistik ³
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote
Jahr			in Relation z	rum BIP in %		
1960	33,4	23,0	10,3			
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,3	22,0	16,3	36,9	21,4	15,5
1992	39,1	22,4	16,7	38,1	22,1	16,0
1993	39,5	22,3	17,2	38,4	21,9	16,4
1994	40,1	22,4	17,7	38,7	21,9	16,8
1995	40,1	22,0	18,1	39,1	21,9	17,2
1996	40,5	21,8	18,7	38,9	21,2	17,6
1997	40,4	21,5	19,0	38,4	20,7	17,7
1998	40,6	21,9	18,7	38,5	21,1	17,4
1999	41,4	22,9	18,5	39,1	21,9	17,2
2000	41,2	23,2	18,1	39,0	22,1	16,9
2001	39,3	21,4	17,8	37,1	20,5	16,6
2002	38,8	21,0	17,8	36,7	20,0	16,7
2003	39,1	21,1	18,0	36,7	19,9	16,8
2004	38,2	20,6	17,6	36,0	19,5	16,5
2005	38,2	20,8	17,4	35,9	19,6	16,2
2006	38,5	21,6	16,9	36,8	20,4	16,4
2007	38,5	22,4	16,1	36,3	21,4	14,9
2008	38,8	22,7	16,1	36,8	21,9	14,9
2009	39,3	22,4	16,9	37,0	21,3	15,7
2010	37,9	21,4	16,5	35,8	20,6	15,3
2011	38,4	22,0	16,4	36,4	21,2	15,1
2012	39,0	22,5	16,5	37,1	21,8	15,3
2013	39,1	22,6	16,5	37,3	22,0	15,3
2014	39,2	22,6	16,5	37,4	22,1	15,4
2015	39,4	22,8	16,6	37,7	22,3	15,4

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). 2012 bis 2015: vorläufiges Ergebnis; Stand: April 2016.

³ Bis 2011: Rechnungsergebnisse. 2012 bis 2015: teilweise Kassenergebnisse.

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1, 2}

	Ausgaben des Staates								
		darunte	er						
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³						
		in Relation zum BIP in %							
1960	32,9	21,7	11,2						
1965	37,1	25,4	11,6						
1970	38,5	26,1	12,4						
1975	48,8	31,2	17,7						
1980	46,9	29,6	17,3						
1985	45,2	27,8	17,4						
1990	43,6	27,3	16,4						
1991	46,4	28,8	17,5						
1992	47,2	28,5	18,7						
1993	48,0	28,6	19,4						
1994	47,9	28,4	19,5						
1995 ⁴	48,2	28,2	20,0						
1995	54,7	34,6	20,0						
1996	48,9	28,1	20,9						
1997	48,1	27,4	20,7						
1998	47,7	27,2	20,5						
1999	47,7	27,1	20,6						
2000 ⁵	44,7	24,2	20,5						
2000	45,1	23,9	21,2						
2001	46,9	26,3	20,6						
2002	47,3	26,3	21,0						
2003	47,8	26,5	21,3						
2004	46,3	25,8	20,6						
2005	46,2	26,0	20,2						
2006	44,7	25,4	19,3						
2007	42,8	24,4	18,4						
2008	43,6	25,2	18,4						
2009	47,6	27,2	20,3						
2010	47,3	27,6	19,6						
2011	44,7	25,9	18,8						
2012	44,4	25,7	18,7						
2013	44,5	25,6	18,9						
2014	44,3	25,3	19,0						
2015	43,9	25,0	18,9						

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).
2012 bis 2015: vorläufiges Ergebnis; Stand: April 2016.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der VGR wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel i.w.S.	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 533
Kreditmarktmittel i.w.S.	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 535
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346
Kreditmarktmittel i.w.S.	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 3 3 7
Extrahaushalte		-	-	996	1 124	1 350	21 399
Kreditmarktmittel i.w.S.		-	-	986	1 124	1 325	20 827
Kassenkredite		-	-	10		25	571
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 863	113 810
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 039
Kreditmarktmittel i.w.S.	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 386
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 771
Kreditmarktmittel i.w.S.	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	2724
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 555
Maastricht-Schuldenstand	1 405 772	1 475 533	1 546 432	1594317	1 604 096	1 671 058	1 788 778
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Postbeamtenversorgungskasse	-	-		16 478	16 983	17 631	18 498
SoFFin	-	_		_		8 200	36 540
Investitions- und Tilgungsfonds	_	_	_	_			7 493

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			S	chulden (Mio. €)			
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	531
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	-	-	-	531
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	36
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	-	-	-	36
Kassenkredite	-	-	-	-		-	
			Anteil	an den Schulden	(in %)		
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,5
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							0,0
Länder und Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
			Anteil de	er Schulden am B	IP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	61,2	63,0	64,8	64,6	61,8	61,6	68,9
Bund	37,2	38,3	39,3	39,7	38,1	38,5	42,8
Kernhaushalte	34,6	35,8	38,6	38,4	37,4	37,5	40,3
Extrahaushalte	2,6	2,5	0,7	1,3	0,6	1,0	2,4
Länder	19,1	19,8	20,5	20,2	19,3	18,9	21,4
Gemeinden	4,8	4,9	5,0	4,7	4,4	4,2	4,6
gesetziche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	23,9	24,7	25,5	24,9	23,7	23,1	26,0
Maastricht-Schuldenstand	62,9	64,7	66,9	66,3	63,5	64,9	72,4
			Schu	ulden insgesamt	(€)		
je Einwohner	16 454	17331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2220,1	2270,6	2300,9	2393,3	2513,2	2561,7	2460,3
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

¹Kreditmarktschulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.

 ${\it Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.}$

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte Neue Systematik ¹

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
		in Mio. €				
Öffentlicher Gesamthaushalt ²	2 011 677	2 025 438	2 068 289	2 043 344	2 049 171	
in Relation zum BIP in %	78,0	74,9	75,1	72,4	70,3	
Bund (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517	1 282 683	1 289 697	
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179	1 262 675	1 269 604	
Kassenkredite	16256	7313	14338	20 008	20 093	
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882	1 091 201	1 092 590	
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214635	191 482	197 108	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395	12 224	12 576	
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450	24 328	25 524	
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265	21 194	19870	
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520	133 732	136 125	
sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5	3	2 856	
Länder (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929	624 915	619 477	
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626	620 948	611 894	
Kassenkredite	4930	3 748	6304	3 967	7 583	
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389	542 375	547 166	
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 541	82 540	72 311	
Gemeinden (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178	135 116	139 436	
Wertpapierschulden und Kredite	84363	85 613	87 758	87 733	91 405	
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419	47 383	48 031	
Kernhaushalte	115 253	121 092	126 331	125 903	127 518	
Zweckverbände³ und sonstige Extrahaushalte	8 3 1 5	8 542	8 846	9 213	11918	
Gesetzliche Sozialversicherung (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665	631	561	
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	661	625	561	
Kassenkredite	0	58	4	6	-	
Kernhaushalte	506	735	627	598	541	
Extrahaushalte ⁴	32	88	38	33	20	
Schulden insgesamt (€)						
je Einwohner	24 607	25 244	25 725	25 356	25 322	
Maastricht-Schuldenstand	2 089 946	2 116 832	2 193 258	2 177 830	2 177 735	2 152 943
in Relation zum BIP in %	81,0	78,3	79,6	77,2	74,7	71,2
nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd.€)	2 580	2 703	2 755	2 821	2916	3 026
Einwohner 30.06.	81 750 716	80 233 104	80 399 253	80 585 684	80 925 031	81 458 978

 $^{^{1}} Aufgrund\ methodischer\ \ddot{A}nderungen\ und\ Erweiterung\ des\ Berichtskreises\ nur\ eingeschränkt\ mit\ den\ Vorjahren\ vergleichbar.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank, Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen.

 $^{^2 \,} Einschließlich \, aller \, \"{o} ffentlichen \, Fonds, \, Einrichtungen \, und \, Unternehmen \, des \, Staatssektors.$

³ Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

 $^{^4}$ Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzun	g der Volkswirtsch	aftlichen Gesan	ntrechungen²		Abgrenzung d	er Finanzstatistik	
Jahr	Staat	Gebietskörpers chaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Gesamthaushalt ³		
		in Mrd. €		ir	Relation zum BIP ir	1 %	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %	
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-	
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4	
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2	
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7	
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7	
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0	
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7	
1991	-50,0	-60,9	10,9	-3,2	-3,9	0,7	-62,8	-4,0	
1992	-44,0	-42,0	-2,0	-2,6	-2,5	-0,1	-59,2	-3,5	
1993	-53,9	-56,5	2,6	-3,1	-3,2	0,1	-70,5	-4,0	
1994	-45,9	-47,3	1,5	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,2	
1995	-179,0	-171,2	-7,8	-9,4	-9,0	-0,4	-	-	
1995 ⁴	-59,4	-51,6	-7,8	-3,1	-2,7	-0,4	-55,9	-2,9	
1996	-68,2	-60,9	-7,4	-3,5	-3,2	-0,4	-62,3	-3,2	
1997	-57,9	-58,2	0,2	-2,9	-3,0	0,0	-48,1	-2,4	
1998	-51,1	-52,3	1,2	-2,5	-2,6	0,1	-28,8	-1,4	
1999	-35,1	-38,9	3,9	-1,7	-1,9	0,2	-26,9	-1,3	
2000	18,2	-27,4	-1,3	0,9	0,9	-0,1	-	-	
2000 ⁵	-32,6	-31,3	-1,3	-1,5	-1,5	-0,1	-34,0	-1,6	
2001	-67,8	-62,5	-5,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,1	
2002	-87,1	-79,9	-7,3	-3,9	-3,6	-0,3	-56,8	-2,6	
2003	-92,7	-85,4	-7,3	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,1	
2004	-84,9	-83,8	-1,1	-3,7	-3,7	0,0	-65,5	-2,9	
2005	-78,6	-73,5	-5,1	-3,4	-3,2	-0,2	-52,5	-2,3	
2006	-41,2	-45,5	4,3	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,7	
2007	4,7	-5,5	10,2	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0	
2008	-4,5	-11,0	6,4	-0,2	-0,4	0,3	-10,4	-0,4	
2009	-79,6	-65,2	-14,4	-3,2	-2,6	-0,6	-90,0	-3,7	
2010	-108,9	-112,7	3,8	-4,2	-4,4	0,1	-78,7	-3,1	
2011	-25,9	-41,2	15,3	-1,0	-1,5	0,6	-25,9	-1,0	
2012	-2,7	-21,0	18,3	-0,1	-0,8	0,7	-27,0	-1,0	
2013	-3,8	-9,2	5,3	-0,1	-0,3	0,2	-13,0	-0,5	
2014	8,4	5,0	3,4	0,3	0,2	0,1	1,8	0,1	
2015	21,2	16,4	4,8	0,7	0,5	0,2	28,4	0,9	

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). 2012 bis 2015: vorläufiges Ergebnis; Stand: April 2016.

³ Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2012: Rechnungsergebnisse, 2013 bis 2015: Kassenergebnisse

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise geleistete Vermögensübertragungen.

 $^{^{\}rm 5}$ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

 $\label{thm:continuous} \begin{tabular}{ll} \$

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden

Land									
	1995	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017
Deutschland	-9,4	0,9	-3,4	-4,2	-0,1	0,3	0,7	0,2	0,1
Belgien	-4,4	-0,1	-2,6	-4,0	-3,0	-3,1	-2,6	-2,8	-2,3
Estland	1,1	-0,1	1,1	0,2	-0,2	0,8	0,4	-0,1	-0,2
Finnland	-5,9	6,9	2,6	-2,6	-2,6	-3,2	-2,7	-2,5	-2,3
Frankreich	-5,1	-1,3	-3,2	-6,8	-4,0	-4,0	-3,5	-3,4	-3,2
Griechenland	-	-4,1	-6,2	-11,2	-13,0	-3,6	-7,2	-3,1	-1,8
Irland	-2,1	4,9	1,6	-32,3	-5,7	-3,8	-2,3	-1,2	-0,7
Italien	-7,3	-1,3	-4,2	-4,2	-2,9	-3,0	-2,6	-2,4	-1,9
Lettland	-1,4	-2,7	-0,4	-8,5	-0,9	-1,6	-1,3	-1,0	-1,0
Litauen	-1,5	-3,2	-0,3	-6,9	-2,6	-0,7	-0,2	-1,0	-0,2
Luxemburg	2,4	5,9	0,1	-0,7	0,8	1,7	1,2	1,0	0,1
Malta	-3,5	-5,5	-2,7	-3,2	-2,6	-2,0	-1,5	-0,9	-0,8
Niederlande	-8,6	1,9	-0,3	-5,0	-2,4	-2,4	-1,8	-1,7	-1,2
Österreich	-6,1	-2,0	-2,5	-4,4	-1,3	-2,7	-1,2	-1,5	-1,4
Portugal	-5,2	-3,2	-6,2	-11,2	-4,8	-7,2	-4,4	-2,7	-2,3
Slowakei	-3,3	-12,0	-2,9	-7,5	-2,7	-2,7	-3,0	-2,4	-1,6
Slowenien	-8,2	-3,6	-1,3	-5,6	-15,0	-5,0	-2,9	-2,4	-2,1
Spanien	-7,0	-1,0	1,2	-9,4	-6,9	-5,9	-5,1	-3,9	-3,1
Zypern	-0,7	-2,2	-2,2	-4,8	-4,9	-8,9	-1,0	-0,4	0,0
Euroraum	-	-0,3	-2,6	-6,2	-3,0	-2,6	-2,1	-1,9	-1,6
Bulgarien	-7,2	-0,5	1,0	-3,2	-0,4	-5,4	-2,1	-2,0	-1,6
Dänemark	-3,6	1,9	5,0	-2,7	-1,1	1,5	-2,1	-2,5	-1,9
Kroatien	-	-	-3,9	-6,2	-5,3	-5,5	-3,2	-2,7	-2,3
Polen	-4,2	-3,0	-4,0	-7,5	-4,0	-3,3	-2,6	-2,6	-3,1
Rumänien	-2,0	-4,6	-0,8	-6,9	-2,1	-0,9	-0,7	-2,8	-3,4
Schweden	-7,0	3,2	1,8	0,0	-1,4	-1,6	0,0	-0,4	-0,7
Tschechien	-12,4	-3,5	-3,1	-4,4	-1,3	-1,9	-0,4	-0,7	-0,6
Ungarn	-8,6	-3,0	-7,8	-4,5	-2,6	-2,3	-2,0	-2,0	-2,0
Vereinigtes Königreich	-5,6	1,2	-3,5	-9,6	-5,6	-5,6	-4,4	-3,4	-2,4
EU	-	-	-2,5	-6,4	-3,3	-3,0	-2,4	-2,1	-1,8
USA	-4,1	0,8	-4,1	-12,0	-5,3	-4,9	-4,0	-4,4	-4,4
Japan	-4,6	-7,5	-4,8	-8,3	-8,5	-6,2	-5,2	-4,5	-4,2

Quellen: Ameco.

Stand: Mai 2016.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP												
	1995	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017				
Deutschland	54,8	58,8	66,9	81,0	77,2	74,7	71,2	68,6	66,3				
Belgien	130,5	108,8	94,6	99,7	105,2	106,5	106,0	106,4	105,6				
Estland	8,2	5,1	4,5	6,6	9,9	10,4	9,7	9,6	9,3				
Finnland	55,1	42,5	40,0	47,1	55,5	59,3	63,1	65,2	66,9				
Frankreich	55,8	58,7	67,2	81,7	92,4	95,4	95,8	96,4	97,0				
Griechenland	98,9	104,9	107,4	146,2	177,7	180,1	176,9	182,8	178,8				
Irland	78,5	36,1	26,1	86,8	120,0	107,5	93,8	89,1	86,6				
Italien	116,9	105,1	101,9	115,4	129,0	132,5	132,7	132,7	131,8				
Lettland	13,9	12,1	11,8	47,5	39,1	40,8	36,4	39,8	35,6				
Litauen	11,5	23,5	17,6	36,2	38,8	40,7	42,7	41,1	42,9				
Luxemburg	7,7	6,5	7,5	20,1	23,3	22,9	21,4	22,5	22,8				
Malta	34,4	60,9	70,1	67,6	68,6	67,1	63,9	60,9	58,3				
Niederlande	73,1	51,4	48,9	59,0	67,9	68,2	65,1	64,9	63,9				
Österreich	68,0	65,9	68,3	82,4	80,8	84,3	86,2	84,9	83,0				
Portugal	58,3	50,3	67,4	96,2	129,0	130,2	129,0	126,0	124,5				
Slowakei	21,7	49,6	33,9	40,8	55,0	53,9	52,9	53,4	52,7				
Slowenien	18,3	25,9	26,3	38,2	71,0	81,0	83,2	80,2	78,0				
Spanien	61,7	58,0	42,3	60,1	93,7	99,3	99,2	100,3	99,6				
Zypern	47,9	55,1	63,2	56,3	102,5	108,2	108,9	108,9	105,4				
Euroraum	70,8	68,0	69,2	84,1	93,4	94,4	92,9	92,2	91,1				
Bulgarien	-	71,2	26,6	15,5	17,1	27,0	26,7	28,1	28,7				
Dänemark	-	52,4	37,4	42,9	44,7	44,8	40,2	38,7	39,1				
Kroatien	-	35,5	41,3	58,3	82,2	86,5	86,7	87,6	87,3				
Polen	47,6	36,5	46,7	53,3	56,0	50,5	51,3	52,0	52,7				
Rumänien	6,6	22,4	15,7	29,9	38,0	39,8	38,4	38,7	40,1				
Schweden	69,9	50,6	48,2	37,6	39,8	44,8	43,4	41,3	40,1				
Tschechien	13,6	17,0	28,0	38,2	45,1	42,7	41,1	41,3	40,9				
Ungarn	84,5	55,1	60,5	80,6	76,8	76,2	75,3	74,3	73,0				
Vereinigtes Königreich	48,2	38,9	41,5	76,6	86,2	88,2	89,2	89,7	89,1				
EU	-	60,6	61,8	78,6	87,3	88,5	86,8	86,4	85,5				
USA	68,8	53,1	64,9	94,7	104,8	104,8	105,9	107,5	107,6				
Japan	95,1	143,8	186,4	215,8	243,1	246,2	245,4	247,5	248,1				

Quellen: Ameco. Stand: Mai 2016.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Lond					Ste	uern in % des	BIP				
Land	1965	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2011	2012	2013	2014
Deutschland ^{2,3}	23,1	23,9	21,8	22,1	22,1	22,5	22,2	21,9	22,5	22,6	22,6
Belgien	21,0	28,9	27,5	30,2	29,5	29,5	28,2	29,1	29,9	30,5	30,6
Dänemark	28,2	41,1	44,4	46,2	46,3	44,8	45,1	45,3	46,3	47,5	50,8
Estland	-	-	-	20,0	20,7	19,9	22,0	20,1	20,7	20,8	21,7
Finnland	28,0	27,1	31,9	34,3	30,0	29,7	28,8	30,0	30,0	31,1	31,2
Frankreich	22,1	22,6	22,9	27,5	26,7	26,4	25,1	26,6	27,6	28,3	28,1
Griechenland	11,7	13,9	17,5	23,2	20,5	20,2	20,5	22,8	23,7	23,7	25,5
Irland	22,9	25,8	27,8	27,3	26,3	24,1	22,4	22,1	23,0	23,9	24,7
Italien	16,2	17,8	24,4	29,0	29,2	28,8	28,9	29,0	30,8	30,8	30,5
Japan	13,9	17,5	21,0	17,3	18,1	17,4	15,9	16,7	17,2	17,9	-
Kanada	23,9	27,3	31,0	30,2	27,6	26,9	26,5	25,6	26,0	25,7	25,8
Luxemburg	17,8	24,1	24,7	27,5	26,5	26,6	27,4	26,8	27,5	27,3	27,0
Niederlande	21,4	24,9	25,2	22,5	23,5	23,0	22,6	22,1	21,4	21,7	-
Norwegen	25,9	33,1	29,7	33,1	33,4	32,8	31,6	32,8	32,2	31,0	29,2
Österreich	25,2	26,7	26,4	27,8	26,9	27,6	26,7	26,9	27,5	27,9	28,2
Polen	-	-	-	20,0	22,8	23,1	20,3	20,7	20,1	19,6	-
Portugal	12,3	15,4	19,3	23,3	23,9	23,5	21,5	23,6	23,3	25,6	25,4
Schweden	27,6	31,2	36,0	36,1	33,2	33,0	33,2	32,6	32,4	32,9	32,8
Schweiz	14,1	17,9	18,0	20,9	20,0	20,5	20,6	20,4	20,2	20,1	19,9
Slowakei	-	-	-	19,7	17,8	17,5	16,6	16,6	16,1	17,1	17,5
Slowenien	-	-	-	22,7	23,6	22,6	21,6	21,8	21,9	22,0	22,1
Spanien	10,3	11,3	20,4	21,8	24,7	20,5	18,1	19,6	20,7	21,4	21,8
Tschechien	-	-	-	18,1	19,3	18,7	18,1	18,7	19,1	19,5	18,8
Ungarn	-	-	-	27,3	26,7	26,7	26,8	24,1	26,0	25,9	25,5
Vereinigtes Königreich	24,8	27,8	27,3	28,8	27,8	27,5	25,9	27,3	26,7	26,7	26,5
Vereinigte Staaten	20,4	19,9	19,3	21,5	20,4	18,9	16,7	18,1	18,6	19,3	19,8

 $^{^{1}} Nach \, den \, Abgrenzungsmerkmalen \, der \, OECD.$

Quelle: OECD, Revenue Statistics 1965-2014, Paris 2015; eigene Berechnungen.

Stand: Dezember 2015.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Lord	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP												
Land	1965	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2011	2012	2013	2014		
Deutschland ^{2,3}	31,6	36,4	34,8	36,2	34,9	35,4	36,1	35,7	36,4	36,5	36,6		
Belgien	30,6	40,6	41,2	43,6	42,6	43,0	42,1	43,0	44,0	44,7	44,7		
Dänemark	29,5	41,3	44,4	46,9	46,4	44,9	45,2	45,4	46,4	47,6	50,9		
Estland	-	-	-	31,0	31,1	31,3	34,9	31,9	32,1	31,8	32,9		
Finnland	30,0	35,3	42,9	45,8	41,5	41,2	40,9	42,0	42,7	43,7	43,9		
Frankreich	33,6	39,4	41,0	43,1	42,4	42,2	41,3	42,9	44,1	45,0	45,2		
Griechenland	17,0	20,7	25,1	33,2	31,2	31,0	30,8	33,5	34,5	34,4	35,9		
Irland	24,5	30,1	32,4	30,9	30,4	28,6	27,6	27,4	27,9	29,0	29,9		
Italien	24,7	28,7	36,4	40,6	41,7	41,6	42,1	41,9	43,9	43,9	43,6		
Japan	17,8	24,8	28,5	26,6	28,5	28,5	27,0	28,6	29,4	30,3	-		
Kanada	25,2	30,5	35,3	34,9	32,3	31,5	31,4	30,2	30,7	30,5	30,8		
Luxemburg	26,4	33,8	33,8	37,1	36,6	37,2	39,0	37,9	38,8	38,4	37,8		
Niederlande	30,9	40,3	40,2	36,8	36,1	36,5	35,4	35,9	36,1	36,7	-		
Norwegen	29,6	41,9	40,2	41,9	42,1	41,5	41,2	42,0	41,5	40,5	39,1		
Österreich	33,6	38,7	39,4	42,1	40,5	41,4	41,0	41,0	41,7	42,5	43,0		
Polen	-	-	-	33,1	34,8	34,5	31,5	32,0	32,3	31,9	-		
Portugal	15,7	21,9	26,5	31,2	32,0	31,9	30,0	32,5	32,0	34,5	34,4		
Schweden	31,4	43,7	49,5	49,0	45,0	44,0	44,1	42,5	42,6	42,8	42,7		
Schweiz	16,6	23,3	23,6	27,6	26,1	26,7	27,1	27,0	26,9	26,9	26,6		
Slowakei	-	-	-	33,6	29,2	29,1	28,9	28,7	28,5	30,4	31,0		
Slowenien	-	-	-	36,6	37,1	36,4	36,2	36,5	36,8	36,8	36,6		
Spanien	14,3	22,0	31,6	33,4	36,5	32,3	29,8	31,3	32,1	32,7	33,2		
Tschechien	-	-	-	32,5	34,3	33,5	32,4	33,4	33,8	34,3	33,5		
Ungarn	-	-	-	38,7	39,6	39,5	39,0	36,5	38,6	38,4	38,5		
Vereinigtes Königreich	29,3	33,4	32,9	34,7	34,1	34,0	32,3	33,6	33,0	32,9	32,6		
Vereinigte Staaten	23,5	25,5	25,9	28,2	26,7	25,2	23,0	23,6	24,1	25,4	26,0		

 $^{^{1}} Nach \, den \, Abgrenzungsmerkmalen \, der \, OECD.$

Quelle: OECD, Revenue Statistics 1965 bis 2013, Paris 2014; eigene Berechnungen.

Stand: Dezember 2015.

 $^{^2 \,} Nicht vergleichbar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					G	esamtaus	gaben de:	s Staates i	n % des Bl	P				
Land	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Deutschland ¹	54,7	44,7	46,2	42,8	43,6	47,6	47,3	44,7	44,4	44,5	44,3	43,5	43,8	44,0
Belgien	52,4	49,1	51,4	48,2	50,3	54,1	53,3	54,4	55,8	55,6	55,1	54,3	53,9	53,6
Estland	41,0	36,4	34,0	34,1	39,7	46,1	40,5	37,4	39,1	38,3	38,0	39,9	39,7	39,8
Finnland	61,1	48,0	49,3	46,8	48,3	54,8	54,8	54,4	56,1	57,6	58,3	58,1	58,1	57,9
Frankreich	54,2	51,1	52,9	52,2	53,0	56,8	56,4	55,9	56,8	57,0	57,5	57,2	56,8	56,4
Griechenland	-	-	-	47,1	50,8	54,1	52,5	54,2	55,2	60,8	49,9	51,6	51,0	49,3
Irland	40,8	30,9	33,4	35,9	41,9	47,2	65,7	45,5	41,8	39,7	38,2	36,2	34,3	33,7
Italien	51,8	45,5	47,1	46,8	47,8	51,1	49,9	49,1	50,8	51,0	51,2	50,8	49,6	48,9
Lettland	35,6	37,3	34,2	33,9	37,2	43,6	44,7	39,0	36,9	36,8	37,1	36,4	35,7	35,6
Litauen	34,6	39,4	34,1	35,3	38,1	44,9	42,3	42,5	36,1	35,6	34,8	35,7	35,8	34,4
Luxemburg	38,4	36,3	42,6	37,3	39,3	44,9	43,8	43,3	44,6	43,3	42,4	43,6	43,4	43,1
Malta	39,1	40,2	42,3	41,2	42,6	41,9	41,1	40,9	42,5	42,6	44,0	44,0	41,6	41,3
Niederlande	53,7	41,8	42,3	42,5	43,6	48,2	48,2	47,0	47,1	46,4	46,2	44,7	43,3	42,7
Österreich	55,5	50,3	51,0	49,1	49,8	54,1	52,7	50,8	51,1	50,9	52,7	52,1	51,2	50,7
Portugal	42,6	42,6	46,7	44,5	45,3	50,2	51,8	50,0	48,5	49,9	51,7	47,9	47,1	46,6
Slowakei	48,2	52,0	39,6	36,1	36,7	43,9	42,0	40,5	40,1	41,0	41,6	42,7	39,8	40,2
Slowenien	52,1	46,1	44,9	42,2	43,9	48,2	49,3	50,0	48,6	60,3	49,8	47,7	45,8	44,4
Spanien	44,3	39,1	38,3	38,9	41,1	45,8	45,6	45,6	48,0	45,1	44,5	43,4	42,3	41,3
Zypern	30,8	34,4	39,3	37,7	38,6	42,3	42,2	42,5	41,9	41,4	49,3	40,3	39,0	38,6
Bulgarien	41,3	41,1	36,8	37,4	36,9	39,5	36,6	34,1	34,7	37,6	42,1	39,5	38,9	39,0
Dänemark	58,5	52,7	51,2	49,6	50,5	56,8	57,1	56,8	58,8	57,1	56,9	55,8	54,1	53,1
Kroatien	_	-	45,2	44,9	44,7	47,3	47,2	48,8	47,1	47,8	48,2	48,0	47,9	47,5
Polen	47,7	42,0	44,4	43,1	44,4	45,2	45,6	43,6	42,6	42,4	42,1	41,9	41,6	41,6
Rumänien	34,1	38,4	33,4	38,2	38,8	40,6	39,6	39,1	36,5	35,2	34,9	36,6	34,1	33,9
Schweden	63,5	53,6	52,7	49,7	50,3	53,1	51,2	50,5	51,7	52,4	51,8	51,4	51,3	51,3
Tschechien	51,8	40,4	41,8	40,0	40,2	43,6	43,0	42,9	44,5	42,6	42,6	42,9	41,8	41,5
Ungarn	55,4	47,2	49,6	50,1	48,8	50,7	49,6	49,7	48,6	49,5	49,9	49,4	46,3	45,6
Vereinigtes Königreich	41,8	37,8	42,8	42,8	46,6	49,5	48,8	46,9	46,8	44,9	43,9	42,8	41,6	40,6
Euroraum	_	-		45,3	46,6	50,7	50,5	49,1	49,7	49,6	49,4	48,6	48,0	47,6
EU-28	-	-	-	44,9	46,5	50,3	50,0	48,6	49,0	48,6	48,2	47,4	46,6	46,2
USA	37,2	33,7	36,4	36,9	39,4	43,0	42,9	41,8	40,0	38,7	38,0	37,5	37,4	37,3
Japan	35,7	38,8	36,4	35,8	36,9	41,9	40,7	41,8	41,8	42,3	42,7	42,3	41,8	41,9

¹1990: nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

Stand: November 2015.

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

		EU-Hausl	nalt 2014			EU-Hau	shalt 2015	
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	igen	Verpflichtungen		Zahlungen	
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	63 986,3	44,8	65 300,1	47,0	77 954,7	48,0	66 853,3	47,3
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 190,9	41,5	56 443,8	40,6	63 877,1	39,4	55 978,8	39,6
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 172,0	1,5	1 665,5	1,2	2 522,1	1,6	1 927,0	1,4
4. Die EU als globaler Akteur	8 325,0	5,8	6 840,9	4,9	8 710,9	5,4	7 478,2	5,3
5. Verwaltung	8 404,5	5,9	8 405,5	6,0	8 660,3	5,3	8 658,6	6,1
6. Ausgleichszahlungen	28,6	0,0	28,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Besondere Instrumente	582,9	0,4	350,0	0,3	548,1	0,34	384,5	0,27
Gesamtbetrag	142 690,3	100,0	139 034,2	100,0	162 273,3	100,0	141 280,4	100,0

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

	Differer	nz in %	Differenz	Differenz in Mio. €				
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4				
	10	11	12	13				
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	21,8	2,4	13 968,3	1 553,2				
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	7,9	-0,8	4 686,2	- 465,0				
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	16,1	15,7	350,1	261,5				
4. Die EU als globaler Akteur	4,6	9,3	385,9	637,3				
5. Verwaltung	3,0	3,0	255,8	253,1				
6. Ausgleichszahlungen	-100,0	-100,0	- 28,6	- 28,6				
Besondere Instrumente	-6,0	9,9	- 34,8	34,5				
Gesamtbetrag	13,7	1,6	19 583,0	2 246,2				

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

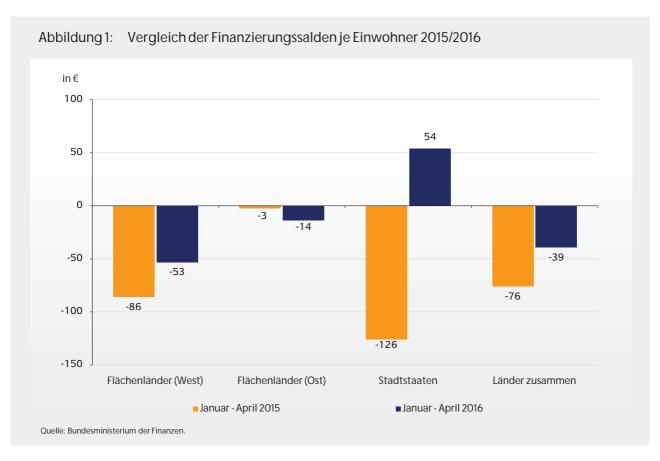


Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2016 im Vergleich zum Jahressoll 2016 Flächenländer (West) Flächenländer (Ost) Stadtstaaten Länder zusammen Soll Ist Soll Soll Soll in Mio. € 17 360 42 368 336 210 108 594 Bereinigte Einnahmen 245 849 79 363 55 646 14 186 darunter: 194811 63 330 34 446 10969 26878 9 2 4 5 256 135 83 543 Steuereinnahmen 80 075 übrige Einnahmen 51 038 16 034 21 200 6391 15 490 4941 25 050 254 791 82 723 56 693 17 535 42 938 13 865 346 769 111 807 Bereinigte Ausgaben darunter: 95872 14160 4 640 13 788 4 4 6 9 123 820 41 774 32 665 Personalausgaben laufender Sachaufwand 18 539 6 009 4 4 9 2 1 3 3 5 10370 3 618 33 401 10962 3 094 4416 1904 707 949 6071 Zinsausgaben 10342 15340 Sachinvestitionen 4853 926 1743 301 752 110 7348 1337 Zahlungen an Verwaltungen 84218 24890 21 057 5860 1368 285 98 989 28 719 übrige Ausgaben 40 968 13 817 13337 4692 13 567 4 435 67872 22 945 -8 942 -1 047 - 175 -10 588 -3 214 Finanzierungssaldo -3 359

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2016

						in Mio. €				
			April 2015			März 2016			April 2016	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesam
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	90 101	100 802	183 126	74 622	85 170	154 525	100 080	108 594	201 173
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	88 759	96 851	185 610	74 102	82 806	156 907	99338	104 605	203 943
111	Steuereinnahmen	80 416	76 415	156831	65 869	65 608	131 477	88 657	83 543	172 200
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	879	16796	17 675	668	14234	14902	897	17 153	18 050
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	726	726	-	901	901	-	991	99
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 342	3 952	5 293	521	2 3 6 5	2885	742	3 989	473
121	Veräußerungserlöse	899	113	1012	44	35	79	106	186	292
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen Einnahmen von	790	53	843	-	10	10	44	152	196
122	Verwaltungen (Kapitalrechnung)	195	2 233	2 428	228	1 427	1 655	229	2 412	2 64
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	104 640	106 990	203 852	83 507	85 732	163 972	106 757	111 807	211 06
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	97 986	99 693	197 679	77 372	80 148	157519	98 557	104 796	203 353
211	Personalausgaben	10 526	40 498	51 024	8 324	32 053	40 377	10 709	41 774	52 48
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 193	12 701	15894	2 560	10 342	12 902	3 2 7 8	13 450	16 72
212	laufender Sachaufwand	6 0 3 7	8 884	14921	5 066	7 930	12 995	6740	10962	1770
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	3 906	5 944	9 850	3 031	5 762	8 793	4056	7 585	11 64
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	9 730	6 9 5 6	16 686	7815	4 679	12 494	8 082	6 0 7 1	1415
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	7 507	24 657	32 164	4817	20 484	25 301	7 179	26 206	33 38
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	331	331	-	47	47	-	234	23
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2	22 682	22 684	2	19720	19722	2	25 210	25 21
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	6 654	7 296	13 950	6 135	5 584	11719	8 200	7011	15 21
221	Sachinvestitionen	1 287	1 183	2 470	931	923	1 854	1 3 7 9	1 3 3 7	2 71
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 609	2510	4118	1 239	3 163	4 401	2 055	2513	456
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	6 3 3 7	7 072	13 409	5 875	5 3 4 1	11 217	7868	6 7 6 0	1462

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2016

						in Mio. €				
			April 2015		ı	März 2016			April 2016	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-14 518 ²	-6 187	-20 706	-8 883 ²	- 562	-9 445	-6 676 ²	-3 214	-9 890
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	62 457	24118	86 575	61 996	11 896	73 892	82 518	16 817	99 335
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	82 563	44 895	127 457	55 952	32 169	88 120	90 753	37 484	128 237
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-20 106	-20 776	-40 882	6 045	-20 273	-14228	-8 235	-20 667	-28 902
	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	9 946	15 502	25 448	14 025	14 101	28 126	12 329	14994	27 322
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	17 863	17 863	-	14308	14308	-	18 051	18 051
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-9 945	-11 403	-21 348	19 825	-3 960	15 865	3 760	-7 303	-3 544

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $^{^2 \,} Einschlie \hbox{\it Blich haushaltstechnische Verrechnungen}.$

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2016

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹									
1	für das laufende Haushaltsjahr	14 289	17 613 ¹	3 344	8 130	2 521	9 301	20 791	5 056	1 158
11	Einnahmen der laufenden Rechung	13 893	17 053	3 204	7 949	1 964	9 157	20 061	4887	1 135
111	Steuereinnahmen	11 003	14 156	2217	6616	1 232	7 689 4	16 530	3 655	932
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 253	1 515	782	822	638	1 039	2 605	912	157
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	57	-	48	76	118	54	17
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	129	-	157	200	232	115	37
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	395	560 a	140	181	556	144	730	169	23
121	Veräußerungserlöse	0	70 a	4	2	1	2	8	71	3
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	70 ª	3	-		2	1	70	2
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	323	420	76	143	364	111	327	68	15
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	15 270	17 603 [□]	3 403	8 493	2 423	9 353	22 209	5 349	1 467
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	14355	16328 b	3 134	8 137	2 201	9 0 6 7	20 488	5 164	1 391
211	Personalausgaben	6193	7 799	956	2 929	612	3 644 ²	7 720 ²	2 3 1 8	582
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	2 2 4 8	2 462	113	1 056	54	1 324	2 898	819	241
212	laufender Sachaufwand	882	1 436	206	722	164	594	1 605	428	62
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	740	1 217	179	635	136	547	1 273	343	52
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	772	404 b	102	578	81	513	1 289	410	221
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	4193	5 027	697	2 635	865	2 863	6 172	1 307	232
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	821	1 866	-	527	-	-	-	-	-
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 341	3 130	1 160	1 996	744	2 750	6 095	1 283	230
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	916	1 275	269	356	223	285	1 721	184	75
221	Sachinvestitionen	196	375	8	132	53	47	86	24	7
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	368	501	66	117	86	57	772	102	14
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	901	1 198	269	343	223	285	1 628	161	71

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2016

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 982	11	- 59	- 363	98	- 51	-1 418	- 292	- 309
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	700	865	100	323	188	280	2 969	1 675	638
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	6 679	2 542	2 162	2 277	540	3 899	6 612	3 513	741
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-5 979	-1 677 e	-2 062	-1 954	- 353	-3 620	-3 642	-1 839	- 103
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	919	330	4320	50	53	460	671	364
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	999	327	153	1 595	1 067	3 487	4 441	39	79
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 97	0	700	- 722	1 000	- 951	52	- 669	- 333

 $^{^1\,}In\,der\,L\"{a}ndersumme\,ohne\,Zuweisungen\,von\,L\"{a}ndern\,im\,L\"{a}nderfinanzausgleich.$

² Ohne Mai-Bezüge.

 $^{^3}$ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 70,0 Mio. \in , b 167,3 Mio. \in , c -97,3 Mio. \in , 1120,0 Mio. \in , e -1120,0 Mio. \in

⁴ NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,6 Mio. €.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2016

		in Mio. € Sachsen- Schleswig-									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen		
	Seit dem 1. Januar gebuchte										
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	5 019	3 302	3 690	3 174	8 448	1 546	4 214	108 594		
11	Einnahmen der laufenden Rechung	4 833	3 109	3 484	3 035	8 168	1 507	4166	104 605		
111	Steuereinnahmen	3 372	2 117	2 751	2 031	4913	914	3 418	83 543		
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1270	837	525	742	2 272	439	346	17 153		
1121	darunter: Allgemeine BEZ	104	61	44	58	305	51	-	991		
1122	Länderfinanzausgleich ¹	331	195	80	189	1 083	254	-	-		
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	186	193	206	139	280	38	47	3 989		
121	Veräußerungserlöse	0	1	1	4	13	-	6	186		
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	0	2	1	-	-	152		
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	53	113	157	91	104	30	18	2 412		
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	5 333	3 349	3 644	3 027	8 108	1 693	4 086	111 807		
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	4830	3 167	3 501	2 869	7 658	1 617	3 892	104796		
211	Personalausgaben	1 429	817	1 480	826	2817	526	1 126	41 774		
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	115	88	550	76	785	185	436	13 450		
212	laufender Sachaufwand	362	385	280	217	2 132	322	1 164	10 962		
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	308	119	249	145	813	154	675	7 585		
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	99	229	229	196	533	190	226	6 071		
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 711	1 048	1 157	1114	114	33	39	26 206		
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	21	234		
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1 541	858	1 097	966	6	8	6	25 210		
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	503	182	143	158	451	76	194	7 011		
221	Sachinvestitionen	155	37	59	47	49	12	49	1 337		
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	165	80	36	28	109	11		2 5 1 3		
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	503	182	143	158	425	76	194	6 760		

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April2016

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 313	- 47	46	147	340	- 147	127	-3 214	
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	2 454	1 456	98	1 607	1 907	1 558	16 817	
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	40	1 299	1 731	946	3 009	1076	417	37 484	
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 40	1 155	- 275	-848	-1 401	831	1 140	-20 667	
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	512	4672	-	-	861	1 525	258	14994	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 671	101	-	469	724	694	206	18 051	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-4484	-217	- 572	-849	-1 427	1 267	-7 303	

 $^{^1\,}In\,der\,L\"{a}ndersumme\,ohne\,Zuweisungen\,von\,L\"{a}ndern\,im\,L\"{a}nderfinanzausgleich.$

²Ohne Mai-Bezüge.

 $^{^3}$ BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 70,0 Mio. \in , b 167,3 Mio. \in , c -97,3 Mio. \in , d 1120,0 Mio. \in , e -1120,0 Mio. \in .

⁴ NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,6 Mio. €.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 20. April 2016

Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite https://circabc.europa.eu/. Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke¹ sowie auf methodischen Erweiterungen und Aktualisierungen des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission².

- 2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), wobei aktuellen Entwicklungen Rechnung getragen wird (inklusive Flüchtlinge/Zuwanderung). In diesem Zusammenhang wurde die Fortschreibung der NAWRU (non-accelerating wage rate of unemployment) für die Jahre 2015 bis 2020 ebenfalls angepasst. Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.
- 3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Frühjahrsprojektion 2016 der Bundesregierung.
- Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und
- ¹Siehe Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers 434.
- ² Siehe Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): "The cyclically-adjusted budget balance used in the EU fiscal framework: an update", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478 sowie Mourre, Astarita und Princen (2014): "Adjusting the budget balance for the business cycle: the EU methodology", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 536.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des BIP vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unter- beziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des BIP bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch dazu, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsemielastizität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden.³

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsemieslastizität	Konjunkturkomponente ¹
		in Mrd. € (nominal)		buugetsemiesiastizitat	in Mrd. € (nominal)
2017	3 244,8	3 239,7	-5,1	0,205	-1,0
2018	3 348,4	3 344,9	-3,5	0,205	-0,7
2019	3 453,7	3 453,4	-0,2	0,205	0,0
2020	3 565,5	3 565,5	0,0	0,205	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

³ http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/ DE/Monatsberichte/2011/02/Artikel/analysen-undberichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/ Konjunkturkomponente-des-Bundes.html

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial		Produktionslücken				
	preisbo	ereinigt	non	ninal	preisber	einigt	nom	ninal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP	
1980	1 505,5	-	860,2	-	34,4	2,3	19,7	2,3	
1981	1 540,9	+2,3	917,1	+6,6	7,2	0,5	4,3	0,5	
1982	1 574,2	+2,2	979,9	+6,8	-32,1	-2,0	-20,0	-2,0	
1983	1 607,6	+2,1	1 028,8	+5,0	-41,4	-2,6	-26,5	-2,6	
1984	1 641,5	+2,1	1 071,4	+4,1	-31,0	-1,9	-20,3	-1,9	
1985	1 675,9	+2,1	1 117,1	+4,3	-28,0	-1,7	-18,6	-1,7	
1986	1 713,4	+2,2	1 176,3	+5,3	-27,7	-1,6	-19,0	-1,6	
1987	1 752,7	+2,3	1 218,7	+3,6	-43,4	-2,5	-30,2	-2,5	
1988	1 795,2	+2,4	1 269,3	+4,2	-22,5	-1,3	-15,9	-1,3	
1989	1 843,6	+2,7	1 341,1	+5,7	-1,9	-0,1	-1,3	-0,1	
1990	1 897,0	+2,9	1 426,8	+6,4	41,5	2,2	31,2	2,2	
1991	1 951,6	+2,9	1 512,5	+6,0	86,9	4,5	67,3	4,5	
1992	2 007,6	+2,9	1 638,1	+8,3	70,1	3,5	57,2	3,5	
1993	2 060,0	+2,6	1 750,4	+6,9	-2,1	-0,1	-1,8	-0,1	
1994	2 103,8	+2,1	1 826,3	+4,3	4,6	0,2	4,0	0,2	
1995	2 142,9	+1,9	1 896,9	+3,9	2,2	0,1	1,9	0,1	
1996	2 179,7	+1,7	1 941,6	+2,4	-17,1	-0,8	-15,2	-0,8	
1997	2 214,9	+1,6	1 978,1	+1,9	-12,3	-0,6	-11,0	-0,6	
1998	2 249,8	+1,6	2 021,5	+2,2	-3,6	-0,2	-3,2	-0,2	
1999	2 286,7	+1,6	2 061,2	+2,0	4,1	0,2	3,7	0,2	
2000	2 324,8	+1,7	2 086,0	+1,2	33,9	1,5	30,4	1,5	
2001	2 362,4	+1,6	2 146,9	+2,9	36,3	1,5	33,0	1,5	
2002	2 398,0	+1,5	2 208,7	+2,9	0,7	0,0	0,6	0,0	
2003	2 430,8	+1,4	2 265,9	+2,6	-49,2	-2,0	-45,8	-2,0	
2004	2 463,0	+1,3	2 321,1	+2,4	-53,5	-2,2	-50,4	-2,2	
2005	2 495,0	+1,3	2 365,8	+1,9	-68,5	-2,7	-65,0	-2,7	
2006	2 527,6	+1,3	2 404,0	+1,6	-11,3	-0,4	-10,7	-0,4	
2007	2 558,8	+1,2	2 475,0	+3,0	39,5	1,5	38,2	1,5	
2008	2 586,0	+1,1	2 522,3	+1,9	40,5	1,6	39,5	1,6	
2009	2 604,9	+0,7	2 585,3	+2,5	-126,0	-4,8	-125,0	-4,8	
2010	2 625,5	+0,8	2 625,5	+1,6	-45,4	-1,7	-45,4	-1,7	
2011	2 634,9	+0,4	2 663,1	+1,4	39,6	1,5	40,0	1,5	
2012	2 664,3	+1,1	2 733,2	+2,6	21,1	0,8	21,6	0,8	
2013	2 712,6	+1,8	2 841,1	+3,9	-19,3	-0,7	-20,2	-0,7	
2014	2 748,4	+1,3	2 928,5	+3,1	-12,0	-0,4	-12,8	-0,4	
2015	2 790,3	+1,5	3 035,0	+3,6	-7,7	-0,3	-8,4	-0,3	
2016	2 833,6	+1,6	3 134,0	+3,3	-2,9	-0,1	-3,2	-0,1	
2017	2 882,3	+1,7	3 244,6	+3,5	-8,2	-0,3	-9,2	-0,3	
2018	2 928,3	+1,6	3 350,0	+3,2	-7,2	-0,2	-8,2	-0,2	
2019	2 971,1	+1,5	3 454,2	+3,1	-2,1	-0,1	-2,4	-0,1	
2020	3 017,6	+1,6	3 565,4	+3,2	0,0	0,0	0,0	0,0	

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,3	1,0	0,1	1,1
1982	+2,1	1,0	0,1	1,0
1983	+2,1	1,1	0,0	0,9
1984	+2,1	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,7	-0,1	0,8
1989	+2,8	1,8	0,1	0,9
1990	+3,0	1,9	0,2	0,9
1991	+2,9	1,8	0,1	0,9
1992	+2,9	1,7	0,2	1,0
1993	+2,6	1,5	0,1	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,9	1,2	-0,3	1,0
1996	+1,7	1,1	-0,3	0,9
1997	+1,6	1,0	-0,3	0,8
1998	+1,5	1,0	-0,3	0,8
1999	+1,6	1,0	-0,3	0,8
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,8
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	0,0	0,6
2004	+1,3	0,7	0,1	0,5
2005	+1,3	0,7	0,1	0,5
2006	+1,3	0,6	0,2	0,5
2007	+1,2	0,6	0,1	0,5
2008	+1,1	0,5	0,0	0,5
2009	+0,7	0,4	-0,1	0,4
2010	+0,8	0,5	0,0	0,4
2011	+1,0	0,5	0,1	0,4
2012	+1,2	0,4	0,3	0,4
2013	+1,3	0,5	0,4	0,4
2014	+1,4	0,5	0,5	0,4
2015	+1,6	0,5	0,7	0,4
2016	+1,5	0,6	0,5	0,4
2017	+1,5	0,6	0,4	0,4
2018	+1,5	0,7	0,3	0,4
2019	+1,4	0,8	0,2	0,4
2020	+1,5	0,8	0,3	0,4

 $^{^1} Abweichungen \, des \, ausgewiesen en \, Potenzial wachstums \, von \, der \, Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt	nomin	nal
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	750,2		171,7	
1961	784,9	+4,6	191,9	+11,8
1962	821,6	+4,7	213,1	+11,1
1963	844,7	+2,8	225,8	+5,9
1964	900,9	+6,7	250,4	+10,9
1965	949,2	+5,4	274,7	+9,7
1966	975,6	+2,8	285,0	+3,7
1967	972,6	-0,3	279,9	-1,8
1968	1 025,7	+5,5	307,3	+9,8
1969	1 102,2	+7,5	350,5	+14,1
1970	1 157,7	+5,0	402,4	+14,8
1971	1 194,0	+3,1	446,6	+11,0
1972	1 245,3	+4,3	486,9	+9,0
1973	1 304,8	+4,8	542,3	+11,4
1974	1 316,4	+0,9	587,0	+8,2
1975	1 305,0	-0,9	614,8	+4,8
1976	1 369,6	+4,9	666,6	+8,4
1977	1 415,5	+3,3	710,3	+6,6
1978	1 458,1	+3,0	757,6	+6,7
1979	1 518,6	+4,2	822,8	+8,6
1980	1 540,0	+1,4	879,9	+6,9
1981	1 548,1	+0,5	921,4	+4,7
1982	1 542,0	-0,4	959,9	+4,2
1983	1 566,3	+1,6	1 002,3	+4,4
1984	1 610,5	+2,8	1 051,1	+4,9
1985	1 648,0	+2,3	1 098,4	+4,5
1986	1 685,7	+2,3	1 157,3	+5,4
1987	1 709,3	+1,4	1 188,5	+2,7
1988	1 772,7	+3,7	1 253,4	+5,5
1989	1 841,7	+3,9	1 339,7	+6,9
1990	1 938,5	+5,3	1 458,0	+8,8+
1991	2 038,5	+5,2	1 579,8	+8,4
1992	2 077,7	+1,9	1 695,3	+7,3
1993	2 057,9	-1,0	1 748,6	+3,1
1994	2 108,4	+2,5	1 830,3	+4,7
1995	2 145,1	+1,7	1 898,9	+3,7
1996	2 162,6	+0,8	1 926,3	+1,4
1997	2 202,6	+1,8	1 967,1	+2,1
1998	2 246,2	+2,0	2 018,2	+2,6
1999	2 290,8	+2,0	2 064,9	+2,3

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbei	reinigt ¹	nom	ninal
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 358,7	+3,0	2 116,5	+2,5
2001	2 398,7	+1,7	2 179,9	+3,0
2002	2 398,7	+0,0	2 209,3	+1,4
2003	2 381,7	-0,7	2 220,1	+0,5
2004	2 409,5	+1,2	2 270,6	+2,3
2005	2 426,5	+0,7	2 300,9	+1,3
2006	2 516,3	+3,7	2 393,3	+4,0
2007	2 598,4	+3,3	2 513,2	+5,0
2008	2 626,5	+1,1	2 561,7	+1,9
2009	2 478,9	-5,6	2 460,3	-4,0
2010	2 580,1	+4,1	2 580,1	+4,9
2011	2 674,5	+3,7	2 703,1	+4,8
2012	2 685,3	+0,4	2 754,9	+1,9
2013	2 693,3	+0,3	2 820,8	+2,4
2014	2 736,4	+1,6	2 915,7	+3,4
2015	2 782,6	+1,7	3 025,9	+3,8
2016	2 829,3	+1,7	3 135,9	+3,6
2017	2 872,4	+1,5	3 239,7	+3,3
2018	2 916,6	+1,5	3 344,9	+3,2
2019	2 961,6	+1,5	3 453,4	+3,2
2020	3 007,2	+1,5	3 565,5	+3,2

¹Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2010 = 100).

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten			
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung ¹	Trend	tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjah	
960	54 657			60,0	32 340		
961	54 667	+0,0		60,5	32 791	+1,4	
962	54 803	+0,2		60,5	32 905	+0,3	
963	55 035	+0,4		60,5	32 983	+0,2	
964	55 219	+0,3		60,3	33 011	+0,1	
1965	55 499	+0,5	59,9	60,3	33 199	+0,6	
1966	55 793	+0,5	59,5	59,8	33 097	-0,3	
1967	55 845	+0,1	59,1	58,7	32 019	-3,3	
1968	55 951	+0,2	58,8	58,3	32 046	+0,1	
1969	56 377	+0,8	58,7	58,3	32 545	+1,6	
1970	56 586	+0,4	58,6	58,6	32 993	+1,4	
 1971	56 729	+0,3	58,6	58,8	33 143	+0,5	
1972	57 126	+0,7	58,6	58,9	33 325	+0,6	
 1973	57 519	+0,7	58,6	59,3	33 727	+1,2	
1974	57 776	+0,4	58,4	58,8	33 408	-0,9	
 1975	57 814	+0,1	58,3	58,1	32 570	-2,5	
1976	57 871	+0,1	58,1	57,9	32 434	-0,4	
1977	58 057	+0,3	58,1	57,8	32 508	+0,2	
1978	58 348	+0,5	58,2	57,9	32 829	+1,0	
1979	58 738	+0,7	58,5	58,4	33 463	+1,9	
1980	59 196	+0,8	59,0	58,9	34024	+1,7	
1981	59 595	+0,7	59,5	59,4	34 065	+0,1	
1982	59 823	+0,4	60,2	60,2	33 802	-0,8	
1983	59 931	+0,2	61,0	61,2	33 494	-0,9	
1984	59 957	+0,0	61,8	61,8	33 783	+0,9	
1985	59 980	+0,0	62,5	62,7	34 257	+1,4	
1986	60 095	+0,2	63,3	63,2	34915	+1,9	
1987	60 194	+0,2	63,9	63,8	35 402	+1,4	
1988	60 300	+0,2	64,6	64,5	35 906	+1,4	
1989	60 567	+0,4	65,1	64,9	36 580	+1,9	
1990	60 955	+0,6	65,5	65,9	37 733	+3,2	
1991	61 396	+0,7	65,7	66,7	38 790	+2,8	
1992	61 972	+0,9	65,8	65,9	38 283	-1,3	
1993	62 517	+0,9	65,8	65,3	37 786	-1,3	
1994	62 797	+0,4	65,8	65,5	37 798	+0,0	
1995	62 925	+0,2	65,9	65,4	37 958	+0,4	
1996	62 993	+0,1	66,1	65,8	37 969	+0,0	
1997	62 977	-0,0	66,4	66,2	37 947	-0,1	
1998	62 917	-0,1	66,8	66,9	38 407	+1,2	
1999	62 907	-0,0	67,3	67,4	39 031	+1,6	

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipat	tionsraten			
Jahr	Erwerbsbe	völkerung ¹	Trend	tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in %	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	
2000	62 932	+0,0	67,7	68,4	39 917	+2,3	
2001	63 000	+0,1	68,0	68,0	39 809	-0,3	
2002	63 115	+0,2	68,2	68,1	39 630	-0,4	
2003	63 178	+0,1	68,5	68,1	39 200	-1,1	
2004	63 176	-0,0	68,8	68,8	39 337	+0,3	
2005	63 153	-0,0	69,1	69,4	39 326	-0,0	
2006	63 093	-0,1	69,3	69,3	39 635	+0,8	
2007	62 992	-0,2	69,6	69,5	40 325	+1,7	
2008	62 833	-0,3	69,9	69,8	40 856	+1,3	
2009	62 546	-0,5	70,3	70,3	40 892	+0,1	
2010	62 224	-0,5	70,6	70,5	41 020	+0,3	
2011	61 984	-0,4	71,0	70,9	41 577	+1,4	
2012	61 890	-0,2	71,5	71,6	42 060	+1,2	
2013	61 877	-0,0	71,9	71,9	42 328	+0,6	
2014	61 859	-0,0	72,3	72,4	42 703	+0,9	
2015	61 928	+0,1	72,7	72,6	43 032	+0,8	
2016	62 047	+0,2	73,1	73,1	43 512	+1,1	
2017	62 142	+0,2	73,5	73,7	43 862	+0,8	
2018	62 185	+0,1	73,8	73,9	43 928	+0,2	
2019	62 160	-0,0	74,2	74,1	43 994	+0,2	
2020	62 200	+0,1	74,5	74,3	44 060	+0,2	
2021	62 219	+0,0	74,8	74,7			
2022	62 098	-0,2	75,1	75,1			
2023	61 923	-0,3	75,4	75,4			

 $^{^{1} 12.\} koordinierte Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.$

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbst	tätigem, Arbeitsst	unden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer		
Jahr	Tre	nd	tatsächlich bez progno	stiziert			in % der Erwerbs-	NAWRU ²	
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	NAVINO	
960			2 167		25 152		1,4		
961			2 141	-1,2	25 768	+2,5	0,9		
1962			2 104	-1,7	26 138	+1,4	0,8		
1963			2 073	-1,4	26 436	+1,1	1,0		
1964			2 085	+0,6	26 733	+1,1	0,9		
1965	2 067		2 071	-0,7	27 096	+1,4	0,7		
1966	2 043	-1,2	2 045	-1,3	27 111	+0,1	0,8		
1967	2 019	-1,2	2 007	-1,8	26 198	-3,4	2,4	0,8	
1968	1 996	-1,1	1 995	-0,6	26364	+0,6	1,7	0,9	
1969	1 973	-1,2	1 975	-1,0	27 095	+2,8	0,9	1,0	
1970	1 949	-1,2	1 960	-0,8	27 877	+2,9	0,5	1,0	
1971	1 924	-1,3	1 928	-1,6	28 339	+1,7	0,7	1,2	
1972	1 898	-1,4	1 905	-1,2	28 680	+1,2	0,9	1,3	
1973	1 872	-1,4	1876	-1,5	29 199	+1,8	1,0	1,	
1974	1 847	-1,3	1 837	-2,1	29 048	-0,5	1,7	1,	
1975	1 825	-1,2	1 800	-2,0	28 383	-2,3	3,1	2,0	
1976	1 807	-1,0	1813	+0,7	28 461	+0,3	3,2	2,	
1977	1 790	-0,9	1 795	-1,0	28 696	+0,8	3,1	2,	
1978	1 775	-0,9	1 776	-1,1	29 090	+1,4	2,9	3,	
1979	1 759	-0,9	1 764	-0,7	29 822	+2,5	2,4	3,	
1980	1744	-0,9	1 745	-1,1	30 405	+2,0	2,4	4,	
1981	1 729	-0,9	1724	-1,2	30 484	+0,3	3,8	4,8	
1982	1713	-0,9	1 712	-0,6	30 260	-0,7	6,2	5,:	
1983	1 698	-0,9	1 699	-0,8	29 992	-0,9	8,6	5,8	
1984	1 681	-1,0	1 688	-0,7	30 281	+1,0	8,9	6,	
1985	1 664	-1,0	1 665	-1,4	30 758	+1,6	9,0	6,	
1986	1 646	-1,1	1 646	-1,1	31 393	+2,1	8,1	6,8	
1987	1 629	-1,1	1 624	-1,3	31914	+1,7	7,8	7,0	
1988	1612	-1,0	1 619	-0,3	32 429	+1,6	7,7	7,	
1989	1 595	-1,0	1 595	-1,4	33 078	+2,0	6,9	7,3	
1990	1 580	-1,0	1 572	-1,4	34212	+3,4	6,0	7,:	
1991	1 567	-0,8	1 554	-1,2	35 227	+3,0	5,3	7,	
1992	1 555	-0,7	1 565	+0,7	34 675	-1,6	6,3	7,	
1993	1 545	-0,7	1 542	-1,5	34120	-1,6	7,5	7,	
1994	1 534	-0,7	1 537	-0,3	34 052	-0,2	8,0	7,	
1995	1 523	-0,7	1 528	-0,6	34 161	+0,3	7,8	7,	
1996	1512	-0,8	1511	-1,1	34115	-0,1	8,4	7,	
1997	1 499	-0,8	1 500	-0,7	34036	-0,2	9,0	7,	
1998	1 486	-0,9	1 494	-0,4	34 447	+1,2	8,7	7,	
1999	1 472	-0,9	1 479	-1,0	35 046	+1,7	7,9	8,	

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	szeit je Erwerbst	ätigem, Arbeitss	tunden	Arbeitnehr	mer, Inland	Erwerbslos	e, Inländer
Jahr	Tre	end		ziehungsweise ostiziert			in % der Erwerbs-	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	NAVIKO
2000	1 459	-0,9	1 452	-1,8	35 922	+2,5	7,2	8,1
2001	1 447	-0,8	1 442	-0,7	35 797	-0,3	7,1	8,2
2002	1 437	-0,7	1 431	-0,8	35 570	-0,6	7,9	8,2
2003	1 429	-0,5	1 425	-0,4	35 078	-1,4	8,9	8,2
2004	1 423	-0,4	1 422	-0,2	35 079	+0,0	9,5	8,1
2005	1 419	-0,3	1 411	-0,8	34916	-0,5	10,3	8,0
2006	1 415	-0,3	1 425	+1,0	35 152	+0,7	9,4	7,8
2007	1 411	-0,3	1 424	-0,0	35 798	+1,8	7,9	7,5
2008	1 404	-0,5	1 418	-0,4	36353	+1,6	6,9	7,2
2009	1 396	-0,6	1 373	-3,2	36 407	+0,1	7,0	6,9
2010	1 389	-0,5	1 390	+1,3	36 533	+0,3	6,4	6,5
2011	1 383	-0,5	1 393	+0,2	37 014	+1,3	5,5	6,1
2012	1 377	-0,4	1 375	-1,3	37 500	+1,3	5,0	5,6
2013	1 373	-0,3	1 362	-1,0	37 869	+1,0	4,9	5,2
2014	1 370	-0,2	1 366	+0,3	38 306	+1,2	4,7	4,8
2015	1 369	-0,1	1 371	+0,3	38 732	+1,1	4,3	4,5
2016	1 369	-0,0	1 373	+0,1	39 283	+1,4	4,1	4,5
2017	1 369	+0,0	1 371	-0,1	39 683	+1,0	4,3	4,5
2018	1 3 6 9	-0,0	1 370	-0,1	39 751	+0,2	4,4	4,5
2019	1 369	-0,0	1 369	-0,1	39819	+0,2	4,5	4,5
2020	1 3 6 8	-0,0	1 368	-0,1	39888	+0,2	4,7	4,5
2021	1 368	-0,0	1 368	-0,0				
2022	1367	-0,0	1 367	-0,0				
2023	1 367	-0,0	1 367	-0,0				

 $^{^{1} 12.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;}\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$

 $^{^{2}\,\}mbox{Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.}$

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	ereinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	7 465,3	+3,5	348,8	+2,3	1,4
1981	7 705,8	+3,2	332,6	-4,7	1,2
1982	7 923,0	+2,8	317,4	-4,6	1,3
1983	8 130,7	+2,6	326,9	+3,0	1,5
1984	8 335,7	+2,5	327,4	+0,2	1,5
1985	8 534,2	+2,4	329,6	+0,7	1,6
1986	8 733,5	+2,3	340,1	+3,2	1,7
1987	8 936,9	+2,3	347,2	+2,1	1,6
1988	9 147,4	+2,4	364,7	+5,0	1,7
1989	9 373,5	+2,5	391,1	+7,2	1,8
1990	9 621,9	+2,7	422,4	+8,0	1,9
1991	9 884,4	+2,7	442,3	+4,7	1,9
1992	10 178,4	+3,0	460,5	+4,1	1,7
1993	10 486,7	+3,0	441,2	-4,2	1,3
1994	10783,4	+2,8	457,2	+3,6	1,5
1995	11079,3	+2,7	457,1	-0,0	1,5
1996	11 365,0	+2,6	454,8	-0,5	1,5
1997	11 641,2	+2,4	458,4	+0,8	1,6
1998	11918,1	+2,4	476,2	+3,9	1,7
1999	12 206,0	+2,4	498,3	+4,6	1,8
2000	12 499,7	+2,4	510,0	+2,3	1,8
2001	12 779,6	+2,2	497,1	-2,5	1,7
2002	13 019,3	+1,9	468,4	-5,8	1,8
2003	13 225,3	+1,6	462,2	-1,3	2,0
2004	13 416,7	+1,4	462,4	+0,0	2,0
2005	13 596,5	+1,3	465,8	+0,7	2,1
2006	13 785,0	+1,4	500,8	+7,5	2,3
2007	13 992,5	+1,5	521,2	+4,1	2,3
2008	14 203,7	+1,5	529,2	+1,5	2,3
2009	14 380,5	+1,2	475,8	-10,1	2,1
2010	14 533,2	+1,1	501,4	+5,4	2,4
2011	14 700,5	+1,2	537,4	+7,2	2,5
2012	14 876,6	+1,2	535,1	-0,4	2,4
2013	15 043,2	+1,1	527,9	-1,3	2,4
2014	15 209,1	+1,1	546,3	+3,5	2,5
2015	15 388,8	+1,2	558,4	+2,2	2,5
2016	15 569,3	+1,2	572,8	+2,6	2,5
2017	15 752,5	+1,2	588,4	+2,7	2,6
2017	15 732,3	+1,2	599,5	+1,9	2,6
2019 2020	16 148,4	+1,3 +1,3	610,8	+1,9 +1,9	2,6

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4164	-7,4273
1981	-7,4149	-7,4174
1982	-7,4193	-7,4071
1983	-7,4019	-7,3956
1984	-7,3840	-7,3832
1985	-7,3693	-7,3699
1986	-7,3597	-7,3556
1987	-7,3541	-7,3403
1988	-7,3329	-7,3235
1989	-7,3059	-7,3057
1990	-7,2745	-7,2872
1991	-7,2438	-7,2690
1992	-7,2311	-7,2521
1993	-7,2330	-7,2371
1994	-7,2169	-7,2237
1995	-7,2079	-7,2119
1996	-7,2014	-7,2011
1997	-7,1864	-7,1907
1998	-7,1802	-7,1806
1999	-7,1729	-7,1704
2000	-7,1548	-7,1601
2001	-7,1394	-7,1500
2002	-7,1380	-7,1409
2003	-7,1407	-7,1328
2004	-7,1352	-7,1255
2005	-7,1277	-7,1187
2006	-7,1074	-7,1122
2007	-7,0916	-7,1064
2008	-7,0918	-7,1014
2009	-7,1333	-7,0974
2010	-7,1071	-7,0928
2011	-7,0853	-7,0882
2012	-7,0847	-7,0838
2013	-7,0833	-7,0792
2014	-7,0792	-7,0744
2015	-7,0738	-7,0691
2016	-7,0693	-7,0633
2017	-7,0626	-7,0569
2018	-7,0521	-7,0498
2019	-7,0419	-7,0423
2020	-7,0317	-7,0344

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	rivaten Konsums	Arbeitnehmerentgelte, Inland		
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	
1960	22,9	-	26,3	-	83,5	-	
1961	24,4	+6,8	27,2	+3,3	94,2	+12,9	
1962	25,9	+6,1	28,0	+2,9	104,3	+10,6	
1963	26,7	+3,0	28,8	+3,0	111,9	+7,3	
1964	27,8	+4,0	29,4	+2,2	122,4	+9,4	
1965	28,9	+4,2	30,4	+3,2	135,8	+11,0	
1966	29,2	+0,9	31,5	+3,6	146,2	+7,7	
1967	28,8	-1,5	32,0	+1,6	146,0	-0,2	
1968	30,0	+4,1	32,5	+1,6	156,7	+7,4	
1969	31,8	+6,2	33,1	+1,9	176,4	+12,6	
1970	34,8	+9,3	34,3	+3,5	209,5	+18,7	
1971	37,4	+7,6	36,2	+5,6	237,4	+13,3	
1972	39,1	+4,5	37,9	+4,7	263,2	+10,9	
1973	41,6	+6,3	40,7	+7,4	299,6	+13,8	
1974	44,6	+7,3	44,0	+8,0	331,4	+10,6	
1975	47,1	+5,7	46,4	+5,5	346,3	+4,5	
1976	48,7	+3,3	48,1	+3,8	374,3	+8,1	
1977	50,2	+3,1	49,4	+2,7	401,8	+7,4	
1978	52,0	+3,5	50,4	+1,9	429,0	+6,8	
1979	54,2	+4,3	53,3	+5,7	464,5	+8,3	
1980	57,1	+5,5	56,8	+6,7	504,9	+8,7	
1981	59,5	+4,2	60,3	+6,1	529,5	+4,9	
1982	62,2	+4,6	63,4	+5,0	546,2	+3,1	
1983	64,0	+2,8	65,4	+3,2	558,3	+2,2	
1984	65,3	+2,0	67,0	+2,5	580,1	+3,9	
1985	66,7	+2,1	68,0	+1,5	603,3	+4,0	
1986	68,7	+3,0	67,3	-1,1	635,4	+5,3	
1987	69,5	+1,3	67,3	-0,1	664,3	+4,5	
1988	70,7	+1,7	68,5	+1,9	692,2	+4,2	
1989	72,7	+2,9	71,1	+3,9	724,2	+4,6	
1990	75,2	+3,4	73,3	+3,0	783,6	+8,2	
1991	77,5	+3,0	75,4	+3,0	854,4	+9,0	
1992	81,6	+5,3	78,6	+4,2	927,4	+8,5	
1993	85,0	+4,1	81,6	+3,7	950,1	+2,4	
1994	86,8	+2,2	83,2	+2,1	975,6	+2,7	
1995	88,5	+2,0	84,3	+1,3	1 012,6	+3,8	
1996	89,1	+0,6	85,1	+1,0	1 021,9	+0,9	
1997	89,3	+0,3	86,2	+1,3	1 026,4	+0,4	
1998	89,9	+0,6	86,6	+0,5	1 048,3	+2,1	
1999	90,1	+0,3	87,0	+0,4	1 078,6	+2,9	

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	89,7	-0,4	87,7	+0,8	1 120,5	+3,9
2001	90,9	+1,3	89,2	+1,7	1 137,7	+1,5
2002	92,1	+1,4	90,3	+1,3	1 144,8	+0,6
2003	93,2	+1,2	92,0	+1,8	1 146,2	+0,1
2004	94,2	+1,1	92,9	+1,0	1 148,4	+0,2
2005	94,8	+0,6	94,3	+1,5	1 145,9	-0,2
2006	95,1	+0,3	95,3	+1,1	1 165,3	+1,7
2007	96,7	+1,7	96,8	+1,6	1 197,1	+2,7
2008	97,5	+0,8	98,5	+1,7	1 241,3	+3,7
2009	99,2	+1,8	98,1	-0,4	1 245,7	+0,4
2010	100,0	+0,8	100,0	+2,0	1 282,0	+2,9
2011	101,1	+1,1	102,0	+2,0	1 337,3	+4,3
2012	102,6	+1,5	103,6	+1,6	1 389,2	+3,9
2013	104,7	+2,1	104,9	+1,2	1 428,3	+2,8
2014	106,6	+1,7	105,9	+0,9	1 482,8	+3,8
2015	108,7	+2,1	106,6	+0,6	1 540,3	+3,9
2016	110,8	+1,9	107,4	+0,7	1 599,9	+3,9
2017	112,8	+1,8	109,1	+1,6	1 658,4	+3,7
2018	114,7	+1,7	110,9	+1,6	1 708,0	+3,0
2019	116,6	+1,7	112,7	+1,6	1 758,8	+3,0
2020	118,6	+1,7	114,5	+1,6	1810,4	+2,9

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	ätige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigem	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p. a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	. a.	in%
1991	38,8		51,3	2,2	5,3				24,9
1992	38,3	-1,3	50,8	2,6	6,3	+1,9	+3,3	+2,5	25,1
1993	37,8	-1,3	50,4	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,9	23,9
1994	37,8	+0,0	50,6	3,3	8,0	+2,5	+2,4	+2,7	24,0
1995	38,0	+0,4	50,5	3,2	7,8	+1,7	+1,3	+1,9	23,4
1996	38,0	+0,0	50,8	3,5	8,4	+0,8	+0,8	+2,0	22,8
1997	37,9	-0,1	51,1	3,8	9,0	+1,8	+1,9	+2,6	22,5
1998	38,4	+1,2	51,6	3,7	8,8	+2,0	+0,8	+1,2	22,6
1999	39,0	+1,6	51,9	3,4	8,0	+2,0	+0,4	+1,4	22,9
2000	39,9	+2,3	52,7	3,1	7,3	+3,0	+0,7	+2,5	23,0
2001	39,8	-0,3	52,4	3,1	7,2	+1,7	+2,0	+2,7	21,7
2002	39,6	-0,4	52,6	3,4	7,9	+0,0	+0,5	+1,2	20,0
2003	39,2	-1,1	52,6	3,8	8,9	-0,7	+0,4	+0,8	19,5
2004	39,3	+0,3	53,2	4,1	9,5	+1,2	+0,8	+1,0	19,2
2005	39,3	-0,0	53,8	4,5	10,3	+0,7	+0,7	+1,5	19,1
2006	39,6	+0,8	53,8	4,1	9,4	+3,7	+2,9	+1,9	19,8
2007	40,3	+1,7	54,0	3,5	7,9	+3,3	+1,5	+1,5	20,1
2008	40,9	+1,3	54,3	3,0	6,9	+1,1	-0,2	+0,2	20,3
2009	40,9	+0,1	54,6	3,1	7,1	-5,6	-5,7	-2,6	19,2
2010	41,0	+0,3	54,6	2,8	6,4	+4,1	+3,8	+2,5	19,4
2011	41,6	+1,4	54,7	2,4	5,5	+3,7	+2,3	+2,1	20,3
2012	42,1	+1,2	55,0	2,2	5,0	+0,4	-0,7	+0,5	20,2
2013	42,3	+0,6	55,1	2,2	4,9	+0,3	-0,3	+0,7	19,8
2014	42,7	+0,9	55,2	2,1	4,7	+1,6	+0,7	+0,4	20,1
2015	43,1	+0,8	55,1	2,0	4,3	+1,7	+0,9	+0,5	20,0
2010/2005	40,3	+0,8	54,2	3,5	8,0	+1,2	0,4	+0,7	19,7
2015/2010	42,1	+1,0	55,0	2,3	5,1	+1,5	+0,5	+0,8	20,0

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 2010.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2 \,} Erwerbspersonen \, (inländische \, Erwerbst \"{a}tige + Erwerbslose \, (ILO)) \, in \, \% \, der \, Wohnbev\"{o}lkerung \, nach \, ESVG \, 2010.$

 $^{^3}$ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 2010.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2010=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p. a			
1991							
1992	+7,3	+5,3	+3,3	+4,4	+4,2	+5,1	+6,9
1993	+3,1	+4,1	+2,0	+3,7	+3,7	+4,5	+4,1
1994	+4,7	+2,2	+1,0	+1,9	+2,1	+2,6	+0,7
1995	+3,7	+2,0	+1,7	+1,6	+1,3	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,3	+0,7	+1,0	+1,4	+0,4
1997	+2,1	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+2,0	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,9	+0,1	+0,5	+1,0	+0,3
1999	+2,3	+0,3	+0,8	+0,1	+0,4	+0,6	+1,0
2000	+2,5	-0,4	-4,3	+0,8	+0,8	+1,4	+0,7
2001	+3,0	+1,3	+0,1	+1,2	+1,7	+2,0	-0,3
2002	+1,4	+1,3	+2,0	+0,8	+1,3	+1,4	+0,6
2003	+0,5	+1,2	+1,2	+1,0	+1,8	+1,1	+1,1
2004	+2,3	+1,1	+0,2	+1,1	+1,0	+1,6	-0,5
2005	+1,3	+0,6	-1,8	+1,2	+1,5	+1,6	-0,4
2006	+4,0	+0,3	-1,6	+0,9	+1,1	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,7	+0,2	+1,7	+1,6	+2,3	-0,8
2008	+1,9	+0,8	-1,7	+1,5	+1,7	+2,6	+2,4
2009	-4,0	+1,8	+4,6	+0,3	-0,4	+0,3	+6,9
2010	+4,9	+0,8	-2,3	+1,6	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,8	+1,1	-2,7	+2,1	+2,0	+2,1	+0,5
2012	+1,9	+1,5	-0,4	+1,6	+1,6	+2,0	+3,1
2013	+2,4	+2,1	+1,4	+1,6	+1,2	+1,5	+2,0
2014	+3,4	+1,7	+1,5	+1,2	+1,0	+0,9	+1,6
2015	+3,8	+2,1	+2,7	+1,0	+0,6	+0,3	+1,7
2010/2005	+2,3	+1,1	-0,2	+1,2	+1,2	+1,6	+0,9
2015/2010	+3,2	+1,7	+0,5	+1,5	+1,3	+1,3	+1,8

 $^{^{1}} Einschließlich \ private \ Organisationen \ ohne \ Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p. a.	in Mr	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-8,1	-26,0	23,7	24,2	-0,5	-1,6
1992	+0,7	+0,9	-8,9	-21,0	22,3	22,8	-0,5	-1,2
1993	-5,7	-8,2	1,1	-17,0	20,4	20,3	0,1	-1,0
1994	+8,7	+8,0	3,6	-27,9	21,1	20,9	0,2	-1,5
1995	+8,0	+6,7	8,9	-25,2	22,0	21,5	0,5	-1,3
1996	+5,6	+4,0	15,8	-15,1	22,9	22,1	0,8	-0,8
1997	+13,2	+11,9	23,3	-10,3	25,4	24,2	1,2	-0,5
1998	+6,9	+6,5	26,7	-14,6	26,5	25,1	1,3	-0,7
1999	+4,6	+7,2	14,7	-29,3	27,0	26,3	0,7	-1,4
2000	+16,9	+19,0	5,7	-31,2	30,8	30,6	0,3	-1,5
2001	+6,5	+1,5	38,4	-9,9	31,9	30,1	1,8	-0,5
2002	+3,6	-5,1	96,7	37,8	32,6	28,2	4,4	1,7
2003	+0,5	+3,1	81,3	37,6	32,6	28,9	3,7	1,7
2004	+11,2	+7,5	114,5	101,2	35,4	30,4	5,0	4,5
2005	+7,9	+8,9	116,4	104,6	37,7	32,7	5,1	4,5
2006	+13,5	+14,2	126,8	137,3	41,2	35,9	5,3	5,7
2007	+9,7	+6,4	167,1	170,8	43,0	36,4	6,6	6,8
2008	+3,0	+5,1	153,1	140,5	43,5	37,5	6,0	5,5
2009	-16,5	-15,8	121,5	142,7	37,8	32,9	4,9	5,8
2010	+17,2	+18,2	134,1	150,0	42,3	37,1	5,2	5,8
2011	+11,1	+12,9	132,1	162,7	44,8	39,9	4,9	6,0
2012	+4,6	+1,8	167,7	197,9	46,0	39,9	6,1	7,2
2013	+1,3	+1,3	169,4	188,2	45,5	39,5	6,0	6,7
2014	+3,9	+2,1	196,4	227,8	45,7	39,0	6,7	7,8
2015	+6,5	+4,1	236,2	263,4	46,9	39,1	7,8	8,7
2010/2005	+4,7	+4,9	136,5	141,0	40,9	35,4	5,5	5,7
2015/2010	+5,4	+4,4	172,7	198,3	45,2	39,1	6,1	7,0

 $^{^{1}} In jeweiligen \, Preisen.$

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohn	quote	Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer)
		einkommen	(iniander)	unbereinigt ¹	bereinigt ²	Arbeithenmer)	Arbeitnenmer)
Jahr	Ve	eränderung in % p. a	a.	ir	1 %	Veränderu	ng in % p. a.
1991				69,9	69,9		
1992	+6,5	+2,2	+8,4	71,1	71,3	+10,2	+4,2
1993	+1,5	-0,4	+2,3	71,6	72,1	+4,3	+0,8
1994	+3,7	+6,3	+2,6	70,9	71,5	+1,9	-1,8
1995	+3,9	+4,6	+3,6	70,7	71,4	+3,0	-0,6
1996	+1,4	+2,6	+0,9	70,4	71,2	+1,2	+0,5
1997	+1,6	+4,3	+0,4	69,6	70,5	+0,0	-2,5
1998	+2,0	+1,7	+2,1	69,7	70,6	+0,9	+0,5
1999	+1,3	-2,4	+2,9	70,8	71,6	+1,3	+1,4
2000	+2,3	-1,5	+3,9	71,9	72,6	+1,0	+1,5
2001	+2,7	+5,7	+1,5	71,0	71,8	+2,3	+1,7
2002	+0,6	+0,5	+0,7	71,1	71,9	+1,4	-0,1
2003	+0,4	+0,9	+0,2	70,9	72,0	+1,2	-1,5
2004	+5,0	+16,5	+0,2	67,7	69,0	+0,5	+1,1
2005	+1,4	+4,8	-0,2	66,6	68,2	+0,3	-1,3
2006	+5,5	+12,9	+1,8	64,3	65,9	+0,7	-1,3
2007	+3,9	+5,9	+2,8	63,6	65,1	+1,4	-0,6
2008	+0,8	-4,4	+3,7	65,5	66,8	+2,4	+0,1
2009	-4,0	-12,3	+0,4	68,4	69,8	-0,1	+0,5
2010	+5,6	+11,2	+3,0	66,8	68,1	+2,5	+2,0
2011	+5,5	+7,7	+4,4	66,1	67,4	+3,4	+0,5
2012	+1,2	-4,1	+3,9	67,8	69,1	+2,8	+1,0
2013	+2,2	+0,9	+2,8	68,2	69,3	+2,1	+0,7
2014	+3,8	+3,8	+3,8	68,3	69,1	+2,7	+1,5
2015	+3,9	+4,2	+3,8	68,2	68,8	+2,8	+1,8
2010/2005	+2,3	+2,2	+2,3	65,9	67,3	+1,4	+0,1
2015/2010	+3,3	+2,4	+3,7	67,5	68,6	+2,8	+1,1

 $^{^1} Arbeit nehmer ent gelte in \% \, des \, Volksein kommens.$

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; \, eigene \, Berechnungen.$

 $^{^2\,\}mbox{Korrigiert}$ um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

				jährlich	e Veränderunç	gen in %			
Land	1995	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017
Deutschland	1,7	3,1	0,7	4,0	0,4	1,3	1,4	1,2	1,6
Belgien	22,9	3,7	1,8	2,3	0,2	1,6	1,7	1,6	1,6
Estland	6,5	9,9	8,9	3,3	2,2	2,9	1,1	1,9	2,4
Finnland	4,0	5,3	2,9	3,4	-1,4	5,2	7,8	4,9	3,7
Frankreich	2,0	3,7	1,8	1,7	0,2	0,7	-0,2	-0,3	2,7
Griechenland	-	4,5	2,3	-4,9	-3,9	1,4	3,2	2,6	2,5
Irland	-	10,6	6,1	-1,1	-0,3	0,2	1,2	1,3	1,7
Italien	2,9	3,7	0,9	1,7	-1,9	-0,3	0,8	1,1	1,3
Lettland	-0,6	5,3	10,1	-1,3	4,1	-2,5	1,6	1,7	2,0
Litauen	-	3,6	7,8	1,6	3,3	2,4	2,7	2,8	3,1
Luxemburg	-	8,4	5,3	3,1	2,1	3,0	1,6	2,8	3,1
Malta	-	-	3,6	4,3	2,9	4,1	4,8	3,3	3,9
Niederlande	3,1	3,9	2,0	1,5	-0,8	3,7	6,3	4,1	3,5
Österreich	2,7	3,7	2,4	1,8	0,3	1,0	2,0	1,7	2,0
Portugal	-	3,9	0,8	1,9	-1,4	0,4	0,9	1,5	1,6
Slowakei	7,9	1,4	6,7	4,4	0,9	0,9	1,5	1,5	1,7
Slowenien	7,4	4,3	4,0	1,3	-1,1	3,0	2,9	1,7	2,3
Spanien	5,0	5,0	3,6	-0,2	-1,2	2,5	3,6	3,2	3,3
Zypern	-	5,0	3,9	1,3	-5,4	-0,7	0,5	0,7	0,7
Euroraum	-	3,8	1,7	2,0	-0,4	0,9	1,7	1,6	1,8
Bulgarien	-	5,7	6,4	0,4	0,9	1,5	3,0	2,0	2,4
Dänemark	3,1	3,5	2,4	1,4	0,4	2,0	4,2	2,1	2,6
Kroatien	-	3,8	4,3	-2,3	-0,9	1,3	1,2	1,2	1,9
Polen	-	4,3	3,6	3,9	1,6	-0,4	1,6	1,8	2,1
Rumänien	7,1	2,4	4,2	-1,1	3,5	3,7	2,9	2,5	2,8
Schweden	3,9	4,5	3,2	6,6	1,6	3,3	3,6	3,7	3,6
Tschechien	6,2	4,2	6,8	2,5	-0,9	3,0	3,8	4,2	3,7
Ungarn	-	4,2	4,0	1,1	1,1	2,3	4,1	3,4	2,9
Vereinigtes Königreich	3,5	4,4	3,2	1,7	1,7	2,9	2,3	1,8	1,9
EU	-	3,9	2,2	2,0	0,1	1,4	2,0	1,8	1,9
USA	2,7	4,1	3,3	2,5	2,2	2,4	2,4	2,3	2,2
Japan	1,9	2,3	1,3	4,7	1,6	0,0	0,5	0,8	0,4

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2013: Eurostat.

Für die Jahre ab 2014: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2016.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	2012	2012	2011	2015	2010	2017
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Deutschland	+2,1	+1,6	+0,8	+0,1	+1,7	+1,6
Belgien	+2,6	+1,2	+0,5	+0,6	+0,3	+1,5
Estland	+4,2	+3,2	+0,5	+0,1	+0,8	+2,9
Finnland	+3,2	+2,2	+1,2	-0,2	+0,3	+1,3
Frankreich	+2,2	+1,0	+0,6	+0,1	-0,3	+0,6
Griechenland	+1,0	-0,9	-1,4	-1,1	-0,1	+1,4
Irland	+1,9	+0,5	+0,3	+0,0	+0,1	+1,0
Italien	+3,3	+1,2	+0,2	+0,1	+0,2	+1,4
Lettland	+2,3	+0,0	+0,7	+0,2	-0,7	+1,0
Litauen	+3,2	+1,2	+0,2	-0,7	+0,2	+2,0
Luxemburg	+2,9	+1,7	+0,7	+0,1	+0,6	+1,8
Malta	+3,2	+1,0	+0,8	+1,2	-0,1	+1,8
Niederlande	+2,8	+2,6	+0,3	+0,2	+1,4	+2,2
Österreich	+2,6	+2,1	+1,5	+0,8	+0,4	+1,3
Portugal	+2,8	+0,4	-0,2	+0,5	+0,9	+1,7
Slowakei	+3,7	+1,5	-0,1	-0,3	+0,7	+1,2
Slowenien	+2,8	+1,9	+0,4	-0,8	-0,2	+1,6
Spanien	+2,4	+1,5	-0,2	-0,6	-0,1	+1,5
Zypern	+3,1	+0,4	-0,3	-1,5	+0,0	+1,3
Euroraum	+2,5	+1,4	+0,4	+0,0	+0,2	+1,4
Bulgarien	+2,4	+0,4	-1,6	-1,1	-0,7	+0,9
Dänemark	+2,4	+0,5	+0,4	+0,2	+0,5	+1,4
Kroatien	+3,4	+2,3	+0,2	-0,3	+0,3	+1,5
Polen	+3,7	+0,8	+0,1	-0,7	-0,6	+0,7
Rumänien	+3,4	+3,2	+1,4	-0,4	+0,4	+2,3
Schweden	+0,9	+0,4	+0,2	+0,7	+0,0	+1,6
Tschechien	+3,5	+1,4	+0,4	+0,3	-0,6	+2,5
Ungarn	+5,7	+1,7	+0,0	+0,1	+0,9	+1,2
Vereinigtes Königreich	+2,8	+2,6	+1,5	+0,0	+0,8	+1,6
EU	+2,6	+1,5	+0,5	+0,0	+0,3	+1,5
USA	+2,1	+1,2	+1,3	-0,7	+1,2	+2,2
Japan	-	-	+2,7	+0,8	+0,0	+1,5

Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2016; Eurostat.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land				in % der ziv	ilen Erwerbsbe	evölkerung			
Land	1995	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017
Deutschland	8,2	7,9	11,2	7,0	5,2	5,0	4,6	4,6	4,7
Belgien	9,7	6,9	8,5	8,3	8,4	8,5	8,5	8,2	7,7
Estland	9,8	14,6	8,0	16,7	8,6	7,4	6,2	6,5	7,7
Finnland	15,4	9,8	8,4	8,4	8,2	8,7	9,4	9,4	9,3
Frankreich	10,2	8,6	8,9	9,3	10,3	10,3	10,4	10,2	10,1
Griechenland	9,2	11,2	10,0	12,7	27,5	26,5	24,9	24,7	23,6
Irland	12,3	4,3	4,4	13,9	13,1	11,3	9,4	8,2	7,5
Italien	11,2	10,0	7,7	8,4	12,1	12,7	11,9	11,4	11,2
Lettland	14,9	14,3	10,0	19,5	11,9	10,8	9,9	9,6	9,3
Litauen	6,8	16,4	8,3	17,8	11,8	10,7	9,1	7,8	6,4
Luxemburg	2,9	2,2	4,6	4,6	5,9	6,0	6,4	6,2	6,2
Malta	4,8	6,7	6,9	6,9	6,4	5,8	5,4	5,1	5,1
Niederlande	8,3	3,7	5,9	5,0	7,3	7,4	6,9	6,4	6,1
Österreich	4,2	3,9	5,6	4,8	5,4	5,6	5,7	5,9	6,1
Portugal	7,9	5,1	8,8	12,0	16,4	14,1	12,6	11,6	10,7
Slowakei	12,1	18,9	16,4	14,5	14,2	13,2	11,5	10,5	9,5
Slowenien	6,8	6,7	6,5	7,3	10,1	9,7	9,0	8,6	8,1
Spanien	20,7	11,9	9,2	19,9	26,1	24,5	22,1	20,0	18,1
Zypern	-	4,8	5,3	6,3	15,9	16,1	15,1	13,4	12,4
Euroraum	-	8,9	9,1	10,2	12,0	11,6	10,9	10,4	10,0
Bulgarien	10,0	16,4	10,1	10,3	13,0	11,4	9,2	8,6	8,0
Dänemark	6,7	4,3	4,8	7,5	7,0	6,6	6,2	6,0	5,7
Kroatien		15,8	13,0	11,7	17,3	17,3	16,3	15,5	14,7
Polen	13,2	16,1	17,9	9,7	10,3	9,0	7,5	6,8	6,3
Rumänien	9,7	7,6	7,1	7,0	7,1	6,8	6,8	6,8	6,7
Schweden	8,8	5,6	7,7	8,6	8,0	7,9	7,4	6,8	6,3
Tschechien	3,9	8,8	7,9	7,3	7,0	6,1	5,1	4,5	4,4
Ungarn	9,7	6,3	7,2	11,2	10,2	7,7	6,8	6,4	6,1
Vereinigtes Königreich	8,5	5,4	4,8	7,8	7,6	6,1	5,3	5,0	4,9
EU	-	8,9	9,0	9,6	10,9	10,2	9,4	8,9	8,6
USA	5,6	4,0	5,1	9,6	7,4	6,2	5,3	4,8	4,5
Japan	3,1	4,7	4,4	5,0	4,0	3,6	3,4	3,3	3,3

Quellen: Ameco.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoi	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	gsbilanz	
			Verände	erung gege	nüber Vor	jahr in %			Е	in % des n Bruttoinlar	ominalen idprodukts	3
	2014	2015	2016 ¹	2017 ¹	2014	2015	2016 ¹	2017 ¹	2014	2015	2016 ¹	2017 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+1,1	-2,8	-1,1	+1,3	+8,1	+15,5	+9,4	+7,4	2,1	2,8	2,0	3,0
darunter												
Russische Föderation	+0,7	-3,7	-1,8	+0,8	+7,8	+15,5	+8,4	+6,5	2,9	5,0	4,2	5,
Ukraine	-6,6	-9,9	+1,5	+2,5	+12,1	+48,7	+15,1	+11,0	-4,0	-0,3	-2,6	-2,3
Asien	+6,8	+6,6	+6,4	+6,3	+3,5	+2,7	+2,9	+3,2	1,4	1,9	1,7	1,
darunter												
China	+7,3	+6,9	+6,5	+6,2	+2,0	+1,4	+1,8	+2,0	2,1	2,7	2,6	2,
Indien	+7,2	+7,3	+7,5	+7,5	+5,9	+4,9	+5,3	+5,3	-1,3	-1,3	-1,5	-2,
Indonesien	+5,0	+4,8	+4,9	+5,3	+6,4	+6,4	+4,3	+4,5	-3,1	-2,1	-2,6	-2,8
Malaysia	+6,0	+5,0	+4,4	+4,8	+3,1	+2,1	+3,1	+2,9	4,3	2,9	2,3	1,9
Thailand	+0,8	+2,8	+3,0	+3,2	+1,9	-0,9	+0,2	+2,0	3,8	8,8	8,0	5,7
Lateinamerika	+1,3	-0,1	-0,5	+1,5	+4,9	+5,5	+5,7	+4,3	-3,1	-3,6	-2,8	-2,4
darunter												
Argentinien	+0,5	+1,2	-1,0	+2,8				+19,9	-1,4	-2,8	-1,7	-2,2
Brasilien	+0,1	-3,8	-3,8	-0,0	+6,3	+9,0	+8,7	+6,1	-4,3	-3,3	-2,0	-1,
Chile	+1,8	+2,1	+1,5	+2,1	+4,4	+4,3	+4,1	+3,0	-1,3	-2,0	-2,1	-2,
Mexiko	+2,3	+2,5	+2,4	+2,6	+4,0	+2,7	+2,9	+3,0	-1,9	-2,8	-2,6	-2,0
Sonstige												
Türkei	+4,2	+2,9	+3,0	+2,9	+7,5	+8,9	+7,4	+7,0	-7,9	-5,8	-4,5	-4,
Südafrika	+2,2	+1,5	+1,4	+1,3	+5,8	+6,1	+4,8	+5,9	-5,8	-5,4	-4,3	-4,

¹Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2016.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindices	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13. Juni 2016	2015	zu Ende 2015	2015 / 2016	2015 / 2016
Dow Jones	17 732	17 425	1,76	15 660	18 312
Eurostoxx 50	2854	3 2 6 8	-12,68	2 680	3 829
DAX	9 657	10 743	-10,10	8 753	12 375
CAC 40	4 227	4 637	-8,84	3 897	5 269
Nikkei	16 019	19 034	-15,84	14 953	20 868
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
(in % p.a.) 10 Jahre	13. Juni 2016	2015	US-Bond	2015 / 2016	2015 / 2016
USA	1,62	2,28	-	1,62	2,50
Deutschland	0,02	0,63	-1,60	0,02	0,98
lapan	-0,16	0,28	-1,78	-0,16	0,54
Vereinigtes Königreich	1,21	1,97	-0,41	1,21	2,20
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13. Juni 2016	2015	zu Ende 2015	2015 / 2016	2015 / 2016
Dollar/Euro	1,13	1,09	3,38	1,06	1,20
Yen/Dollar	106,23	120,30	-11,70	106,23	125,61
Yen/Euro	119,51	131,07	-8,82	119,51	145,21
Pfund/Euro	0,80	0,73	8,92	0,70	0,81

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-28

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Deutschland												
EU-KOM	+1,6	+1,7	+1,6	+1,6	+0,8	+0,1	+0,3	+1,5	5,0	4,6	4,6	4,7
OECD	+1,6	+1,5	+1,8	+2,0	+0,8	+0,1	+1,0	+1,6	5,0	4,6	4,6	4,6
IWF	+1,6	+1,5	+1,5	+1,6	+0,8	+0,1	+0,5	+1,4	5,0	4,6	4,6	4,8
USA												
EU-KOM	+2,4	+2,4	+2,3	+2,2	+1,6	+0,1	+1,2	+2,2	6,2	5,3	4,8	4,5
OECD	+2,4	+2,4	+2,5	-	+1,6	+0,0	+1,0	+1,8	6,2	5,3	4,7	4,7
IWF	+2,4	+2,4	+2,4	+2,5	+1,6	+0,1	+0,8	+1,5	6,2	5,3	4,9	4,8
Japan												
EU-KOM	+0,0	+0,5	+0,8	+0,4	+2,7	+0,8	+0,0	+1,5	3,6	3,4	3,4	3,3
OECD	-0,1	+0,6	+1,0	+0,5	+2,7	+0,8	+0,7	+2,3	3,6	3,4	3,2	3,1
IWF	-0,0	+0,5	+0,5	-0,1	+2,7	+0,8	-0,2	+1,2	3,6	3,4	3,3	3,3
Frankreich												
EU-KOM	+0,2	+1,2	+1,3	+1,7	+0,6	+0,1	+0,1	+1,0	10,3	10,4	10,2	10,1
OECD	+0,2	+1,1	+1,3	+1,6	+0,6	+0,1	+1,0	+1,2	9,9	10,0	10,0	9,9
IWF	+0,2	+1,1	+1,1	+1,3	+0,6	+0,1	+0,4	+1,1	10,3	10,4	10,1	10,0
Italien												
EU-KOM	-0,3	+0,8	+1,1	+1,3	+0,2	+0,1	+0,2	+1,4	12,7	11,9	11,4	11,2
OECD	-0,4	+0,8	+1,4	+1,4	+0,2	+0,2	+0,8	+1,1	12,7	12,3	11,7	11,0
IWF	-0,3	+0,8	+1,0	+1,2	+0,2	+0,1	+0,2	+0,7	12,6	11,9	11,4	10,9
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+2,9	+2,3	+1,8	+1,9	+1,5	+0,0	+0,8	+1,6	6,1	5,3	5,0	4,9
OECD	+2,9	+2,4	+2,4	+2,3	+1,5	+0,1	+1,5	+2,0	6,2	5,6	5,7	5,8
IWF	+2,9	+2,2	+1,9	+2,2	+1,5	+0,1	+0,8	+1,9	6,2	5,4	5,0	5,0
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+2,4	+1,2	+2,0	+2,3	+1,9	+1,2	+2,0	+2,3	6,9	6,9	6,8	6,4
IWF	+2,5	+1,2	+1,5	+1,9	+1,9	+1,1	+1,3	+1,9	6,9	6,9	7,3	7,4
Euroraum												
EU-KOM	+0,9	+1,7	+1,6	+1,8	+0,4	+0,0	+0,2	+1,4	11,6	10,9	10,3	9,9
OECD	+0,9	+1,5	+1,8	+1,9	+0,4	+0,1	+0,9	+1,3	11,5	10,9	10,4	9,8
IWF	+1,7	+1,7	+1,7	-	+1,8	+1,9	+1,9	-	9,3	8,9	8,6	
EU-28												
EU-KOM	+1,4	+2,0	+1,8	+1,9	+0,5	+0,0	+0,3	+1,5	10,2	9,4	8,9	8,5
IWF	+2,1	+2,1	+2,1	-	+1,9	+2,0	+2,0	-	-	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2016.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

+1,3 +1,3 +1,3 +2,9 +2,9	+1,4 +1,3 +1,4 +1,1	2016 +1,2 +1,5 +1,2	2017 +1,6 +1,6 +1,4	+0,5 +0,5	2015 +0,6	2016	2017	2014	2015	2016	2017
+1,3 +1,3 +2,9 +2,9	+1,3 +1,4	+1,5	+1,6		+0,6						
+1,3 +1,3 +2,9 +2,9	+1,3 +1,4	+1,5	+1,6		+0,6						
+1,3 +2,9 +2,9	+1,4			+0,5		+1,7	+1,6	8,5	8,5	8,2	7,7
+2,9 +2,9		+1,2	+1.4		+0,6	+1,3	+1,4	8,5	8,7	8,6	8,3
+2,9	+1,1			+0,5	+0,6	+1,2	+1,1	8,5	8,3	8,3	8,2
+2,9	+1,1										
		+1,9	+2,4	+0,5	+0,1	+0,8	+2,9	7,4	6,2	6,5	7,7
	+1,8	+2,5	+2,9	+0,5	+0,1	+1,4	+2,4	7,4	6,4	6,0	5,6
+2,9	+1,1	+2,2	+2,8	+0,5	+0,1	+2,0	+2,9	7,4	6,8	6,5	6,5
-0,7	+0,5	+0,7	+0,7	+1,2	-0,2	+0,0	+1,3	8,7	9,4	9,4	9,3
-0,4	-0,1	+1,1	+1,7	+1,2	-0,2	+0,4	+0,8	8,7	9,4	9,7	9,8
-0,7	+0,4	+0,9	+1,1	+1,2	-0,2	+0,4	+1,4	8,7	9,3	9,3	9,0
+0,7	-0,2	-0,3	+2,7	-1,4	-1,1	-0,3	+0,6	26,5	24,9	24,7	23,6
+0,7	-1,4			-1,4	-0,9	+0,7	+0,5	26,5	25,3	24,8	23,4
											23,4
+5,2	+7,8	+4,9	+3,7	+0,3	+0,0	+0,3	+1,3	11,3	9,4	8,2	7,5
											7,5
											7,5
- ,		-7-	- 7-			- 77	,	,-	-,	- 7-	,-
+2,4	+2,7	+2,8	+3,1	+0,7	+0,2	+0,2	+2,0	10,8	9,9	9,6	9,3
											9,0
											9,1
· ·	<u> </u>	-7	-,-		-,	- 77	,-	- 7-			
+3.0	+1.6	+2.8	+3.1	+0.2	-0.7	+0.6	+1.8	10.7	9.1	7.8	6,4
											8,4
											8,5
, .	,-	. =,.	, .	,=	-,-		, .			-,-	-,-
+4.1	+4.8	+3.3	+3.9	+0.7	+0.1	-0.1	+1.8	6.0	6.4	6.2	6,2
											6,8
											6,3
,.	,0	. 5,5		. 0,1	. 0, .	. 0,0	,5	.,.	0,0	٥, .	0,0
+3.7	+6.3	+4.1	+3.5	+0.8	+1.2	+1.4	+2.2	5.8	5.4	5.1	5,1
		- ','		. 3,0			,-		-	-	
	+5.4	+3.5	+3.0	+0.8	+1.2		+1.8		5.3	5.4	5,3
, .	, 5, 7	. 5,5	. 3,0	. 0,0	. 1,2	. 1,0	,0	5,0	3,3	3,7	5,5
+1.0	+2.0	+1 7	+2.0	+n 3	+0.2	+0.4	+1 3	7 4	6.9	6.4	6,1
											6,1
											6,2
_	-0,4 -0,7 +0,7	-0,7 +0,5 -0,4 -0,1 -0,7 +0,4 +0,7 -0,2 +0,7 -1,4 +0,7 -0,2 +5,2 +7,8 +5,2 +5,6 +5,2 +7,8 +2,4 +2,7 +2,4 +2,5 +2,4 +2,7 +3,0 +1,6 +3,0 +1,7 +3,0 +1,6 +4,1 +4,8 +4,1 +3,0 +4,1 +4,5 +3,7 +6,3 -1 +4,1 +5,4 +1,0 +2,0 +1,0 +2,0 +1,0 +2,2	-0,7 +0,5 +0,7 -0,4 -0,1 +1,1 -0,7 +0,4 +0,9 +0,7 -0,2 -0,3 +0,7 -1,4 -1,2 +0,7 -0,2 -0,6 +5,2 +7,8 +4,9 +5,2 +5,6 +4,1 +5,2 +7,8 +5,0 +2,4 +2,7 +2,8 +2,4 +2,5 +3,1 +2,4 +2,7 +3,2 +3,0 +1,6 +2,8 +3,0 +1,7 +2,9 +3,0 +1,6 +2,7 +4,1 +4,8 +3,3 +4,1 +3,0 +3,0 +4,1 +4,5 +3,5 +3,7 +6,3 +4,1 	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7	-0.7	-0.7	-0,7 +0,5 +0,7 +0,7 +1,2 -0,2 +0,0 +1,3 8,7 9,4 -0,4 -0,1 +1,1 +1,7 +1,2 -0,2 +0,4 +0,8 8,7 9,4 -0,7 +0,4 +0,9 +1,1 +1,2 -0,2 +0,4 +1,4 8,7 9,3 +0,7 -0,2 -0,3 +2,7 -1,4 -1,1 -0,3 +0,6 26,5 24,9 +0,7 -1,4 -1,2 +2,1 -1,4 -0,9 +0,7 +0,5 26,5 25,3 +0,7 -0,2 -0,6 +2,7 -1,4 -1,1 +0,0 +0,6 26,5 25,0 +5,2 +7,8 +4,9 +3,7 +0,3 +0,0 +0,3 +1,3 11,3 9,4 +5,2 +5,6 +4,1 +3,5 +0,3 +0,1 +1,6 +2,0 11,3 9,4 +5,2 +7,8 +5,0 +3,6 +0,3 -0,0 +0,9 +1,4 11,3 9,4 +2,4 +2,7 +2,8 +3,1 +0,7 +0,6 +1,7 +2,5 10,8 9,9 +2,4 +2,5 +3,1 +3,5 +0,7 +0,6 +1,7 +2,5 10,8 9,8 +2,4 +2,7 +3,2 +3,6 +0,7 +0,6 +1,7 +2,5 10,8 9,9 +3,0 +1,6 +2,8 +3,1 +0,7 +0,2 +0,5 +1,5 10,8 9,9 +3,0 +1,6 +2,8 +3,1 +0,7 +0,2 +0,5 +1,5 10,8 9,9 +3,0 +1,6 +2,8 +3,1 +0,2 -0,7 +0,6 +1,8 10,7 9,1 +3,0 +1,6 +2,8 +3,1 +0,2 -0,7 +0,6 +1,8 10,7 9,1 +3,0 +1,6 +2,8 +3,1 +0,2 -0,7 +0,6 +1,8 10,7 9,1 +3,0 +1,6 +2,8 +3,1 +0,2 -0,7 +0,6 +1,9 10,7 9,1 +4,1 +4,8 +3,3 +3,9 +0,7 +0,1 -0,1 +1,8 6,0 6,4 +4,1 +4,8 +3,3 +3,9 +0,7 +0,1 -0,1 +1,8 6,0 6,4 +4,1 +4,8 +3,3 +3,9 +0,7 +0,1 +1,0 +1,5 7,1 6,9 +4,1 +4,5 +3,5 +3,4 +0,7 +0,1 +0,5 +1,3 7,1 6,9 +4,1 +4,5 +3,5 +3,4 +0,7 +0,1 +0,5 +1,3 7,1 6,9 +4,1 +4,5 +3,5 +3,4 +0,7 +0,1 +0,5 +1,3 7,1 6,9 +1,0 +2,0 +1,7 +2,0 +0,8 +1,2 +1,6 +1,8 5,8 5,3	-0.7

¹Seit 1. Januar 2015 Mitglied im Euroraum.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Österreich												
EU-KOM	+0,4	+0,9	+1,5	+1,6	+1,5	+0,8	+0,9	+1,7	5,6	5,7	5,9	6,1
OECD	+0,5	+0,8	+1,3	+1,7	+1,5	+0,9	+1,5	+1,7	5,7	6,0	6,1	5,9
IWF	+0,4	+0,9	+1,2	+1,4	+1,5	+0,8	+1,4	+1,8	5,6	5,7	6,2	6,4
Portugal												
EU-KOM	+0,9	+1,5	+1,5	+1,7	-0,2	+0,5	+0,7	+1,2	14,1	12,6	11,6	10,7
OECD	+0,9	+1,7	+1,6	+1,5	-0,2	+0,5	+0,7	+1,0	13,9	12,3	11,3	10,6
IWF	+0,9	+1,5	+1,4	+1,3	-0,2	+0,5	+0,7	+1,2	13,9	12,4	11,6	11,1
Slowakei												
EU-KOM	+2,5	+3,6	+3,2	+3,3	-0,1	-0,3	-0,1	+1,5	13,2	11,5	10,5	9,5
OECD	+2,5	+3,2	+3,4	+3,5	-0,1	-0,2	+1,0	+1,5	13,2	11,5	10,7	10,0
IWF	+2,5	+3,6	+3,3	+3,4	-0,1	-0,3	+0,2	+1,4	13,2	11,5	10,4	9,6
Slowenien												
EU-KOM	+3,0	+2,9	+1,7	+2,3	+0,4	-0,8	-0,2	+1,6	9,7	9,0	8,6	8,1
OECD	+3,0	+2,5	+1,9	+2,7	+0,4	-0,6	+0,5	+1,1	9,7	9,3	9,1	8,4
IWF	+3,0	+2,9	+1,9	+2,0	+0,2	-0,5	+0,1	+1,0	9,7	9,1	7,9	7,6
Spanien												
EU-KOM	+1,4	+3,2	+2,6	+2,5	-0,2	-0,6	-0,1	+1,4	24,5	22,1	20,0	18,1
OECD	+1,4	+3,2	+2,7	+2,5	-0,2	-0,6	+0,3	+0,9	24,4	22,1	19,8	18,2
IWF	+1,4	+3,2	+2,6	+2,3	-0,1	-0,5	-0,4	+1,0	24,5	22,1	19,7	18,3
Zypern												
EU-KOM	-2,5	+1,6	+1,7	+2,0	-0,3	-1,5	-0,7	+1,0	16,1	15,1	13,4	12,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,5	+1,6	+1,6	+2,0	-0,3	-1,5	+0,6	+1,3	16,1	15,3	14,2	13,0

Quellen:

 $EU\text{-}KOM: Fr\"{u}hjahrsprognose, Mai\,2016, Statistical\,Annex.$

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2016.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bulgarien												
EU-KOM	+1,5	+3,0	+2,0	+2,4	-1,6	-1,1	-0,7	+0,9	11,4	9,2	8,6	8,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,5	+3,0	+2,3	+2,3	-1,6	-1,1	+0,2	+1,2	11,5	9,2	8,6	7,9
Dänemark												
EU-KOM	+1,3	+1,2	+1,2	+1,9	+0,4	+0,2	+0,3	+1,5	6,6	6,2	6,0	5,7
OECD	+1,1	+1,8	+1,8	+1,9	+0,6	+0,5	+0,9	+1,4	6,5	6,3	6,2	5,9
IWF	+1,3	+1,2	+1,6	+1,8	+0,6	+0,5	+0,8	+1,4	6,5	6,2	6,0	5,8
Kroatien												
EU-KOM	-0,4	+1,6	+1,8	+2,1	+0,2	-0,3	-0,6	+0,7	17,3	16,3	15,5	14,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,4	+1,6	+1,9	+2,1	-0,2	-0,5	+0,4	+1,3	17,1	16,9	16,4	15,9
Polen												
EU-KOM	+3,3	+3,6	+3,7	+3,6	+0,1	-0,7	+0,0	+1,6	9,0	7,5	6,8	6,3
OECD	+3,3	+3,5	+3,4	+3,5	+0,1	-0,8	+1,0	+1,7	9,0	7,6	7,3	7,1
IWF	+3,3	+3,6	+3,6	+3,6	-0,0	-0,9	-0,2	+1,3	9,0	7,5	6,9	6,9
Rumänien												
EU-KOM	+3,0	+3,8	+4,2	+3,7	+1,4	-0,4	-0,6	+2,5	6,8	6,8	6,8	6,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,0	+3,7	+4,2	+3,6	+1,1	-0,6	-0,4	+3,1	6,8	6,8	6,4	6,2
Schweden												
EU-KOM	+2,3	+4,1	+3,4	+2,9	+0,2	+0,7	+0,9	+1,2	7,9	7,4	6,8	6,3
OECD	+2,4	+2,9	+3,1	+3,0	-0,2	+0,1	+1,4	+2,2	7,9	7,7	7,3	6,7
IWF	+2,3	+4,1	+3,7	+2,8	+0,2	+0,7	+1,1	+1,4	7,9	7,4	6,8	7,0
Tschechien												
EU-KOM	+2,0	+4,2	+2,1	+2,6	+0,4	+0,3	+0,5	+1,4	6,1	5,1	4,5	4,4
OECD	+2,0	+4,3	+2,3	+2,4	+0,4	+0,4	+1,3	+2,0	6,1	5,2	5,0	4,8
IWF	+2,0	+4,2	+2,5	+2,4	+0,4	+0,3	+1,0	+2,2	6,1	5,0	4,7	4,6
Ungarn												
EU-KOM	+3,7	+2,9	+2,5	+2,8	+0,0	+0,1	+0,4	+2,3	7,7	6,8	6,4	6,1
OECD	+3,7	+3,0	+2,4	+3,1	-0,2	+0,1	+2,2	+2,7	7,7	7,0	6,3	5,9
IWF	+3,7	+2,9	+2,3	+2,5	-0,2	-0,1	+0,5	+2,4	7,8	6,9	6,7	6,5

Quellen:

 $\hbox{\it EU-KOM: } Fr\"{u}hjahrsprognose, Mai\,2016, Statistical\,Annex.$

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \, (WEO), April \, 2016.$

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-28

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	te		Leistungs	sbilanzsald	0
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Deutschland												
EU-KOM	0,3	0,7	0,2	0,1	74,7	71,2	68,6	66,3	0,7	8,8	8,5	8,3
OECD	0,3	0,9	0,6	0,9	74,8	71,2	67,7	64,3	7,5	8,3	8,0	7,5
IWF	0,3	0,6	0,1	0,1	74,9	71,0	68,2	65,9	7,3	8,5	8,4	8,0
USA												
EU-KOM	-4,9	-4,0	-4,4	-4,4	104,8	105,9	107,5	107,5	-2,3	-3,3	-2,8	-3,1
OECD	-5,1	-4,5	-4,2	-3,7	111,6	110,6	111,4	111,5	-2,2	-2,5	-2,8	-3,0
IWF	-4,1	-3,7	-3,8	-3,7	105,0	105,8	107,5	107,5	-2,2	-2,7	-2,9	-3,3
Japan												
EU-KOM	-6,2	-5,2	-4,5	-4,2	246,2	245,4	247,5	248,1	0,5	3,3	3,9	4,1
OECD	-7,7	-6,7	-5,7	-5,0	226,1	229,2	232,4	233,8	0,5	3,3	2,9	3,3
IWF	-6,2	-5,2	-4,9	-3,9	249,1	248,1	249,3	250,9	0,5	3,3	3,8	3,7
Frankreich												
EU-KOM	-4,0	-3,5	-3,4	-3,2	95,4	95,8	96,4	97,0	-2,3	-1,5	-1,1	-1,0
OECD	-3,9	-3,8	-3,4	-2,8	95,5	96,5	97,7	98,1	-0,9	0,2	0,2	0,3
IWF	-3,9	-3,6	-3,4	-2,9	95,6	96,8	98,2	98,8	-0,9	-0,1	0,6	0,3
Italien												
EU-KOM	-3,0	-2,6	-2,4	-1,9	132,5	132,7	132,7	131,8	1,8	2,2	2,4	2,3
OECD	-3,0	-2,6	-2,2	-1,6	132,3	134,3	133,5	131,8	1,9	1,5	1,3	1,7
IWF	-3,0	-2,6	-2,7	-1,6	132,5	132,6	133,0	131,7	1,9	2,1	2,3	2,0
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-5,6	-4,4	-3,4	-2,4	88,2	89,2	89,7	89,1	-5,1	-5,2	-4,9	-4,4
OECD	-5,7	-3,9	-2,6	-1,5	88,2	87,8	86,9	85,5	-5,1	-4,0	-3,4	-3,0
IWF	-5,6	-4,4	-3,2	-2,2	88,2	89,3	89,1	87,9	-5,1	-4,3	-4,3	-4,0
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-1,6	-1,9	-1,5	-1,3	94,6	94,8	94,8	94,3	-2,1	-3,3	-2,4	-1,8
IWF	-0,5	-1,7	-2,4	-1,8	86,2	91,5	92,3	90,6	-2,3	-3,3	-3,5	-3,0
Euroraum												
EU-KOM	-2,6	-2,1	-1,9	-1,6	94,4	92,9	92,2	91,1	3,0	3,7	3,7	3,6
OECD	-2,6	-1,9	-1,7	-1,0	94,7	94,1	93,2	91,4	3,3	3,8	3,7	3,7
IWF	-1,9	-1,6	-1,3	-	89,3	88,0	86,6	-	0,5	0,5	0,5	-
EU-28												
EU-KOM	-3,0	-2,4	-2,1	-1,8	88,5	86,8	86,4	85,5	1,6	2,0	2,2	2,1
IWF	-2,1	-1,6	-1,3	-	82,8	81,2	79,5	-	0,2	0,2	0,2	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2016.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Öl	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	e		Leistungs	sbilanzsald)
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Belgien												
EU-KOM	-3,1	-2,6	-2,8	-2,3	106,5	106,0	106,4	105,6	0,8	1,3	1,8	1,9
OECD	-3,1	-2,6	-2,0	-1,0	106,7	107,6	106,9	104,8	0,1	0,1	1,0	1,6
IWF	-3,1	-2,8	-2,8	-2,2	106,7	106,3	106,8	106,5	-0,2	0,5	0,5	0,1
Estland												
EU-KOM	0,8	0,4	-0,1	-0,2	10,4	9,7	9,6	9,3	1,1	2,0	0,9	1,6
OECD	0,7	0,2	0,4	0,5	10,4	9,4	8,6	7,5	1,0	3,3	2,3	2,4
IWF	0,8	0,5	0,5	0,0	10,4	10,1	9,7	9,2	1,0	1,9	1,2	0,5
Finnland												
EU-KOM	-3,2	-2,7	-2,5	-2,3	59,3	63,1	65,2	66,9	-1,2	0,1	0,3	0,4
OECD	-3,3	-3,3	-2,7	-1,6	59,3	60,6	62,7	65,0	-0,9	-1,0	-0,7	-0,4
IWF	-3,3	-3,4	-2,8	-2,6	59,3	62,4	64,3	66,2	-0,9	0,1	0,0	-0,1
Griechenland												
EU-KOM	-3,6	-7,2	-3,1	-1,8	180,1	176,9	182,8	178,8	-3,0	-0,2	0,6	1,3
OECD	-3,6	-4,3	-7,7	-1,5	177,5	183,4	190,2	184,3	-2,1	-0,3	1,2	1,9
IWF	-3,9	-4,2	-	-	178,4	178,4	-	-	-2,1	0,0	-0,2	-0,3
Irland												
EU-KOM	-3,8	-2,3	-1,1	-0,6	107,5	93,8	89,1	86,6	3,6	4,4	4,6	4,6
OECD	-3,9	-2,1	-1,1	-0,3	107,5	101,0	98,3	95,1	3,6	3,6	3,4	4,1
IWF	-3,9	-1,6	-0,4	0,3	107,5	95,2	88,6	84,6	3,6	4,5	4,0	3,5
Lettland												
EU-KOM	-1,6	-1,3	-1,0	-1,0	40,8	36,4	39,8	35,6	-2,0	-1,2	-2,6	-2,4
OECD	-1,6	-1,6	-1,1	-1,1	40,8	37,8	40,5	40,6	-2,0	-2,0	-2,1	-2,1
IWF	-1,7	-1,5	-1,3	-1,6	38,5	34,8	34,8	34,7	-2,0	-1,6	-2,0	-2,2
Litauen ¹												
EU-KOM	-0,7	-0,2	-1,1	-0,4	40,7	42,7	41,1	42,9	3,9	-1,5	0,0	0,1
OECD	-0,7	-1,5	-1,5	-1,1	40,7	41,3	41,1	40,4	3,6	-3,4	-2,5	-2,4
IWF	-0,7	-0,7	-1,2	-1,0	42,5	42,5	42,1	41,4	3,6	-2,3	-3,0	-2,9
Luxemburg												
EU-KOM	1,7	1,2	1,0	0,1	22,9	21,4	22,5	22,8	5,5	5,5	5,3	4,8
OECD	1,4	0,9	1,0	1,2	23,0	24,9	25,7	26,3	5,5	3,6	5,1	5,0
IWF	1,4	1,0	0,9	0,1	22,9	21,8	21,7	22,1	5,5	5,2	5,1	5,0
Malta												
EU-KOM	-2,0	-1,5	-0,9	-0,8	67,1	63,9	60,9	58,3	3,4	9,9	5,6	4,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,1	-1,4	-1,2	-1,0	66,9	63,7	62,9	60,8	3,9	4,1	5,3	5,3
Niederlande												
EU-KOM	-2,4	-1,8	-1,7	-1,2	68,2	65,1	64,9	63,9	10,6	9,2	8,9	8,2
OECD	-2,4	-2,0	-1,3	-0,7	68,2	68,1	67,8	66,7	10,6	11,0	10,7	10,6
IWF	-2,4	-1,9	-1,7	-1,2	68,2	67,6	66,6	64,9	10,6	11,0	10,6	10,2

¹ Seit 1. Januar 2015 Mitglied im Euroraum.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	te		Leistungs	sbilanzsald)
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Österreich												
EU-KOM	-2,7	-1,2	-1,5	-1,4	84,3	86,2	84,9	83,0	2,1	3,1	3,1	3,3
OECD	-2,7	-1,8	-1,9	-1,3	84,2	84,7	85,0	84,4	2,0	2,3	2,0	2,0
IWF	-2,7	-1,6	-1,8	-1,4	84,2	86,2	85,5	83,9	1,9	3,6	3,6	3,5
Portugal												
EU-KOM	-7,2	-4,4	-2,7	-2,3	130,2	129,0	126,0	134,5	0,0	-0,1	0,3	0,5
OECD	-7,2	-3,0	-2,8	-2,6	130,2	128,2	127,9	127,4	0,6	0,6	0,5	0,2
IWF	-7,2	-4,4	-2,9	-2,9	130,2	128,8	127,9	127,3	0,1	0,5	0,9	0,4
Slowakei												
EU-KOM	-2,7	-3,0	-2,4	-1,6	53,9	52,9	53,4	52,7	-0,8	0,8	-0,6	-1,1
OECD	-2,8	-2,7	-1,9	-0,6	53,5	52,9	52,4	51,7	0,1	-0,4	-0,5	0,3
IWF	-2,8	-2,7	-2,2	-2,0	53,3	52,6	52,1	51,9	0,1	-1,1	-1,0	-1,0
Slowenien												
EU-KOM	-5,0	-2,9	-2,4	-2,1	81,0	83,2	80,2	78,0	6,5	7,0	7,0	6,9
OECD	-5,0	-2,9	-2,3	-1,8	80,8	83,2	85,0	86,1	7,0	7,5	8,5	8,7
IWF	-5,8	-3,3	-2,7	-2,5	80,8	83,3	80,7	81,8	7,0	7,3	7,6	7,1
Spanien												
EU-KOM	-5,9	-5,1	-3,9	-3,1	99,3	99,2	100,3	99,6	1,0	1,4	1,5	1,3
OECD	-5,9	-4,2	-2,9	-1,8	99,3	100,5	100,3	99,2	1,0	1,5	1,3	1,2
IWF	-5,9	-4,5	-3,4	-2,5	99,3	99,0	99,0	98,5	1,0	1,4	1,9	2,0
Zypern												
EU-KOM	-8,9	-1,0	-0,4	0,0	108,2	108,9	108,9	105,4	-4,6	-3,5	-4,2	-4,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,2	-1,7	0,1	0,7	108,2	108,7	99,3	95,3	-4,6	-5,1	-4,8	-4,7

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2016.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	uldenquot	е		Leistungs	sbilanzsald	0
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Bulgarien												
EU-KOM	-5,4	-2,1	-2,0	-1,6	27,0	26,7	28,1	28,7	2,8	1,9	2,3	2,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,6	-2,9	-2,0	-1,4	26,4	26,9	30,2	30,6	1,2	2,1	1,7	0,8
Dänemark												
EU-KOM	1,5	-2,1	-2,5	-1,9	44,8	40,2	38,7	39,1	-2,0	-2,0	-1,5	-1,3
OECD	1,5	-2,7	-2,8	-2,8	45,1	41,6	40,9	43,3	6,3	7,0	7,2	7,4
IWF	1,5	-2,0	-2,8	-2,0	44,6	45,6	47,4	47,7	7,7	6,9	6,6	6,5
Kroatien												
EU-KOM	-5,5	-3,2	-2,7	-2,3	86,5	86,7	87,6	87,3	7,7	7,0	6,3	6,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,6	-4,0	-3,3	-2,8	85,1	87,7	89,0	89,0	0,7	4,4	2,7	2,1
Polen												
EU-KOM	-3,3	-2,6	-2,6	-3,1	50,5	51,3	52,0	52,7	2,2	4,9	5,0	4,5
OECD	-3,3	-2,8	-2,8	-2,4	50,4	51,5	51,5	51,1	-2,0	-0,2	-1,0	-1,4
IWF	-3,3	-2,9	-2,8	-3,1	50,4	51,3	52,0	52,9	-2,0	-0,5	-1,8	-2,1
Rumänien												
EU-KOM	-0,9	-0,7	-2,8	-3,4	39,8	38,4	38,7	40,1	-1,3	0,1	-0,3	-0,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,9	-1,5	-2,8	-2,8	40,5	39,4	39,7	40,2	-0,5	-1,1	-1,7	-2,5
Schweden												
EU-KOM	-1,6	0,0	-0,4	-0,7	44,8	43,4	41,3	40,1	0,2	-0,9	-2,1	-2,8
OECD	-1,7	-1,1	-0,6	-0,3	44,8	43,9	43,0	42,0	6,2	6,0	5,5	5,5
IWF	-1,7	-0,9	-0,9	-0,8	44,9	44,1	42,6	41,9	5,4	5,9	5,8	5,7
Tschechien												
EU-KOM	-1,9	-0,4	-0,7	-0,6	42,7	41,1	41,3	40,9	-2,0	-2,0	-1,5	-1,3
OECD	-1,9	-1,9	-1,3	-0,8	42,7	40,5	40,5	40,5	0,6	0,7	0,2	-0,2
IWF	-1,9	-1,9	-1,6	-1,5	42,7	40,9	41,3	41,0	0,2	0,9	0,6	0,6
Ungarn												
EU-KOM	-2,3	-2,0	-2,0	-2,0	76,2	75,3	74,3	73,0	1,1	5,1	4,4	4,0
OECD	-2,5	-2,3	-1,9	-1,5	76,2	76,3	74,6	72,0	2,3	4,3	5,5	6,4
IWF	-2,5	-2,2	-2,1	-2,2	76,2	75,5	74,8	74,5	2,3	5,1	5,4	5,2

Quellen:

 $\hbox{EU-KOM: Fr\"uhjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex}.$

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2016.

Die vor Ihnen liegende gedruckte Fassung des Monatsberichts ist unter www.bundesfinanzminsterium.de verfügbar. Neben den vorliegenden Inhalten enthält die Online-Version auch den Teil "Statistiken und Dokumentationen". Darüber hinaus stehen Ihnen mit der elektronischen Fassung viele komfortable Funktionen zum Umgang mit dem Monatsbericht zur Verfügung.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin

Redaktion

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Stand

Juni 2016

Lektorat, Satz und Gestaltung

heimbüchel pr kommunikation und publizistik GmbH, Köln

Bildnachweis

BMF/ Jörg Rüger

Publikationsbestellung

Tel: 03018 272 2721 Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

Weitere Informationen im Internet unter:

www.bundesfinanzministerium.de www.ministere-federal-des-finances.de www.federal-ministry-of-finance.de www.stabiler-euro.de www.bundeshaushalt-info.de www.finanzforscher.de www.bundesfinanzministerium.de/APP www.youtube.com/finanzministeriumtv www.twitter.com/bmf_bund

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.